

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2.50 Mark, monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Vorkosten: 2.50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Stuttgart. In der Voh-Verlags-Preisliste für 1896 unter Nr. 7277.

Insertions-Gebühr beträgt für die längste Spalte Zeileweise oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonntag, den 8. Februar 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Das sächsische Wahlrechts-Attentat.

Der Entwurf der Regierung, dessen Hauptbestimmungen wir gestern mittheilten, hat in ganz Sachsen einen Sturm der Entrüstung und des Zornes hervorgerufen; und auch im übrigen Deutschland wird, abgesehen von den allerreaktionärsten, im Regierungs-Frohndienst befindlichen Blättern, der Entwurf allgemein auf's schärfste verurtheilt. Unsere Genossen in Sachsen rüsten sich überall zum Protest und zum Widerstand. Ueberall sind und werden Protestversammlungen einberufen, und der mächtige Petitionssturm gewinnt von Tag zu Tag an Kraft. Man kann mit gutem Recht sagen: Das ganze Volk ist empört über dieses ungeheuerliche Attentat, das ganze Volk ist zur Verteidigung seiner Rechte, zur Bethätigung seiner politischen Mündigkeit entschlossen. Und weit über die Arbeiterkreise hinaus geht die Bewegung. Die sozialdemokratische Bewegung ist eine Volksbewegung. Das zeigt sich jetzt recht deutlich in Sachsen. Mit Ausnahme der politischen Mäcker der kapitalistischen Geschäftspolitik, für die der Staat bloss eine Maschine ist zur Auspressung und Knechtung des Volks, und mit Ausnahme der Handlanger und Kommis dieser Geschäftspolitik, der Biedermaier und Konforten steht auch ein großer Theil des Bürgerthums gegen den Regierungsentwurf. In Leipzig erklärte eine Versammlung des — sozialistenfeindlichen — „Vaterländischen Vereins“ gestern mit 500 gegen 1 Stimme den Entwurf für unannehmbar. Und zu dem gleichen Ergebnis kam eine allgemeine Mitglieder-Versammlung des „national-liberalen Vereins“ von Dresden. Aus den Verhandlungen desselben, an denen sich Kommerzienräthe, Pastoren, Rechtsanwälte, Professoren und hohe Beamte beteiligten, heben wir bloss die Rede des Rechtsanwalts Pfeilschmidt hervor. Er bemerkte, daß auch unter den Konservativen die Meinung über den Werth des Entwurfes getheilt sei. Wie er wisse, habe König Albert einen berühmten Staatsrechtslehrer der Landesuniversität zu rathen gezogen, ehe er das Dekret unterzeichnet habe. Das von demselben abgegebene Gutachten richte sich auch gegen den Entwurf.

Das „Leipziger Tageblatt“, das Zentralorgan der reaktionären Geschäftspolitik, macht zu diesem Bericht einige hässliche Bemerkungen und führt in bezug auf den Werth des Dreiklassen-Wahlrechts den jetzigen Bismarck gegen den früheren ins Feld. Das ändert jedoch nichts an der Thatsache, daß das Gros des sächsischen Bürgerthums von dem Wahlrechts-Attentat nichts wissen will.

Der berühmte Rechtslehrer Professor Sohm, der dieser Tage im Reichstag eine so wenig beneidenswerthe Rolle spielte, soll sehr eindringlich vor dem Attentat und dessen Folgen gewarnt haben.

Nun — wir waschen unsere Hände in Unschuld. Die Folgen über die Urheber des Attentats!

Der Kampf ist entbrannt — die Kugel aus dem Lauf. Das sächsische Volk wird nicht erliegen, und — gehe der Kampf aus wie er wolle — den Sieg und Erfolg hat die Sozialdemokratie.

Zur Geschichte der konservativen Partei.

Zur Beurtheilung des gegenwärtigen Manöverprozesses der konservativen Partei leistet eine Schrift wertvolle Dienste, die vor kurzem der bekannte konservative Sozialpolitiker Dr. Rudolf Meyer unter dem Titel „Hundert Jahre konservativer Politik und Literatur“ veröffentlicht hat. Sie enthält eine interessante Zusammenstellung von Auszügen aus Schriften und Briefen anerkannter Konservativer, aus welchen eine ganz andere politische Gesinnung spricht, als was man heute als konservativ bezeichnet.

Wie in der Schrift nachgewiesen wird, kann man noch bis fast in die letzten Zeiten hinein zwei besondere Zweige des preussischen Konservatismus unterscheiden, von denen der eine seinen Sitz in Schlesien, der andere in Pommern und der Mark hat. Die schlesischen Großgrundbesitzer, die zum Theil aus der dort durch den polnischen Handel früh entwickelten Bourgeoisie entstanden sind, theilweise sogar jüdischer Abkunft wie z. B. die Grafen v. Saurma, deren Ahnherr um 1500 ein gewisser Souermann war, haben viel früher nach kapitalistischen Prinzipien gewirtschaftet, wie die pommerschen und märkischen. Der erste der von Meyer zitierten Autoren beschreibt für Schlesien die noch heute dort bestehende Arbeitsverfassung der Dreihäufner: Die Arbeiter sind fast ganz proletarisiert, da sie in eigener Wirtschaft nur ein ganz minimales Stück Land haben; für die Arbeit auf dem Herrenhof werden sie im wesentlichen durch Gewinntheil entlohnt, indem sie das zehnte resp. elfte Mandel beim Ausdreschen erhalten; die Geldlöhnung ist unbedeutend. Durch dieses raffinierte Lohnsystem war natürlich sehr sorgfältige und gute Arbeit garantirt. In Pommern und der Mark begnügte man sich noch mit der Arbeit eigener Leute oder des Zwangsdienens der Kossäten, die ihren eigenen, für ihr Auskommen genügenden Hof hatten und sicherlich viel lässiger und theurer arbeiteten, wie die schlesischen Dreihäufner.

Obwohl die pommerschen Junker selbstverständlich keinerlei soziale Liebhabereien hatten — noch zur Zeit Friedrichs des Großen bestand dort ein Gesetz, nach dem sie entlassenen Leibeigenen durch den Scharfrichter ein Mal auf die Backe brennen lassen durften — resultirte doch aus der Natur dieser gegenüber der schlesischen rüchständigen Wirtschaftsverfassung eine weniger kapitalistische Auffassung des Grundbesitzes. Noch tief bis in unser Jahrhundert hinein galt nach dieser Auffassung der Grundbesitz nicht als ein rentierendes Kapital, sondern als die Existenzgrundlage für eine Familie. Ganz nothwendig mußte aus dieser Anschauung das Verbot resultiren, daß bürgerliche Kapitalisten keinen Rittergutsbesitz erwerben sollten; die Landwirtschaft war eben kein Erwerbszweig wie andere Erwerbszweige. Nothwendig mußte aus ihr auch sich eine Stimmung ergeben, die uns heute am allerfremdartigsten anmuthen wird: das Steigen der Getreidepreise, der Meute und der Güterwerthe wurde von den Besitzern nicht als wünschenswerth erachtet, sondern, um mit den Worten eines anonymen Schriftstellers von 1798 zu sprechen, der an zweiter Stelle in dem Buche zitiert wird, „viele Menschen, unbekannt mit den Ursachen dieser Ereignisse, glauben dies Steigen nur temporär und als einen großen Nachtheil ansehen zu müssen; sie sind daher für die Zukunft besorgt; sie prophezeien ein dereinstiges Fallen dieser Preise und mit demselben den Ruin vieler Familien.“

Als mit der Entwicklung des Kapitalismus auch in diesen zurückgebliebenen Gegenden und Verhältnissen neue Anschauungen über die Bedeutung des Grundbesitzes aufkamen, als es in modernem Sinne als Recht auf den Bezug einer möglichst hohen Grundrente aufgefaßt wurde, mochte sich unter den Vertretern

des Alten eine entsprechende Reaktion bemerkbar, die mit merkwürdigem Scharfsinn das revolutionäre Moment in diesen neuen Vorstellungen erkannte und darauf hinwies, daß mit ihrem Durchdringen die alte Stabilität des Grundbesitzes verloren gehen müsse. Einer der merkwürdigsten und gleichzeitig unbekanntesten Schriftsteller dieser Richtung ist Rosgarten, der noch 1842 schrieb: „Geld ist ... der Maßstab und die Form des Tauschwerthes, des mittelbaren nicht des unmittelbaren Werthes ... Die wichtigsten Produkte der Landwirtschaft aber, namentlich das Getreide, sind unmittelbar und ohne Vertauschung brauchbar und zugleich die nothwendigen Erfordernisse des Lebensunterhalts. Somit bestreitet der Landwirth die wesentlichsten Theile seines Unterhalts und die Erhaltung seiner Wirtschaft ohne Geld und sehr größtentheils nur den Ueberschuß seiner Produkte in Geld um. Er hat daher meistens wenig Geld in Händen, und seine Lage ist natürlich desto leichter, je mehr er seine Kosten und Ausgaben in seinen unmittelbaren Produkten, ohne Verkauf derselben, bestreiten kann.“

Eine weitere Folge der Geldwirtschaft und der sie bedingenden unbeschränkten Verfügungsfreiheit ist die Wichtigkeit der Verschuldung der Güter, deren Folge wiederum ist, daß sie den Geldwucherern in die Hände fallen.“

Eine fernere Folge ist gänzlich unabhörend aller Stabilität des Grundbesitzes, wegen des Anreizes, den der Wechsel der Geldpreise zu Handelspekulationen des Landbauers nicht nur mit den Produkten seines Bodens, sondern auch mit dem Boden selbst gewährt. ... Die großen Schwankungen der Güterpreise sind künstliche Erzeugnisse der Handelspekulation, welche wiederum den schädlichen Wechsel befördert und die Geldrente des Bodens auf eine unnatürliche Weise zu einer für die ganze Volkswirtschaft schädlichen Höhe steigern.“

Die alten Junkergeschlechter, die seit Jahrhunderten auf ihrer Scholle saßen und deren Position nicht zu erschüttern war, so lange der Kapitalcharakter des Bodens nicht erkannt war, wurden schnell demüthigt, als durch das Steigen der Güterpreise und die damit zusammenhängende Entwicklung des Hypothekarwesens der neue Geist bei ihnen einzog. Auf jene Auswärtsbewegung, welche der Anonymus von 1798 geschildert hatte, folgte die Krisis der zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts, welche unzählige adlige Familien aus ihrem Besitz vertrieb und bürgerliche an ihre Stelle brachte, die, nachher geabelt, heute äußerlich kaum noch von den originalen Junkern zu unterscheiden sind. Der neue Aufschwung, welcher folgte, mochte durch den kapitalistischen Charakter des Grundbesitzes immer mehr betont werden; mit Ausnahme des befestigten Grundbesitzes gab es jetzt überhaupt keine hypothekensfreien Güter mehr, und das beständige Steigen der Grundrente, das bis in die 70er Jahre angehalten hat, ließ die Verhypothecirung als das verständlichste Mittel für den Grundbesitzer, ein Kapital anzulegen, erscheinen. Hatte er ein schuldenfreies Gut, so partizipirte er an dem Steigen der Meute nur mit dem einfachen Betrag; verschuldete er es zur Hälfte und kaufte neues Land für den Betrag dazu, so partizipirte er um das Doppelte. Das war die Zeit, wo die letzte Aera des Bauernlegens inszenirt wurde; die Bauern wurden ausgelastet, ihr Land zum Gutsland geschlagen und Vorwerk auf Vorwerk gebildet. Vergebens warnte v. Sillow-Cummerow 1843: „Ein neu erkauftes Gut gehört dem Besitzer zum großen Theil nicht einmal selbst, da die Verschuldung des Grundstücks bis auf die äußerste Grenze seines Werthes nicht allein zulässig, sondern durch die Hypothekenverfassung, durch die Kreditinstitute erleichtert, durch die bestehende gleiche Erbtheilung nothwendig gemacht ist. ... Die Zeit, wo der Güterkauf frei geworden, ist zu neu, um die Folgen davon jetzt schon in ihrer ganzen Ausdehnung hervortreten zu sehen, doch werden sie mit der Zeit nicht ausbleiben.“

Sie kommen denn auch jetzt mit der Zeit der sinkenden Grundrente, die wiederum, wie die Krisis im ersten

Clotilde. (Nachdruck verboten.) Roman aus der Gegenwart von H. W. v. Wallhausen.

Mary schob den Riegel zurück und im Eintreten sagte ein junger Mann zu Mary: „Beide spielten wieder Roulett — — —“

Nun ereignete sich ein seltsamer Vorfall. Mary öffnete die Thür weit, Clotilde stürzte hinaus, der junge Mann herein, beide prallten aneinander —

Jetzt schlugen sie die Augen zu einander empor, standen plötzlich wie gebannt vor einander und blickten sich starr an, jedes suchte zusammen, als hätte jedes einen Stich erhalten. Sie erkannten sich. Dann wurden beide blutroth. Clotilde machte eine lunkliche Verbeugung und rannte hinaus.

Langenberg folgte ihr, küßte seinen Hut und drehte sich dann nochmals um, als traue er seinen Augen nicht recht, dann machte er schnell Kehrt, denn er hatte den Eintretenden, der Clotilde so erschreckt, erkannt.

Es war der Baron von Rüdorf.

Langenberg eilte seiner Frau nach, sie stand schon an der Begrenzung und konnte von den Fenstern des Hauses aus nicht mehr gesehen werden.

Entgegenkommend schob sie ihren linken Arm unter den rechten ihres Mannes, schmiegte sich fest an ihn und sagte: „Das war ja ein fatales Gewittererlebnis. Jetzt erst in der freien Luft atme ich auf und fühle mich wieder wohl, ach wie war so bange.“

„Daran ist nur der bucklige Franzose schuld,“ begann

der Doktor, „auch ich erfrische mich hier in schöner, heiterer Natur an der milden Luft. Der Aufenthalt war indeß höchst interessant.“

„Es war ein trauriger Raum, wo das häusliche Glück und edle Menschen wohnen,“ sagte Clotilde.

„Wer hätte gedacht, daß wir hier dem Baron von Rüdorf begegneten. Das war also seine Schwester. Die Geschichte von dem Lieutenant v. Scheven muß ich Dir erzählen. Er ist jetzt wie es scheint, als Major pensionirt worden.“ Und sie gingen, im tiefen Gespräche begriffen, nach Baden zurück.

Beide verniederten über Rüdorf zu sprechen. Als sie sich zum Nachtmahl an die Poteltafel setzten, saß an seinem gewohnten Platze schon lauernd der bucklige Franzose. Sie beachteten ihn kaum, denn Clotilde sprach immer wieder von dem Major und seiner Frau so sehr sympathisch.

Langenberg war stiller geworden, er hörte ihr schweigend zu. Er mußte wieder an den Augenblick denken, wo Rüdorf und Clotilde sich gegenüber standen und hoch erötheten. War dies noch Liebe? Langenberg ward eifersüchtig.

Am anderen Morgen erzählte ihm Clotilde: sie habe von dem Franzosen geträumt, er werde sie unglücklich machen; sie zittere noch.

Langenberg versprach ihr, Baden zu verlassen, wenn der Fremde sie ferner verfolge; sie solle nur heiter sein. Er wolle ihr nur noch die Umgebung, den Kurfaal und das Roulett zeigen.

Clotilde war bald getröstet und sie unternahm einen Spaziergang nach dem Merkur.

Der Franzose war nicht zu sehen. Seltsam war es, daß die Unterhaltung der jungen Eheleute an diesem Morgen nicht recht in Fluß kommen wollte.

Clotilde hatte wieder von ihrem Traume gesprochen und ging oft in Nachdenken versunken dahin.

Auch Langenberg war einsilbiger, ernsthafter geworden. Glaubte oder fürchtete er, daß Clotildes Traum in Erfüllung gehen und sie unglücklich werden könnten? Oder war er wirklich eifersüchtig?

Clotilde hatte die Bemerkung fallen lassen: die Oberförsterin von der Mühlen war doch eine recht freundliche Frau, sie scheint ihren Bruder recht gern zu haben.

Hatte Clotilde diesen Rüdorf auch recht gern? etwa weil er Gutsherr geworden?

Langenberg machte sich Vorwürfe, solchen Gedanken nachzugehen zu haben; eben umschlang ihn Clotilde und steckte ihm ein Straußchen Waldblumen ins Knopfloch, die sie für ihn gepflückt, und rief: „Lass uns heiter sein, Eugen! Wir haben beim Major von Scheven ein Bild treuer, wahrer Liebe gesehen, solches Glück winkt auch uns, wir sind leichter dazu gelangt. Was mögen jene beiden extragen, gelitten haben, ehe sie sich vereinigt haben. Wir wollen uns glücklich schätzen, daß so vieles Freudige uns bisher bescheert wurde.“

Du hast recht, Clotilde! Komm, Du sollst auch ferner nur Freudiges erleben.“

Er sagte sie am Arme, fröhlich und jubelnd schritten sie dahin, ihr Gehen war ein Springen.

Vierteil dieses Jahrhunderts, unzählige Völker ruiniert, nur mit dem Unterschied, daß dieses Mal der Ruin viel gründlicher ist, weil die Ursachen der Krisis nachhaltiger sind. Das Ideal Stahls ist auf immer dahin: Die Dauer, die Stetigkeit, die Anhänglichkeit an das Individuelle des Besitzthums, für das es keinen Ersatz in Geldeswerth geben kann. Der Grundbesitz, sobald Waare geworden, roullet wie jede andere Waare und entgleitet, wie jede Unternehmung, den Händen, die nicht kapitalkräftig genug sind, um ihn halten zu können.

Die pommerischen und brandenburger Konservativen haben, so lange in ihren Reihen noch Widerspruch gegen die kapitalistische Umwandlung des Grundbesitzes gehört wurde, in scharfem Gegensatz zu den konservativen Schlesiern gestanden; die beiden bildeten den Kern der altkonservativen und freikonservativen Partei. Mit Beendigung der geschichtlichen Entwicklung ist der Unterschied in der That verschwunden, wenn auch natürlich Nachklänge noch lange zu vernehmen gewesen sind.

Heute, wo nun die Schattenseite jenes Prozesses zum Vorschein kommt, besinnen sich die Konservativen wieder auf den längst verlassenem alten Standpunkt organischer Gesellschaftsauffassung. Aber in der eigentümlichen Weise, daß sie den übrigen Theil der Gesellschaft sich tributär machen wollen, auf Kosten der Arbeiter ihre Rechte hochjubalieren denken. In dem Wind gesprochen war für sie das schöne Wort v. Thünen's: Ist es nicht unedel, glücklich sein zu wollen, wenn dies nur durch das Unglück anderer erlangt werden kann?

Die Ankündigung der neuen Marine-Vorlage für nächstes Jahr bedeutet eine Warnung an die deutschen Wähler. Es handelt sich bei dem sogenannten „Flottenplan“ nicht um hunderte, sondern um tausende von Millionen, und das Ziel ist: den auf dem Lande allmächtigen Militarismus auch auf die See auszudehnen. Nun hat der Militarismus zu Lande uns schon an den Rand des Ruins gebracht — würde er auch auf die See ausgedehnt, so wäre das der sichere Ruin. Das weiß die Majorität des deutschen Reichstages. Und darum hat die Regierung die neue Vorlage nicht für dieses Jahr angekündigt, sondern für das nächste.

Wie die Dinge jetzt stehen, wäre eine Auflösung des Reichstages hoffnungslos — die feindliche Majorität würde durch Neuwahlen nur gestärkt werden. Wenn im Laufe eines Jahres hofft man, durch eine systematische chauvinistisch-reaktionäre Agitation einer- und durch Mundtodmachung der Oppositions-pressen, namentlich der sozialdemokratischen, andererseits, für nächstes Jahr günstigere Wahlen vorbereiten zu können.

Gelingt der Streich, gelingt es der chauvinistischen Reaktion, einen für ihre Zwecke geeigneten Reichstag zusammenzubringen, dann begnügt sie sich auch nicht mit dem geplanten finanziellen Monster-Abelard, dann geht sie auch, um sich gegen einen Rückschlag der Volksstimmung zu sichern, dem allgemeinen Wahlrecht zu Leibe. Es ist die einfachste Logik der Thatsachen, die hierzu zwingt.

Das sächsische Wahlrechts-Attentat ist nur der Anfang, nur das dünne Ende des Reils. Der Reil wird tiefer eingetrieben, und das Reichs-Wahlgesetz, welches der chauvinistischen Reaktion den Weg zu ihren letzten Zielen verrammelt, wird gesprengt, umgestürzt.

Die deutschen Wähler sind rechtzeitig gewarnt. Weisheit des Volkes für kolonialpolitische Dirngespinnste und Vernichtung des allgemeinen Wahlrechts, das ist's was uns mit dieser Ankündigung in Aussicht gestellt ist.

Die deutschen Wähler werden auf der Hut sein und die richtige Antwort geben. —

Politische Uebersicht.

Berlin, 7. Februar.

Der Reichstag hatte heute wieder einmal eine agrarische Debatte. Die junkerlichen Herren Brotertheurer sind nicht gewillt, die Fuhrtritte, die sie in letzterer Zeit erhalten haben, ruhig hinzunehmen, und da sie bei Hof eine feste Stellung zu haben glauben, so bohren

32.

Die Gräfin Mary war mit ihrer Tochter Ellg nach Baden-Baden gereist, weil man ihr mitgetheilt hatte, ihr entarteter Schwiegerohn, der Herr von Berglühn, sei dort mit dem Fräulein Blanka von Boheimb gesehen worden.

Hatte man die Gräfin irre geführt oder wußte ihr Schwiegerohn sich geschickt ihrer tyrannischen Zuchttrübe, den stein martevollen Gardinenpredigten seiner Frau zu entziehen? Kurz, alle Nachforschungen waren vergebens, die Entlohnungen waren nicht aufzufinden.

In allen Hotels hatte die Gräfin schon gespeist und sich erkundigt, alle Vergnügungsorte hatte sie besucht, früh und spät war sie herumgewandelt und hatte den und jenen Herrn gefragt und ins Vertrauen gezogen, umsonst.

Dadurch war sie bekannt geworden und bald mußte der ganze Badeort, wer die beiden auffällig gekleideten Damen waren und wen sie suchten.

Unterstützt wurden die Damen in ihrem Forschungswerke durch einen Fremden, der sich schon in den ersten Tagen ihres Hierseins ihnen angeschlossen und den Herrn von Berglühn noch von der Gesandtschaft her kannte.

Dieser Herr, der so gut französisch als deutsch sprach, ließ seine Gelegenheit vorüber, den beiden Damen gefällig zu sein.

Nach den vier Orden, die er trug, darunter das Band der Ehrenlegion, war er hoher Militär, von altem Adel, stellte sich als Marquis Venouon vor, und obgleich ein geborener Deutscher hatte er im französischen Heere in Mexiko vor Puebla gegen Juarez mitgekämpft.

Er war jetzt hier, um seine angegriffene Gesundheit wieder herzustellen.

Da die Frau Präsidentin Gräfin Mary Wittwe war und Venouon sowohl ihr wie ihrer Tochter oft Schmeicheleien sagte, so wurde er bald der ständige Begleiter der Damen.

Eines Tages brachte er die Nachricht, er habe Berglühn nebst einer Dame im Kurssaal am Spieltisch gesehen.

Die Beschreibung stimmte und Ellg drängte ihre Mutter, mit ihr nach dem Kurssaal zu gehen.

Die Gräfin studierte sich auf dem Wege eine kräftige Standrede, die sie ihrem fauleren Herrn Schwiegerohn vor Allen halten wollte, ein, aber die gesuchten Zugvögel waren schon wieder davongeflogen.

(Fortsetzung folgt.)

und wühlen sie eifrig weiter gegen den verhassten Landwirtschafts-Minister v. Hammerstein und den noch verhassteren Herrn v. Marschall. Und da es mit den „großen Mitteln“ nicht geht, wird's vorläufig mit den kleinen probirt. Diesmal war's eine Interpellation, betr. die „Transitlager“. Was sind Transitlager? Lagerstätten für das zu weiterem Transport bestimmte Getreide. Diese Lager erleichtern den Verkehr; sie helfen also die Getreidepreise auszugleichen und erschweren eine künstliche Vertheuerung. Das erregt natürlich den Horn der Brotertheurer von Profession, die heute von neuem mit den alten hundertmal gehörten Tiraden zu Feld zogen. Schwerin, Pils, Ranih, Paasche haben auf der einen Seite gesprochen und Mikert und Meyer auf der anderen — damit ist die Debatte gekennzeichnet. Wir hatten nichts dabei zu suchen. Die Debatte hat nur insofern symptomatische Bedeutung, als sie zeigt, daß die Herren Junker fortwähren, und sich eines Nichts versichert halten. Die Regierung blieb reservirt — praktisches Ergebnis null.

Morgen Schwerinstag: unser Antrag, betreffend das Vereinsgesetz. —

Im preussischen Abgeordnetenhause wurde am Freitag endlich die Verathung des landwirthschaftlichen Etats beendet. Diesmal waren es hauptsächlich Klagen über den Nothstand in den armen Gebirgsgegenden des Westens, die in den Reden der meisten Abgeordneten zum Ausdruck kamen. Wunderbarerweise ließ sich das Echo aus dem Osten nicht mehr vernehmen, die Junker scheinen des ewigen Klagens müde zu sein. Der konservative Abg. Schraubert, seines Zeichens ein Landrath an der äußersten Grenze Ostpreußens, wußte sogar dem Landwirtschaftsminister Dank für die Vermehrung des Meliorations-Fonds in Ostpreußen um 150 000 Mark. Man sieht, die Agrarier können auch dankbar sein. Nach Erledigung des landwirthschaftlichen Etats wurde der Etat der Geschäftsverwaltung verathet, der von so geringem allgemeinen Interesse ist, daß er weiten Kreisen kaum dem Namen nach bekannt sein dürfte. Die Herren mit dem „Herdverstand“ konnten jetzt ihr Licht leuchten lassen, aber leider erntete so manche schöne Rede, die auf Krebstagen oder Provinzial-Landtagen alle Hörer in Bewunderung und Erstaunen versetzt hätte, heute kaum ein Wort des Beifalls. Bei der sodann vorgenommenen Verathung des Domänen-Etats nahm der unerwähnte Bismarck, Abgeordneter von Rastorf, Gelegenheit, auf die fälschlich vom Landwirtschaftsminister abgegebene Erklärung in der Währungsfrage zurückzukommen. Bekanntlich hatte Herr v. Hammerstein neulich angedeutet, daß England es abgelehnt habe, in Verhandlungen über eine internationale Münzkonferenz zu treten. Herr v. Rastorf erklärte demgegenüber, daß nach seinen Erkundigungen in England garnichts von einer Anfrage der deutschen Regierung im Sinne der im vorigen Jahre vom Reichstag angenommenen Resolution bekannt sei. Der Landwirtschaftsminister verweigerte die Antwort auf die Bemerkungen des Herrn v. Rastorf mit dem Hinweis darauf, daß „morgen oder in den nächsten Tagen“ der Reichskanzler eine Erklärung darüber im Reichstage abgeben werde. In welchem Sinne diese Erklärung ausfallen wird, ist nicht zweifelhaft; es steht fest, daß den Agrariern dadurch auch die Aussicht auf Erlangung ihres zweiten „großen Mittels“ genommen werden wird. Am Sonnabend steht die zweite Verathung des Fortetats, der Zentral-Genossenschaftskasse und der direkten Steuern auf der Tagesordnung.

Für die Christlich-Sozialen hat der Reichstags-Abgeordnete Professor Hagedorn in „Volk“ eine Art Programm in der Form von 4 Thesen veröffentlicht, deren wichtigste Stellen lauten:

Die Differenzpunkte zwischen den Christlich-Sozialen und der konservativen Fraktion liegen zunächst nur auf dem sozialpolitischen Gebiete und beziehen sich auf die Behandlung der Sozialdemokratie einerseits und auf die Beurtheilung der Arbeiterbewegung andererseits, in letzter Beziehung besonders auf die Fragen: Wie weit sind die Forderungen der Arbeiterklasse als berechtigt anzuerkennen und in welchem Tempo sind die daraus bezüglichen Reformen einzuführen? Soweit diese Gebiete nicht in Frage kommen, wird die Waffenbrüderschaft mit den Konservativen nach wie vor festgehalten werden können.

Gegenüber mancherlei mißverständlichen Neußerungen Raumann's und seiner Anhänger hält die Christlich-Soziale Partei daran fest, daß sie als eine politische Partei den Blick auf das Ganze gerichtet halten muß und darum nicht in einseitiger Weise lediglich die Interessen eines Standes vertreten darf. Unter diesem Vorbehalt sucht sie die Fühlung und die Geseßgemeinschaft mit den unraumann'schen Gesarten sowie auch mit allen auf dem Boden des Evangelisch-sozialen Kongresses stehenden Christlich-Sozialen aufrecht zu halten und zu pflegen.

Der Grundsatz, daß das Wohl der Gesamtheit durch die gleichmäßige Pflege aller berechtigten Interessen bedingt ist und alle Stände den gleichen Anspruch auf Berücksichtigung haben, schließt jedoch keineswegs aus, daß die Christlich-Soziale Partei es in der heutigen Zeit als ihre hauptsächlichste Aufgabe ansieht, den begründeten Ansprüchen der Arbeit gegenüber der bevorzugten Stellung des Kapitals zu ihrem Recht zu verhelfen.

Das klingt weit schärfer bereits, als man bisher in Stöder's Reden zu hören gewohnt war. Herrn Raumann andererseits scheint es darum zu thun zu sein, die Fühlung mit den konservativen Christlich-Sozialen nicht zu verlieren, denn er schreibt in der „Dilse“:

„Was Stöder weiterhin thun wird, wissen wir in der Stunde, wo die letzten Zeilen zur „Dilse“ geschrieben werden, noch nicht. Wir vermuthen, daß er eine selbständige konservativ-christlich-soziale Gruppe bilden will, hielten es aber für besser, wenn gleich jetzt der Zusammenschluß aller Christlich-Sozialen erfolgen würde.“

Der Hauptgegner Stöder's in der konservativen Partei, Graf Limburg-Stürm, hält es übrigens für angebracht — ebenso wie „Kreuz-Zeitung“ und „Reichsbote“ — für sich und seine Partei gleichfalls einen Schimmer sozialreformerischer Bestrebungen zu retten, denn er sendet der „Schles. Btg.“ eine Zuschrift, in der er sagt:

„Meine Ansichten über die Bekämpfung der Sozialdemokratie halte ich fest; aber ebenso fest halte ich daran, daß im Sinne des von der konservativen Partei im Jahre 1892 festgestellten Programms die soziale Reform durch Hebung der inneren und äußeren Lebenshaltung des Arbeiterstandes und durch wirthschaftliche Stärkung der Mittelstände stetig fortzuführen ist.“

Alle diese Rundgebungen sind für uns deshalb von Interesse, weil sie zeigen, daß auch die uns feindlichen Elemente der sozialen Bewegung der Zeit sich nicht entziehen können. —

In Sachen „Stöder“ und „Volk“ erhält die „Bos. Btg.“ von vertrauter Seite folgende Mittheilungen über den Zusammenhang zwischen beiden:

„Mit Widerwillen gegen das in letzter Zeit von Stöder in Sachen seiner Stellung zu dem Blatte „Das Volk“ getriebene Wortspiel erfüllt, halte ich es für meine Pflicht, Sie auf einige Punkte hinzuweisen, die Stöder's Wahrhaftigkeit aufs neue in das richtige Licht stellen. Das „Volk“ ist begründet und getauft von dem ehemaligen Hosprediger Stöder in Verbindung mit

dem Prediger Burckhardt von Sophien. Durch letzteren wurde als erster Redakteur seinerzeit Deuß in Vorschlag gebracht und von Stöder anerkoren. Burckhardt hatte damals ein persönliches Interesse an der Unterbringung seines Freundes Deuß, dem dann von Anfang an plein pouvoir gegeben wurde. Als ich nach mehreren Monaten auf einer Reise durch Bayern Gelegenheit hatte, Herrn Stöder kennen zu lernen und mich bei ihm über diese seine neue Gründung zu informieren, war er guter Zuhörer für diese und bezeichnete Herrn Deuß als einen äußerst talentvollen Mann! Ja, Deuß war sehr talentvoll, aber Herr Stöder und besonders sein durch Burckhardt gewonnenem sekundären Geschäftsgenossen bald zu talentvoll, denn er hatte es verstanden, gegen den Willen der letzteren auf deren Kosten und Kredit in kurzer Zeit eine eigene Druckerei für das „Volk“ zu errichten, die den Herren mancherlei Kopfschmerzen machte, als sie die ziemlich kostspielige Einrichtung bezahlen sollten! Diese Eigenmächtigkeit in Verbindung mit anderen Unregelmäßigkeiten war Grund zur Entlassung des Deuß, den man lediglich zur Vermeidung öffentlichen Skandals damals nicht anhängig machte. Inzwischen hatte sich Stöder als Nachfolger von Deuß den bekannten, damals in Paris ansässigen früheren Sozialdemokraten Oberwinder engagirt. Letzterer war aber nicht der Mann, die in den Sumpf gerathene Karte des „Volk“ wieder herauszuführen. Es erforderte dies einen kapitalkräftigen Genossen, und Herr Oberwinder konnte nur von dem Gnadenfold des Herrn Stöder leben. Das „Volk“ wäre damals zweifellos eingegangen, hätte man nicht im letzten Augenblick in dem jungen, entsprechend vermögenden Referendar Bredes die sekundäre Stütze gefunden, die man brauchte. Bredes opferte in kurzer Zeit dem „Volk“ 40 000 Mark und wurde dadurch Stöder's Sojus. Herr Regierung-Referendar Bredes theilt noch heute mit Herrn Stöder die Vaterhaft seines Leiborgans, und beide Vertraute arbeiten in der Stille Hand in Hand. Die Redakteure des „Volk“ und Geschäftsführer stehen im Dienste der Herren Stöder und Bredes; sie werden von diesen Herren engagirt und verpflichtet! Weil der Regierung-Referendar Bredes nun später für seine sekundären Opfer Sicherheit für den Bestand des Geschäftes von Stöder verlangte, schlossen beide Freunde einen Kontrakt, monach Stöder sich verpflichten mußte, sämtliche Stadtmissionen-Druckarbeiten in der Druckerei des „Volk“ anfertigen zu lassen, wozugegen Bredes die Verpflanzung einging, die Hälfte des etwaigen Gewinns an Stöder für die Stadtmission zu zahlen! Dieser Kontrakt besteht noch heute zu Recht, wodurch also Stöder thatsächlich Mitinhaber des „Volk“ ist! Wie zu diesen Thatsachen nun Stöder's Behauptung, er habe keinen Einfluß auf die Redaktion — deren nomineller Leiter nur Herr Oberwinder ist — im Einklang steht, dies zu beurtheilen überlassen wir jedem rechtschaffenen Freunde christlicher Wahrheit!

Sofern die hier behaupteten Thatsachen richtig sind, liegt allerdings die Vermuthung nahe, daß Herr Stöder aus der Noth eine Tugend gemacht hat, als er, in den Mantel sozialreformerischer Prinzipientreue gehüllt, von hinnen zog. Das „Volk“, das die Wichtigkeit der obigen Darstellung der „Bos. Zeitung“ bestreitet, verdröhelt seine Leser auf Stöder's heutige Rede, die alles klarstellen werde. Als ob Herr Stöder jemals etwas „klar“ gestellt hätte! —

Deutsches Reich.

— Bundesrath. In der am 6. d. M. abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths wurde die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die große Bergwerkschere beschlossen und den Vorlagen, betreffend die Ergänzung und Abänderung der Bestimmungen der Anlage B zur Verkehrsordnung für die Eisenbahnen Deutschlands in Bezug auf die Beförderung von flüssigem Kalkstein und Calcium-Carbid sowie von Rohrhit L. Westfalia u. die Zustimmung ertheilt. Den zuständigen Ausschüssen wurden überwiegen die Gesetzentwürfe für Gas-Bohrungen über die Gewerbesteuer und die Wandergewerbesteuer, und über die Wahlen der Mitglieder der Bezirks- und Kreisvertretungen, sowie der Reichstags-Beschluß, betreffend die Sicherung der Bauhandwerker und Bauarbeiter für ihre aus Arbeiten und Lieferungen in Neu- und Umbauten erwachsenen Forderungen. Dem Antrage des Königreichs Sachsen, betreffend die Befreiung der mit Pensionberechtigung angestellten kirchlichen Unterbeamten bei den römisch-katholischen Kirchen der Erbkirche des Königreichs Sachsen von der Invaliditäts- und Altersversicherung wurde stattgegeben. Außerdem wurde über die Reichstags-Resolution betreffend Erhebungen über die Arbeitszeit der Arbeiterinnen u. s. w., und über verschiedene Eingaben Beschluß gefaßt. —

— Der „Reichs-Anzeiger“ schreibt heute in seinem offiziellen Theile unter der Ueberschrift „Kriegs-Ministerium“:

Die vorzeitige Veröffentlichung des allerhöchsten Gnaden-erlasses für den Bereich der preussischen Militär-Verwaltung vom 18. Januar 1896 durch die Nr. 14 der Berliner Zeitung „Vorwärts“ vom 17. Januar 1896 hat Anlaß zur Einleitung einer Disziplinaruntersuchung gegeben. Nach dem Ergebnis derselben ist ein Verschulden eines Angehörigen des Kriegs-Ministeriums an der Veröffentlichung im „Vorwärts“ ausgeschlossen. Zu der letzteren ist ein Exemplar der Nr. 8 des „Armees-Verordnungsblattes“ vom 18. Januar 1896, in welchem der allerhöchste Gnaden-erlass amtlich veröffentlicht worden ist, benutzt worden. Dieses Exemplar ist am 16. Januar 1896 nachmittags in die Redaktion des „Vorwärts“ gebracht, nachdem es anscheinend in der Druckerei von E. S. Mittler u. Sohn entwendet worden ist. Es ist deshalb die Disziplinaruntersuchung geschlossen und wegen Einleitung des Strafverfahrens das Erforderliche veranlaßt worden.

Berlin, den 6. Februar 1896.

Der Kriegsminister.

Brönckart von Schellendorff.

Im nicht amtlichen Theile des „Reichs-Anzeigers“ findet sich ferner folgendes Communiqué:

„Nach der im amtlichen Theile der heutigen Nummer des Blattes veröffentlichten Kundgebung des Herrn Kriegsministers ist die von demselben eingeleitete Disziplinaruntersuchung wegen der vorzeitigen Veröffentlichung des Gnaden-erlasses für die Armee durch den „Vorwärts“ nunmehr geschlossen worden. Ueber die Ergebnisse der Untersuchung sind wir in der Lage, noch die folgenden Einzelheiten aus durchaus sicherer Quelle zu veröffentlichen zu können:

Der Gnaden-erlass kam am 15. Januar nachmittags aus dem Kriegs-Ministerium in die Hof-Buchdruckerei von E. S. Mittler u. Sohn, in welcher das „Armees-Verordnungsblatt“ gedruckt wird. Bis zu diesem Zeitpunkt befanden nur einige hettographirte Exemplare desselben bei dem Kriegs-Ministerium. Die Druckerei wurde angewiesen, die Sache bis zum 18. Januar, an welchem Tage der Erlass durch die Nr. 8 des „Armees-Verordnungsblattes“ veröffentlicht werden sollte, geheim zu behandeln.

Am Morgen des 16. Januar gegen 9 Uhr wurde ein Korrekturabzug der Nr. 8 des „Armees-Verordnungsblattes“ in das Kriegs-Ministerium geliefert und alsbald, nachdem die Korrektur gelesen war, verschlossen der Druckerei zurückgegeben. Nachmittags gegen 3 Uhr begann der Druck der Auflage, welcher bis gegen 8 Uhr beendet war. Von der gesammelten Auflage kamen im Laufe des Nachmittags des 16. Januar nur zwölf Exemplare in das Kriegsministerium, deren Verbleib bestimmt nachgewiesen ist.

Am 17. Januar früh veröffentlichte der „Vorwärts“ den Erlass, den er also im Laufe des Nachmittags des 16. Januar erhalten haben mußte. Es bestand die Möglichkeit, daß der

„Vorwärts“ entweder aus einem der im Kriegsministerium vorhandenen hektographierten Umbrüche, oder aus einem Exemplar der bis zum 18. Januar geheim zu haltenden Auflage des „Armees-Verordnungsblattes“ Nr. 3 nachgedruckt hatte. Im ersten Fall konnte nur ein Angehöriger des Kriegsministeriums der Uebermittler sein, im zweiten Falle konnte das Blatt nur aus der Druckerei kommen.

Die gegenständliche Vernehmung der Redakteure des „Vorwärts“ hat nun ergeben, daß am 16. Januar, abends gegen 7 Uhr, ein „Unbekannter“ ein Exemplar des „Armees-Verordnungsblattes“ Nr. 3 in der Redaktion des „Vorwärts“ abgeben hat. Aus diesem Blatte ist der Erlaß nachgedruckt worden. Es ist also nach Lage der Sache nur möglich, daß dieses Blatt aus der Druckerei entwendet war.

Am 17. Januar kam der „Unbekannte“ wieder in die Redaktion des „Vorwärts“ und hat, ihn nicht zu verrathen, da in der Druckerei von G. S. Mittler u. Sohn eine strenge Untersuchung eingeleitet sei. Aus diesem Umstand folgt, daß der Ueberbringer des entwendeten Blattes ein bei der Firma Beschäftigter gewesen sein muß, denn sonst hätte er von der dort eingeleiteten Untersuchung nichts wissen bzw. nicht von ihr betroffen sein können. Hieran ist also der Sachverhalt — dank den Aussagen der Redakteure des „Vorwärts“ — bis jetzt dahin festgestellt, daß die Angehörigen des Kriegsministeriums von jeder Schuld entlastet sind und daß ferner ein Diebstahl bei der Firma G. S. Mittler u. Sohn vorgekommen ist.

Wer diesen Diebstahl begangen hat, soll durch die weitere Untersuchung festgestellt werden.

Wir haben dazu bloß zu bemerken, daß wir nicht in der Lage sind, die Richtigkeit der Angaben des „Reichs-Anzeigers“ zu prüfen, wir haben bloß gegen den in einem offiziellen Blatte doppelt niederträchtigen Zweifel an unseren unter Eid geleisteten Aussagen Verwahrung einzulegen.

Was die der Regierung unbecuemen Veröffentlichungen unseres Blattes anlangt, so haben wir zu bemerken, daß wir uns niemals um solche Informationen bemüht haben, daß wir aber auch nicht den mindesten Anlaß haben, bezügliche Mittheilungen, die uns ohne unser Zutun und kostenlos zugehen, zurückzuweisen, umsonstener als uns bekannt ist, daß jährlich Hunderttausende verwendet werden, um die „Geheimnisse“ der Sozialdemokratie auszujulandtschaften.

Die heutige Generalversammlung des Vereins deutscher Zeitungsverleger hat beschlossen, sich der Petition des Vereins Berliner Presse an den Reichstag in Sachen des ambulanten Gerichtsstandes der Presse anzuschließen und in Sachen des unlauteren Wettbewerbes (Schwindelannoncen) gleichfalls eine Eingabe an den Reichstag zu richten. Im übrigen erledigte die Generalversammlung interne Angelegenheiten.

Dr. Kropatschek ist zum Chefredakteur der „Kreuzzeitung“ ernannt worden. Die Junter haben also unter den Beuten, mit denen sie bessere Erfahrungen zu machen hoffen wie mit den Herren Nathusius und Hammerstein, niemanden mehr, der fähig wäre, ihres Interesses mit der Feder zu vertreten. Sie müssen zu gewöhnlichen Bürgern greifen.

Aus dem Reich der Sozialreform. In Verleberg in der Mark lebt ein behäbiger Arbeiter mit Namen Wilhelm Homburg, der als junger kräftiger Mann die Kriege von 1864, 1866 und 1870/71 glücklich durchmachte und mit seiner Haut davon kam. Später war er Jahre lang als Bodenarbeiter an der Verleberg-Wittenberger Bahn beschäftigt — die Eigenthum der Stadt Verleberg ist — bis er eines Tages von einer Rangirungsmaschine erfaßt und schwer verletzt wurde. Seitdem krankte er. Die Bahn beschäftigte ihn weiter; als aber die auf Grund des Gastpflicht-Gesetzes bestehende zweijährige Verjährungsfrist vorüber war und Homburg in dem Glauben, weiter beschäftigt zu werden, es unterlassen hatte, Ansprüche auf Grund des Gastpflicht-Gesetzes zu erheben, entdeckte man, daß Homburg arbeitsunfähig sei und setzte ihn auf die Straße.

Mit Mühe und Noth gelang es ihm schließlich, auf Grund des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes eine monatliche Rente von ganzen 9 M. und 90 Pf. zu erlangen. Von diesem Gelde muß Homburg monatlich 8 M. 50 Pf. Miethe bezahlen, so daß ihm und seiner kurzfristigen, erwerbsunfähigen Frau die Restsumme von 3 M. 40 Pf. verbleibt, wovon alle übrigen Lebensbedürfnisse bestritten werden müssen. Homburg wandte sich in seiner Noth wiederholt an den Verleberger Magistrat um Armenunterstützung, da er und seine Frau unmöglich von 9 M. 90 Pf. monatlich leben könnten. Der Magistrat wies diese Gesuche jedoch ab, weil er sich von er Unterstützungsbereitschaft nicht überzeugen konnte. Darauf wandte sich Homburg um Hilfe gegen den Magistrat an den Kreisaußschuß; aber auch von diesem erhielt er unter dem 6. Januar 1896 folgenden von echt christlichem Geiste durchtränkten Antwort:

Der Arbeiter Homburg, welcher eine Invalidenrente von monatlich 9,90 M. bezieht, bittet um Armenunterstützung. Der Magistrat zu Verleberg verweigert solche bis auf das Fehlen von Brennholz.

Die hiergegen gerichtete Beschwerde Homburg's ist zurückgewiesen, weil die Invalidenrente zur Befreiung der notwendigen Lebensbedürfnisse genügt.

Der Kreisaußschuß der Westpreignig Jagom.

Dieser Bescheid an einen verelendeten Proletarier spricht Bände. Und da spricht man noch von christlicher Sozialreform??

In Kyritz hat der Vorstand des landwirtschaftlichen Vereins dem Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten eine Petition zugehen lassen, in der es heißt:

Wie wir aus der Zeitung erfahren, ist der bisherige Geschäftsdirektor von Neußadt Herr v. Goeben als Landstallmeister nach Weeberd veretzt worden. Exter Excellenz wagen wir daher mit der Bitte zu haben, daß bei Neubestellung dieser Stelle nicht wieder einem jungen Offizier dieses Amtes übertragen wird, sondern daß ein Mann dasselbe erhält, der in der Pferdebeziehung erfahren ist und zu dessen Pferdekenntnis die Führer der Provinz Vertrauen haben können.

Also selbst Deuten, die nur in so unterhängem Tone einem Minister sich zu „nähem wagen“, hat sich doch die Ueberzeugung aufgedrängt, daß die Lieutenant's-Panletten nicht Gewähr für Sachkenntnis sind. Und dabei hat so ein Lieutenant immer noch eher „Pferdekenntnis“ als Verständnis für alle möglichen Zivilämter, bei deren Besetzung er erfahrungsgemäß den Vortzug vor Zivilpersonen genießt, wie bei Unterbeamtenstellen der zivilverforgungsberechtigten Unteroffizier.

Gotha, 6. Februar. Im 11. Landtags-Wahlkreise wurden unsere sämtlichen Wahlmänner gewählt. Der Kreis ist also unter und wird der zweite Sozialdemokrat in den Landtag einlegen.

Zur Vereinfachung der Gerichtsurtheile. Eine bemerkenswerthe Entscheidung wurde von dem I. b. Staatsministerium der Justiz an die sämtlichen Gerichte des Königreiches erlassen. Nach derselben wird von höchster Stelle rückhaltlos anerkannt, daß die Entscheidungsgründe bei Beschlüssen und Urtheilen der Gerichte in bürgerlichen Rechtsverhältnissen vielfach Rechtsfragen allzu ausführlich oft in einer Breite von 40 bis 60 Seiten erstern. Hierdurch werden die Urtheile, welche zunächst für die Parteien und das Publikum bestimmt sind, zu wissenschaftlichen Abhandlungen gestempelt, die gesetzlichen Fristen zur Abfassung der Urtheile werden nicht eingehalten, die Ausfertigungen ver-

zögert und die Parteien mit übermäßigen Schreibgebühren belastet. Auch rügt das Ministerium, daß die Sprache der Gerichte trotz der früheren Entschliessungen vielfach grammatikalisch und logisch unrichtig und unklar ist, daß sie der Gemeinverständlichkeit entbehrt und zu viele Fremdwörter enthält. Diesen Mängeln gegenüber wird den Gerichten eine bündige, mit Gründlichkeit wohl vereinbarte Kürze empfohlen und zur Pflicht gemacht, auf die sprachliche Darstellung mehr Sorgfalt zu verwenden. Das stimmt.

Mühlhausen i. G., 6. Februar. In der Ausweisung. Angelegenheit Noack-Dollfus hat sich Herr Fabrikant und Kommerzienrath Theodor Schlumberger, ein Mühlhauser Großindustrieller, welcher zu den Hauptern der reichsständischen Regierung ungefähr in demselben Verhältniß steht wie Herr v. Stumm zum Leiter des Reiches, vor einigen Tagen nach Berlin begeben, um eine Milderung der Maßregel zu erwirken. Herr Noack wartet in Paris auf das Ergebnis. Ueber sein Verbrechen erfährt man nun bestimmt, daß bei einer in seiner Privatwohnung gegebenen Soiree, an welcher nur engere Bekannte des Gastgebers theilnahmen, die Statue „Quand même!“ von Belfort als tableau vivant dargestellt wurde, daß Mädchen in elasser Tracht und französische Pious-Pious vor den Gästen Liebesbrennen aufführten und — daß die ganze Spielerei durch die Mägdle des Herrn Noack ausgeplaudert wurde, wodurch die Polizei davon Kenntniß erhielt. Diese originelle Art der politischen Information ist sehr vielversprechend und außerordentlich schlecht geeignet, zur Verhütung der Gemüther im Lande beizutragen. Wenn man im eigenen Hause den Polizeidienst fürchten muß, kann man sich nicht sonderlich wohl fühlen. Im übrigen wird auch in bürgerlichen Kreisen der kindische Streich des Herrn Noack mit Achselzucken aufgenommen; er hätte, so sagt man sich fast allgemein, als Franzose und Kenner unserer Verhältnisse vorsichtiger sein sollen. Da wissen wir Götter den Werth der Voricht der Regierung gegenüber viel mehr zu schätzen. Wir sind aber auch deutsche Stämme! —

Oesterreich.

Wien, 6. Februar. In dem Gemeinde- und Verfassungsausschusse des niederösterreichischen Landtages erklärte der Statthalter, daß die Wahlen für den Wiener Gemeinderath voraussichtlich einige Tage vor dem 3. März, an welchem Tage die gesetzliche Frist abläuft, stattfinden werden.

Ungarn.

Budapest, 7. Februar. Abgeordnetenhause. Bei der fortgesetzten Beratung des Kulugetats sprach Emerich Madarasz den Wunsch aus, es müsse in der Leitung des Unterrichtsressorts ein mehr nationaler Geist herrschen; Redner stimmt für den Vorschlag. Gabriel Ugron brachte einen Beschlus Antrag ein, durch welchen die Regierung aufgefordert wird, einen Gesehentwurf einzubringen zur Regelung des Verhältnisses sämtlicher auf der Grundlage der Autonomie stehenden Kirchen zum Staate, sowie dafür zu sorgen, daß gegen diejenigen Nationalitäts-Kirchen, welche staatsfeindliche Bekrebungen unterstehen, die Gesehgebung von Fall zu Fall Verfügungen treffe. Johann Hoch unterstützt den Beschlusantrag Ugron's.

Den magyarischen Chauvinisten scheint die ultranationale Regierung noch immer nicht genügend die nichtmagyarischen Nationalitäten zu knebeln und zu unterdrücken.

Frankreich.

„Gegen die Korruption!“ ist nach wie vor die Losung der ehrlichen Leute in Frankreich. Die Sozialisten haben den Stein ins Rollen gebracht und das Ministerium Bourgeois muß der Bewegung dienen, wenn es fortbestehen will. Die Regierung hat die Panama-Akten wieder hervorzuholen lassen und will den Panama-Prozess wie die übrigen Skandalprozesse wieder aufnehmen und ein gründliches „Reinmachen“ besorgen. Der „Börslichen Zeitung“ wird heute von ihrem Pariser Korrespondenten, der natürlich darob entrüstet ist, telegraphirt:

Paris, 7. Februar. Untersuchungsrichter Le Poittevin, dem die seinem Vorgänger Rempfer plötzlich abgenommenen Angelegenheiten zugewiesen wurden, scheint die ganze Panama-, Cornelius Herz-, Südbahn- und Jernsprechergesellschaftsache wieder ausgraben zu wollen. Abgeordneter Christofle, Gouverneur des Credit foncier, Graf Demerier, Rouvier, Passy und Jules Roche wurden vorgeladen, um über ihre Beteiligung am sogenannten Bürgerstahndikt für die Südbahnschuldfrage Auskunft zu geben. „Matin“ erzählt, das fleberhafte Vorgehen Le Poittevin's, der im Auftrage des Justizministers Ricard handelt, veranlasse Zerwürfnisse im Kabinete. Bourgeois erhebt sich lebhaft gegen die Fortdauer eines Zustandes allgemeiner Verdächtigung und Verleumdung und fordert Abschluß der schwebenden Untersuchungen, während Canagnac und Ricard immer wieder andrufen: „Wir müssen bis ans Ende gehen.“ — Darlan, Vorsitzender des Kammerausschusses zur Prüfung der Bahnverträge, vertritt die Ansicht der Geldbeträge, welche die Bahnen von 1881 bis 1884 an die Presse vertheilt haben. 1882 wurden 755 793, 1883 718 347, 1884 403 238 Fr. aufgetheilt, und zwar theils unmittelbar an die Blätter, theils an einzelne Presseleute, theils unter der Form des Kaufs von Zeitungsnummern und Flugchriften. Alle großen Pariser, einige Provinzialblätter, alle Finanzwochenchriften und die „Nouv. Revue“ erschienen in diesem Ehrenbuche. Selbstverständlich wird auch die „Frankfurter Zeitung“ mit 622 Fr. 85 Cts. aufgeführt, und eine zweite Post lautet räthselhaft: „Deutsche Zeitungen 275 Fr. 60 Cts.“ Vermuthlich handelt es sich bei diesen kleinen Posten um Inserate. Red.) Ueber diese Angabe wäre von Darlan Aufklärung zu fordern.

Was die „Zerwürfnisse im Kabinete“ betrifft, so sind sie wohl fromme Wünsche, die nicht ganz sauber sind und Nierenstich. Wie weit aber Bourgeois mit der Ausmistung des Augiasstalls kommen wird? Aus der kapitalistischen Gesellschaft die Spinnweben entfernen heißt die kapitalistische Gesellschaft vernichten.

Telegraphirt wird noch aus Paris: Der „Kappel“ glaubt zu wissen, die Regierung habe beschlossen, eine gerichtliche Untersuchung über alle Angelegenheiten zu eröffnen, in welche Cornelius Herz verwickelt war.

Belgien.

Brüssel, 6. Februar. Repräsentantenkammer. Das Haus setzte die Beratung der Interpellation Definet über die Ernennung der Bürgermeister fort. Nach einer sehr bewegten Sitzung brachte der sozialistische Abgeordnete Vanderveelde eine Tagesordnung ein, welche ein Zedelsvotum gegen den Minister des Innern enthält; diese Tagesordnung wurde mit 88 gegen 23 Stimmen abgelehnt. Hierauf wurde die von Hopois (Katholik) vorgeschlagene einfache Tagesordnung mit 83 gegen 23 Stimmen angenommen.

Die Angriffe der Sozialisten auf den König in der gestrigen Kammer Sitzung haben in der Presse großes Aufsehen erregt. Die royalistischen Zeitungen drohen den Sozialisten mit Enthüllungen, wenn sie ihre Angriffe fortsetzen sollten.

Das ist ja die reine Spreßeremethode, durch die man unsere Genossen nicht schrecken kann.

England.

London, 6. Febr. Der amerikanische Wochenschriftler Bazar d betonte in einer Vankettrede im Hotel Metropole das beiden Völkern gemeinsame Gefühl für eine Einigung Englands und der Vereinigten Staaten und gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß alle Meinungsverschiedenheiten beigelegt würden.

Blymouth, 7. Februar. Der hiesige Bürgermeister hat für nächsten Dienstag Mittag ein Meeting einberufen, welches gegen die Fortsetzung der Crevel in Armenien protestiren und Lord Salisbury zur Intervention auffordern soll.

Schweden.

Stockholm, 6. Februar. Das „Stockholms Dagblad“ erklärt der Wechsel im Justizministerium sei nicht unerwartet gekommen, da man seit mehreren Wochen wußte, daß zwischen dem Staatsrath Desfregren und dem Staatsminister Boström wegen Erweiterung des Stimmrechtes zur zweiten Kammer eine Meinungsverschiedenheit bestehe. Desfregren wünschte nämlich ein abgestuftes Stimmrecht, wie es in Belgien eingeführt ist, während Boström die Ansicht vertrat, daß ein Stimmrecht jeder Person zustehen solle, welche während einer gewissen Zeitdauer eine Steuer von einem bestimmten Mindestbetrage gezahlt habe.

Afrika.

Prätorien, 6. Februar. Bei der Untersuchung gegen die unter der Anschuldigung der Erregung eines Aufstandes und des Hochverraths stehenden Gefangenen stellte die Untersuchung führende Beamte in Johannesburg fest, es habe dort niemals eine Gefahr für Leben und Eigenthum bestanden und es habe keine Veranlassung zu kriegerischen Vorbereitungen seitens eines Theils der Einwohner vorgelegen. — Der Geschäftsführer der „Standard Bank“ erklärte, es waren 70000 Pfund als Hilfsfonds hinterlegt gewesen. — Der Landroß wies Briefe vor, welche eine Liste der Waffen und Munition enthielten, welche von dem Reform-Komitee geliefert worden waren. — Der Geschäftsführer der „Argus“, Buchdruckerei-Gesellschaft, erklärte, er habe von dem Reform-Komitee die Kopie einer Proklamation erhalten, in welcher behauptet wird, daß zur Zeit als Jamefon ermartet wurde und sich infolge dessen Unruhen ergeben könnten, eine provisorische Regierung nothwendig sei. Die Proklamation sei zwar gedruckt aber nicht abgedruckt worden.

Unter den von der Transvaal-Regierung entworfenen Reformgesetzen befindet sich auch ein Entwurf, betreffend die Errichtung eines Stadtrathes für Johannesburg mit einem Major an der Spitze und die Uebertragung der gesammten städtischen Verwaltung an die Bürger.

— Aus London wird gemeldet: In einer gestern stattgehabten Sitzung der Direktoren der Südafrika-Gesellschaft wurde beschlossen, in Gemeinschaft mit den Direktoren der „Beira-Gesellschaft“ Schritte zu thun behufs sofortiger Verlängerung der Beira-Bahn von Chimio bis Umbali; hierdurch würde das ganze Gebiet der Niederung innerhalb der portugiesischen Spähre von der Eisenbahn durchkreuzt werden. Maschinen und Waaren würden von der Küste direkt nach dem Gebiet der „Südafrika-Gesellschaft“ befördert und die Frachtsätze bedeutend reduziert werden; die Verlängerung der Bahn von Umbali bis Salisbury, der Hauptstadt Rhodesias, werde alsdann unverzüglich folgen.

— Wieder einmal ein „glänzender“ Sieg über Neger! Nach einer Meldung aus Blantyre, in dem neuerdings englisch gewordenen Hochlande zwischen dem Njassa-See und dem Sambesi, vom 25. Januar haben Lieutenant Nixon und Hauptmann Stewart mit ihrer Schar (Zwölf) zwei glänzende Siege über Häuptlinge errungen, welche in Britisch-Zentralafrika Sklavenhandel trieben. Die Araber wurden vollständig geschlagen und 14 Häuptlinge gefangen genommen. Durch diese Erfolge sei die Handelsstraße nach dem Innern Afrikas wieder frei gemacht.

Die Lohnbewegung in der Konfektionsindustrie.

Aus bürgerlichen Kreisen kommt und die überraschende Nachricht, daß Herr Ferdinand Mannheimer, in Firma W. Mannheimer, einige Konfektionsarbeiterinnen empfangen hat. Noch überraschender ist es, daß Herr Mannheimer erklärt haben soll, er sei im Hinblick auf die Schmutzkonzurrenz nicht in der Lage, die bessernde Hand anzulegen, dagegen würde er es mit Freuden sehen, wenn die Arbeiter durch einen Streik die Schmutzkonzurrenz beseitigen würden; er sei bereit 10 000 (zehntausend) Mark zum Streik zur Verfügung zu stellen! Wir sind der Meinung, daß Herr Mannheimer ganz andere Mittel hätte und seit langer Zeit gehabt hat, um gegen die Schmutzkonzurrenz, vor welcher er sich heut zu fürchten vorgiebt, vorzugehen. Herr Mannheimer hat genügenden Einfluß auf die anständigeren Firmen, um sie zu veranlassen, einheitlich die Verhältnisse ihrer Arbeiter zu bessern; er kann auch u. a. Ausdehnung der Gewerbe-Inspektion auf die Hausindustrie oder den Erlaß von Vorschriften ähnlich denen für die Zigarettenfabrikation bei dem zuständigen Ministerium beantragen u. s. w. Seine Freigebigkeit ist im höchsten Grade verdächtig; noch haben wir stets die Erfahrung gemacht, daß Unternehmer, welche Arbeiter zum Streik riefen, ihren Vortheil dabei suchten und fanden. Die Konfektionsarbeiter müssen also um so mehr auf der Hut sein und sich nicht zu Unbefonnenheiten verleiten lassen. Bis zum 9. Februar ist durch Beschluß von zwölf öffentlichen Versammlungen den Arbeitgebern Bedenkzeit gewährt worden; dieser Beschluß einmal gefaßt, muß gehalten werden, wenn die Arbeiter nicht die ihnen jetzt außerordentlich günstige öffentliche Meinung verhergen wollen, welche sogar die Behörden zum Einschreiten drängt.

Leider scheint eine kleine Gruppe von Arbeitern dem Herrn Mannheimer auf den Beim gehen zu wollen, indem sie für Sonntag Vormittag Versammlungen einberufen, in denen, wie behauptet wird, der Streik proklamirt werden soll. Wir rufen den Konfektionsarbeitern zu:

Laßt Euch nicht verleiten, einen Fehler zu begehen, der Eurer gerechten Sache unberechenbaren Schaden zufügen würde.

Berlin, 7. Februar. Von verschiedenen Seiten wird uns mitgetheilt, daß eine Deputation sich zu mehreren Konfektionsfirmen begeben hat, um mit denselben über die Forderungen der Konfektionsarbeiter und -Schneiderinnen zu verhandeln. Nach unseren genaueren Informationen steht die Fünfer-Kommission diesen Schritten vollständig fern. Sie hat sich weder direkt noch indirekt auch nur an eine einzige Firma gewandt, sie hat vielmehr für morgen die maßgebenden Firmen der Herrenkleider- und Damenmantel-Konfektion zu Verhandlungen eingeladen, welche im Beisein und wahrscheinlich unter dem Vorstize des Regierungs- und Gewerberat's Dr. Sprenger stattfinden werden.

Eine bürgerliche Kundgebung. Sonntag, den 9. Febr., mittags 1/2 12 Uhr, findet im Konzerthause, Leipzigerstr. 48, auf Einladung angegebener Männer und Frauen aus den verschiedensten Lebens- und Berufsstellungen eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Fräulein Dr. Agnes Blum, Frau Jeannette Schwerin, Herr Pöschner und Herr Scheimer Regierungsrath Professor Wilhelm Förster über die Nothe der Hausindustrie, besonders der Konfektions-Branchen, sprechen werden.

Magdeburg.

Die Schneider und Schneiderinnen Magdeburgs haben es abgelehnt, in einen Streik zu Gunsten der Einführung von Betriebsverhältnissen einzutreten. Die Vorbedingung eines Kampfes ist das Müssen der Kräfte. Und diese Kräfte sind in Magdeburg für zu schwach befunden worden. Es wurde festgestellt, daß gerade die dem Unternehmerstypus unterworfenen Haus-

Arbeiter völlig unorganisiert, den trefflichen Organisations-
bestrebungen der organisierten Klassenangehörigen sich fern-
gehalten haben. Als Kampftruppe blieb also übrig die
geringe Zahl der unorganisierten Schneider und Schneiderinnen.
Wenn auch Muth und Kampfeslust diese kleine Schaar befehle,
wenn sie auch den festen Willen zeigte, für ihre Klassenangehörigen
menschwürdige Zustände zu erkämpfen, die Leiden mildern,
die Lehren stillen wollte, die bei harter, jammervoll be-
zahlter Arbeit so reichlich flossen, so mußte sie dennoch auf
die Kraftprobe verzichten, obgleich die Sympathie aller Klassen-
bewußten Arbeiter ihr zur Seite stand. Die organisierte Ar-
beiterschaft war sich klar, daß sie, nachdem die Gesetzgebung
die Wünsche der Arbeiter vorläufig unberücksichtigt gelassen,
die Hausindustrie noch nicht der Gewerbe-Inspektion unter-
stellt, diese eminent wichtige Forderung, die zugleich eine
hohe kulturelle Bedeutung hat, zu erkämpfen hatte. Nach Prüfung
dieser Sachlage und nach sorgfältigen Abwägen des Für und
Wider kamen die Schneider und Schneiderinnen zu der Er-
kenntnis, von einem Streik abzurathen und es wurde als hohe
Aufgabe der politischen Partei erachtet, auf dem Wege der Ge-
setzgebung die Forderungen der Arbeiter der Konfektionsbranche
zu erkämpfen. Haben die Schneider und Schneiderinnen Magde-
burgs es abgelehnt, selbständig in einen Lohnkampf einzutreten,
so werden sie doch mit Stolz auf die Bewegung anderer Orte
blicken und sich geloben, den kämpfenden Genossen beizustehen
und sie thätkräftig zu unterstützen.

Erst, am 6. Februar, am Montag tagte hier eine
importante, von 2000 Personen besuchte Volksversammlung, die
einstimmig sich auf die Seite der Konfektions-Arbeiter stellte.
Am Mittwoch lehnten die Zwischenmeister die Verhandlungen
mit den Arbeitgebern ab und verweigerten dem Vertrauensmann
der Schneider und Schneiderinnen Gehör. Heute, Donnerstag,
berathen die Konfektionsfirmen unter sich. Morgen, Freitag,
wird in Anwesenheit des Gewerberathes ein letzter
Einigungsversuch unter folgenden Bedingungen gemacht werden:
Anerkennung von Einrichtung der Betriebswerkstätten, die theil-
weise sofort zu gründen sind. Einigung über den Lohnsatz und
Anerkennung derselben für die vorhandenen und einzurichtenden
Betriebswerkstätten. Werden die Forderungen nicht bewilligt,
so soll eventuell ein Streik proklamiert werden.

Eisenach. Die Kollegen Eisenachs erklären mit allen
ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Kampf der Konfektions-
arbeiter zu unterstützen, und energisch für die aufgestellten Forde-
rungen einzutreten.

Breslau. Der „Breslauer Morgenzeitung“ entnehmen
wir, daß in der von über 1000 Personen besuchten Schnei-
derversammlung am Mittwoch zunächst der Vorsitzende Sieppelt
in scharfen Worten die am Dienstag vorgelommenen Aus-
sicherungen einiger Kollegen tadelte; durch solche Ungehörlich-
keiten, erklärte er, würden die Schneider der Sympathien des
Publikums beraubt; er ermahnt deshalb die Anwesenden aufs
dringendste, vollständig Ruhe zu bewahren und andere von Aus-
sicherungen abzuhalten. Alsdann besprach Hedner die am Mit-
woch stattgefundene Konferenz der Prinzipale. Es sei erwünscht,
daß die Arbeitgeber anerkennen, daß innerhalb des Schneider-
gewerbes Mißstände existiren und die Löhne niedrig seien; in-
dessen glaube er, daß die Schneider den Versuch einer procentualen
Lohnerhöhung, die übrigens viel zu gering bemessen sei,
nicht annehmen könnten; für jedes Stück müßte ein
fester Preis bestimmt und dieser tarismäßig festgesetzt werden.
In einer Resolution erklärt sich die Versammlung bereit, in Ver-
handlungen mit den Arbeitgebern sich einzulassen, wünscht aber
eine tarismäßige Lohnerrhöhung. In Abstrich erklärt sich Herr
Sieppelt bereit. Um 11 1/2 Uhr zogen etwa tausend Konfektions-
schneiderinnen, zu denen sich zwei- bis dreihundert Schneider ge-
stellt hatten, gemeinsam von der Kaiser Wilhelmstraße die Of-
fseite der Schneiderstraße nach dem Ring hin entlang. Die
Menge ging, wie Breslauer Blätter berichten, ruhig ihres Wegs,
verhänderweise jede Demonstration unterlassend. Vor keinem
der großen Konfektionsgeschäfte fanden irgend welche Anstän-
dungen statt. Öffentlich behalten die Streikenden ihre ruhige
Haltung auch weiterhin bei. Ein großer Theil der Schnei-
derinnen hat den Geschäften die Stoffe zurückgegeben, die sie vor
Ausbruch des Streiks zur Verarbeitung übernommen hatten.

Frankfurt a. M., 6. Februar. Die Bewegung der
Konfektionsschneider hat in Speyer, Worms, Lannus, Sprendach,
hauptsächlich in Wiesbaden in den letzten acht Tagen bedeutend
an Ausdehnung gewonnen. Kollege Rod aus Nürnberg, der die Auf-
gabe hat, die dortige Bewegung zu leiten, hat seit 18. Januar im
ganzen 13 Versammlungen abgehalten. Ueberall war der Besuch
ein guter und die Begeisterung für die berechnete Forderung eine
große. Am stärksten ist die Bewegung in Wiesbaden und
Umgebung, wo aber auch die erbärmlichsten Zustände vorhanden
sind. In Wiesbaden selbst haben bis jetzt 2 Versammlungen
stattgefunden. Die ultramontane Presse eifert mit aller
Macht gegen die Bestrebungen der Konfektionsarbeiter. Dagegen
sehen die Behörden der Bewegung sympathisch gegenüber.

München. Eine öffentliche Schneider- und Schneiderinnen-
Versammlung tagte am Montag Abend und nahm nach dem ein-
geleiteten Besatze a. a. S. folgende Resolution an:

„Die heute im Kreuzstr. tagende öffentliche Schneider- und
Schneiderinnen-Versammlung kommt nach Entgegennahme der Be-
richte über die Stellungnahme der Konfektions-Geschäftsinhaber zu
unserem Lohnsatz und zu der Forderung der Einrichtung von Betriebs-
werkstätten zu folgendem Beschluß: „Indem sich die hiesigen
Konfektionsfirmen unseren gerechten Forderungen gegenüber so ab-
lehnd verhalten, einzelne sogar dieselben grob und beleidigend
zurückgewiesen haben, sind wir gezwungen, an das gesammte
konsumierende Publikum Münchens zu appelliren. Wir be-
auftragen unsere Gewerkschaftsdelegirten, diese wichtige Angelegen-
heit im Gewerkschaftsverein vorzubringen und eine geeignete
Stellungnahme dort zu veranlassen. Die Versammlung erklärt
sich im ferneren solidarisch mit der Bewegung in allen
Städten Deutschlands, sie beauftragt die Agitationskommission
mit dem Gewerkschaftsverein die Schritte zum weiteren Vorgehen
zu prüfen.“

Augsburg. Die Bewegung ist gut im Fluß. Die Firma
Oppenheimer hat Werkstätten eingerichtet, will auch Wochenlohn
einführen, hat denselben jedoch zu niedrig gestellt. In einer
zum Donnerstag anberaumten gemeinschaftlichen Sitzung wird
mit den Unternehmern über die aufgestellten Forderungen und
die ihnen zugesetzten Lohnsätze konferirt. Das Resultat theilen
wir mit.

Stimmen aus den Kreisen der Unternehmer.

Die wenig übertrieben die von den Arbeitern und Ar-
beiterinnen gestellten Forderungen sind, beweisen Aeußerungen
aus den Kreisen von Unternehmern, Händlern und Zwischen-
meistern. Ausgenommen die Forderung nach Betriebs-Werk-
stätten, über die sich nur einige, und auch in ablehnendem Sinne
äußern, werden die übrigen Forderungen sehr günstig be-
urtheilt. Aus den Zuschriften an die Agitationskommission
heben wir einige hervor.

Ein Unternehmer der Herrenkonfektion schreibt:
„Hierdurch mache ich Ihnen die ergebene Mittheilung, daß
ich voll und ganz mit den Vorschlägen der Kommission ein-
verstanden bin und aufs lebhafteste die Durchführung wünsche.“

Gleichzeitig benachrichtige ich Sie, daß ich bereits seit Jahren
die jetzt geforderten Preise bewillige und in vielen Fällen sogar
höhere.

Mit den besten Wünschen für ein gutes Gelingen zeichne ic.“

Ein anderer schreibt folgendermaßen:
„Auf Ihre werthe Zuschrift theile ich Ihnen mit, daß ich
mit dem neuen Tarif in Herren-Konfektion einverstanden bin,
zu Anaben-Konfektion brauche ich fremde Hilfe nicht, sollte ich
aber Leute brauchen, so werde ich nach dem Tarif bezahlen.“

Ein Dritter äußert sich dahin:

„Zu betref. Ihres Briefes theile ich Ihnen mit, daß ich den
Verantwortlichen Redakteur: August Jacoby, Berlin. Für

Lohnsatz voll und ganz anerkenne und zwar mit dem Be-
merken, daß ich wie bisher auch weiter 25 pCt. mehr zahle,
als Sie fordern.“

Bei bestellten Baoren halte mich an den Tarif von 1894.
Eigene Betriebswerkstätten einzurichten bin ich jetzt vorläufig
nicht im Stande, da ich keine passenden Räume bei mir im Hause
haben kann, ich werde aber danach hinstreben.

Den größten Theil meiner Lagerwaare lasse ich ja selbst
anfertigen und zahle, wie schon gesagt, 25 pCt. mehr, achte aber
auch gleichzeitig auf gesunde, reine Arbeitsräume.“

Ein Zwischenmeister der Damenmäntel-Branche schreibt:
„Ihre mir zur Kenntniß gegebenen Lohnforderungen be-
willige ich und werde versuchen, auf meine Arbeitsgeber dahin
einzuwirken.“

Ein anderer theilt folgendes mit:
„Den mir von der Agitationskommission der Schneider und
Schneiderinnen gestellten Lohnsatz für Männer, speziell
den Satz für Besatzsachen zahle ich schon seit Jahren.“

Ein Händler schreibt folgendes:
„Antwortlich Ihrer gest. Zuschrift theile ich Ihnen mit, daß ich
nicht selbst anfertigen lasse, sondern meine Konfektion fertig
kaufe.“

Im übrigen kann ich mich vollständig damit einverstanden
erklären, daß die Arbeiterinnen besser bezahlt bekommen, wie
bisher.“

Ferner lautet ein Brief eines anderen Händlers:
„Antwortlich Ihres Gelehrten vom 25. Januar theile ich Ihnen
ergebnis mit, daß ich meine Logersachen nicht in eigener
Werkstatt anfertigen lasse, sondern dieselbe aus größeren Engreß-
geschäften beziehe. Soweit es in meinen Kräften steht, will ich
auch auf meine Lieferanten einwirken, damit dieselben Ihrem
Wunsche nachkommen.“

Diese Zuschriften enthalten keine Bewilligung oder von den
Arbeitern aufgestellten Forderungen, weshalb wir von einer
Veröffentlichung der ferneren Abhand nehmen; immerhin sind
sie ein Beweis, daß nicht Unmögliche verlangt wird.

Preklimmen.

Die „Kreuz-Zeitung“, die für die Forderung der Betriebs-
werkstätten offenbar nicht das geringste Verständnis hat, hält die
übrigen Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen für be-
rechtigt. Sie schließt ihren Leitartikel mit einer ganz gehörigen
Abfertigung der „Nordd. Allg. Ztg.“, welche die Blamage dieses
Blattes vollkommen macht; es heißt da:

Eine prinzipielle Voreingenommenheit finden wir in der
politischen Presse nur bei der „Norddeutschen Allg. Zeitung“, die
in der letzten Zeit mit großem und blindem Eifer bestrebt ist, die
Niederschläge auf die Politik anzunehmen. Die
Fabrikanten stellen die Sache noch so dar, als ob die Arbeiter
diesmal nicht hinter den Führen ständen. Mit einer
Brutalität, an der die „Nordd. Allg. Ztg.“ ihre Freude
haben wird, erklärt der „Konfektionär“: „Die Arbeiter müssen
verdienen, um zu leben, folglich können sie nicht streiken.“ In
der nächsten Woche wird es sich entscheiden, ob dieser über-
mäßige Appell an den Hunger als Bundesgenossen seine Wir-
kung gethan hat.

Der „Meißner“ schreibt: Nach dem bisherigen Verlauf
der Bewegung kann man ihr nur sympathisch gegenübersehen. Die
hausindustriell beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen der Kon-
fektionsbranche sind diesmal das treibende Element. Ihr Loos
ist ohne Zweifel ein recht elendes, es ist daher zu begreifen, daß
sie nach einer Besserung ihrer Lage streben. Ihre Beschwerden
richten sich in der Hauptsache gegen die sog. „Zwischenmeister“,
welche die Ausführung größerer Aufträge für die
großen Konfektionsfirmen übernehmen. Diese „Zwischenmeister“
unterbieten einander, um die Aufträge zu erhalten, und
suchen dann durch Herabdrückung der Löhne den Verlust ein-
zubringen, den sie durch ihr zu billiges Angebot erleiden würden.
Auf diese Weise sind in der That die Löhne für die Haus-
industriellen in der Konfektionsbranche ungebührlich verringert
worden, ohne daß die Industrie einen Vortheil davon hätte. Die
„Zwischenmeister“ haben sich den Vorstellungen der Arbeiter
gegenüber unzugänglich erwiesen, und nun wenden sich diese
unmittelbar an die Großkonfektionäre, um eine Aenderung herbei-
zuführen. Es wäre sehr zu wünschen, daß die Unternehmer für
die Klagen der Arbeiter ein offeneres Ohr hätten, als die
„Zwischenmeister“.

Die „Frankfurter Zeitung“ äußert sich in einem Leitartikel,
der die Frage nach der Seite der Sozialgesetzgebung eingehend
darstellt u. a. folgendermaßen: „Daß die Arbeitsverhältnisse in
der Konfektionsbranche außerordentlich schlechte sind, kann kein
Unbefangener leugnen. Die hausindustrielle Betriebsform mit
allen ihren schlimmen Folge-Erscheinungen macht sich gerade in
dieser Branche besonders unheilvoll geltend. Der zwischen dem
Unternehmer und dem Arbeiter stehende Zwischenmeister führt
auf Kosten des letzteren sehr oft, freilich nicht in allen Fällen,
ein recht behagliches Dasein, der Lohn ist allenthalben ein außer-
ordentlich niedriger, die Arbeitszeit eine übermäßig lange, die Ar-
beitsräume meist ungenügend und gesundheitschädlich. Ein trübes
Bild von den herrschenden Zuständen hat im vorigen Jahre im
Auftrage des Verbandsvorstandes Timm in seiner bekannten
Proschaire entworfen, der man im allgemeinen das Zeugniß der
Objektivität anstellen kann. Es unterliegt keinem Zweifel, daß
durch die Einführung von Betriebswerkstätten und die Unter-
stellung dieser Werkstätten ganz erheblich gemindert werden könnten.
Für die Ausdehnung der Gewerbe-Aussicht nach dieser Richtung
hat sich denn auch bekanntlich der Reichstag einmüthig aus-
gesprochen und es kann nur gewünscht werden, daß die Vor-
arbeiten der schon erwähnten Kommission bald Früchte tragen
möchten.“

Partei-Nachrichten.

Parteiliteratur. Der stenographische Bericht der Reichs-
tags-Verhandlungen über die Handhabung des Vereins-
und Koalitionsrechts, der unter dem Titel: „Zweites
Recht zum Preise von 10 Pf. als Broschüre erscheint, gelangt
heute Sonnabend zur Ausgabe.

Die Delegirtenkonferenz für den 11. badischen Reichs-
tags-Wahlkreis, die am Sonntag, den 2. Februar in
Friedrichsfeld abgehalten wurde, war von 13 Orten mit
22 Delegirten besetzt. Aus dem Geschäftsbericht der Agitations-
kommission ist zu entnehmen, daß im vergangenen Jahre außer den
Landtagswahl-Verhandlungen circa 80 Versammlungen im
Wahlkreis abgehalten wurden.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Eine Privat-Belästigungsklage eines
Apothekers in Volkmarodorf gegen den verantwortlichen
Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, Genossen Pollender,
endete mit Einstellung des Verfahrens.

Wegen groben Unfugs, verübt durch das Singen
der Arbeiter-Marschälle am Samstag, fanden am Mittwoch
einige Genossen vor dem Schöffengericht in Frankfurt a. M. Der
Anwalt beantragte 7 bis 14 Tage Haft, das Gericht sprach
die Angeklagten frei.

In Hannover erklärte die Polizeibehörde die Mit-
gliedschaft des deutschen Metallarbeitervereins, sowie den Turn-
klub „Vorwärts“ für politische Vereine und unterwarf sie damit
den Beschränkungen des § 8 des Vereins-Gesetzes vom
11. März 1850.

Gewerkschaftliches.

Die Lohnkommission aller in der Hut- und Holzwaren-
Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins
macht hiermit bekannt, daß in der Wolhuth-Fabrik der
Herren Baruch u. Sternberg, in Firma J. Bambus

u. Komp., Chausseest. 67, ein Streik aufgebrochen ist, der
darin seine Ursache hat, daß eine Kollegin wegen ihrer im Interesse
des Vereins geschickten Agitation gemahnt wurde, obwohl sie
bei dieser Firma schon sieben Jahre thätig war. Alle vermittelnde
Versuche der Arbeiter, die Entlohnung rückgängig zu machen
und so den Streik zu vermeiden, verliefen fruchtlos.
Herr Baruch erklärte rundweg, weder mit einer
Lohnkommission noch mit seinen Arbeitern ver-
handeln zu wollen. Der Verein der Holzfabrikanten, welcher
gegründet wurde, um „unberechtigten Maßnahmen
der Arbeiter entgegenzutreten“, hat nun an die
Arbeiter und Arbeiterinnen das Ansuchen gestellt, die streikenden
Kollegen und Kolleginnen zur Wiederannahme der Arbeit zu
bewegen, widrigenfalls das Arbeitspersonal
in sämtlichen den Fabrikantenring bil-
denden Holzfabriken ausgeperrt würde.
Diese Drohung dürfte nur den einzigen Zweck haben, die streikenden
Arbeiter und Arbeiterinnen einzuschüchtern. In zweiter
Linie würde die Drohung gegen die Organisation ge-
richtet sein, welche man dadurch vielleicht sprengen zu können
hofft. Morgen Sonntag wird wegen dieser Angelegenheit
eine Versammlung abgehalten. Näheres ist aus dem
Inserat in heutiger Nummer zu erfahren. Die Arbeiter und
Arbeiterinnen der Berliner Hut- und Holzwaren-Industrie
werden erucht, sich in dieser wichtigen Versam-
lung zahlreich einzufinden.

Der Direktor des Münchener Brauhauses in Berlin,
Herr Arndt, ersucht uns um Aufnahme folgender Erklärung:
„Die Agitationskommission der Brauer veröffentlicht in
Nr. 32 des „Vorwärts“ die Nachricht, daß Differenzen zwischen
uns und den organisierten Brauereien bestehen sollen, ferner, daß
der Unterzeichnete erklärt und es wahr gemacht habe, jeden
Arbeiter, der in Versammlungen über das Münchener Brauhaus
spricht, zu entlassen. Beide Sätze sind unwahr und nur geeignet,
die Öffentlichkeit irre zu führen. Differenzen zwischen der Brauerei
und den organisierten Arbeitern bestehen in keiner Weise, weder was
Lohnforderung, noch Arbeitszeit betrifft. Wir waren allerdings
im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung geneigt,
einige Arbeiter zu entlassen und zwar den einen, weil er seinen
Vorderbüchsen fälschlicherweise denunziert hat, einen anderen,
weil er direkt die Ausführung der Arbeit verweigert hat, einen
dritten, der seines unverträglichen Wesens wegen mit allen
Leuten Zank und Hader sucht. Statt dieser sind resp. werden
andere organisierte Arbeiter bei uns eingestellt; die Entlassung
hat also absolut nichts mit der Organisation zu thun. Was den
zweiten Punkt anbelangt, so soll sich neulich der Brauer Träger,
der bei uns in Arbeit stand, erlaubt haben, in einer öffentlichen
Versammlung zu sagen, die Arbeiter im Münchener Brauhaus
wären Arbeiter zweiter Güte und es wäre vorzuziehen, lieber
von milden Gaben zu leben, als dort zu arbeiten. Für seine
schweren Beschuldigungen hat er bisher den Beweis nicht erbracht.
Jeder, der die Verhältnisse im Münchener Brauhaus kennt, wird
die Ungeheuerlichkeit dieser Unwahrheit zu würdigen im Stande sein.
Taf wir einen Arbeiter, der wissenschaftlich falsche Thatsachen öffent-
lich über uns behauptet, nicht behalten können, liegt auf der
Hand. Wir werden auch in Zukunft hiernach handeln. Wir
sind gern bereit, jedem, der sich dafür interessiert, die Beläge für
unsere Behauptungen bei uns zu erbringen und überlassen es
getrost der Öffentlichkeit und jedem rechtlich denkenden Menschen,
zu beurtheilen, ob wir oder die entlassenen Brauer im Recht sind.“

Die Tapeziret Stettins befinden sich, wie uns der Ver-
trauensmann der Berliner Tapeziret mittheilt, in Differenzen
mit ihren Prinzipalen. Ein partieller Streik gelte
für die nächsten Tage als bevorstehend. Die
Berliner Kollegen möchten dies beachten.

In Karlsruhe haben, wie Herold's Bureau telegraphirt,
sämmliche Arbeiter der Marmorwaaren-Fabrik von
Rupp u. Miller die Arbeit wegen Lohnsdifferenzen nieder-
gelegt.

Nachvereine für Fuhrleute und Ziegelei- und Erd-
arbeiter sind unter Mitwirkung des Sekretärs Märtenz vom
Gewerkschaftsbundes-Komitee in Zürich gegründet worden.
Von den Ziegelei- und Erdarbeitern haben sich bereits 77 Mann
dem neuen Verein angeschlossen.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Tredden, 7. Februar, 10 Uhr 40 M. (Privat-Telegramm.)
Sechs große Volksversammlungen, davon vier in den größten
Sälen, erheben Protest gegen die Regierungsvorlage, welche das
Dreiklassen-Wahlrecht einführen will. Alle Versammlungen
waren überfüllt und nahmen begeisterten Verlauf. Eine scharfe
Protestresolution wurde einstimmig angenommen. Die Versam-
lung im Trianon, wo Generalsprach, wurde von der Polizei auf-
gelöst. Imposanter Verlauf.

Kaden, 7. Februar. (B. L. B.) Die königliche Eisenbahn-
Betriebs-Inspektion II macht bekannt: Heute Vormittag gegen
9 1/2 Uhr entgleite auf der Strecke zwischen Montjoie und Kaller-
berg der nach St. Witz gehende Personenzug. Der Zug, der
Lokomotivführer leicht verletzt. Verletzungen von Reisenden
sind nicht vorgekommen. Der Verkehr wird durch Umsteigen
ausrecht erhalten.

Samborg, 7. Februar. (B. L. B.) Der Baumeister Reuter
war au grund des Ansturzes eines von ihm geleiteten Neu-
baves, wodurch eine Person getödtet und 21 verletzt worden
sind, im Juni vorigen Jahres verhaftet worden; heute ist der-
selbe von der Anklage der fabriksfähigen Tödtung freigesprochen
worden, und zwar wurde dies Erkenntniß damit begründet, daß
die Aussagen der Sachverständigen von einander zu weit ab-
gewichen seien.

Lemberg, 7. Februar. (B. S.) Der Ausstand der Schrift-
setzer ist beendet.

Lemberg, 7. Februar. (B. S.) Die beiden Chefs des
falliten Bankhauses Goldstein u. Löwenherz wurden auf Ver-
anlassung des Justizministers verhaftet.

Amsterdams, 7. Febr. (B. L. B.) Wie das „Handelsblad“
erfährt, haben der Kapitän und die Abder des Dampfers
„Cralbie“, welcher im Februar v. J. mit dem Lloyd-Dampfer
„Eibe“ zusammengestoßen war, gegen des Urtheilspruchs des
Rotterdammer Gerichtshofes bei dem Appellgerichtshof in Haag
Berufung eingelegt. Der Anwalt Thorbecke wird die Appellirenden
und der Rotterdammer Schöffe von Raalte den Norddeutschen
Lloyd vertreten.

Paris, 7. Februar. (B. L. B.) In dem parlamentarischen
Ausschuß für Arbeitsfragen erklärte heute der Minister des
Aeußeren Verthelet, das Völkerecht gestatte die Einführung
einer Steuer auf ausländische Arbeiter nicht. Der Minister be-
lämpfte ebenso den Vorschlag, eine Steuer von Arbeitgebern zu
erheben, welche ausländische Arbeiter beschäftigen, da dies zu
Gegenmaßnahmen führen würde. Die Kommission verwarf darauf
jede Sonderentwerfung ausländischer Arbeiter.

Madrid, 7. Febr. (B. S.) Hier rief es große Bestürzung hervor,
daß die Senatskommission in Washington die kubanischen
Insurgenten als kriegsführende Macht anerkannt hat. Gegen
diese Entscheidung lesen die Blätter „Epoca“, „Ceralt“ und
„Correo“ energischen Protest ein und verlangen von der spanischen
Regierung, daß die spanische Flotte nach Amerika geschickt werden
solle, um den Beschluß der Washingtoner Senatskommission rück-
gängig zu machen.

Belgrad, 7. Februar. (B. S.) Die Regierung ertheilte
dem Beschluß der Skupstina wegen des Anschlusses der
Eisenbahn Baljevo-Sibegrad an die Bosnische Bahn ihre Zu-
stimmung.

Uras, 7. Februar. (B. L. B.) In den Kohlengruben von
Dourges stieß ein Bahnhut, welcher Grubenarbeiter zu Tage
forderte, gegen einen hinabfahrenden Fahrschl. Bei dem Zu-
sammenstoß wurden 4 Personen getödtet und 5 verwundet.

Der Inhaber der Anstalt: Th. Glöde in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 33.

Sonntag, den 8. Februar 1896.

13. Jahrg.

Reichstag.

54. Sitzung vom 7. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Fürst v. Hohenlohe, v. Bötticher, Graf v. Posadowsky.

Das Haus erledigt zunächst in dritter Berathung die Zusatzerklärungen zu dem internationalen Uebereinkommen über den Eisenbahn-Frachtverkehr vom 14. Oktober 1890 und den Gesetzentwurf betr. die Kontrolle des Reichshaushalts, des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen und des Haushalts der Schutzgebiete für das Etatsjahr 1895/96.

Darauf kommt folgende Interpellation zur Verlesung: Welche Anordnungen hat der Herr Reichskanzler infolge der am 14. März 1894 vom Reichstag beschlossenen Resolution, betr. die Aufhebung der gemischten Privat-Transitlager und des denselben, sowie den Inhabern von Mühlen gewährten Zollkredits getroffen?

Der Staatssekretär Graf v. Posadowsky erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Zur Begründung derselben erhält das Wort

Abg. Graf Schwerin-Ludwig (DL): Wir haben zuversichtlich erwartet, daß die verbündeten Regierungen unserer vor zwei Jahren gefassten Antrag annehmen würden; wenigstens müßten wir das nach den entgegenkommenden Erklärungen ihrer Vertreter annehmen. Bei der Aufhebung des Identitätsnachweises hat die Regierung ebenfalls erklärt, daß die Transitlager und der Zollkredit beseitigt werden würden; nur aus diesem Grunde haben mehrere meiner Freunde für die Aufhebung des Identitätsnachweises gestimmt. Unser Vertrauen ist leider getäuscht worden. Der Reichstag hat beschlossen, daß die gemischten Transitlager nur aufrecht erhalten werden sollen, soweit sie dem auswärtigen Verkehr dienen; für den inneren Verkehr sollen sie nicht mehr zugelassen werden. Von einer auch nur theilweisen Ausführung dieses Beschlusses ist aber nichts bekannt geworden; es bestehen 227 gemischte Transitlager und 150 Mühlenkonten ruhig weiter, welche Zollkreditanstalten sind, die mit Reichsgeld spekulieren. Der Landwirtschaftsminister hat im preussischen Abgeordnetenhause sich auch für die Beseitigung der Transitlager ausgesprochen, als er die kleinen Mittel aufzählte, die er anwenden wolle, da es mit den großen Mitteln zur Hilfe der Landwirtschaft nicht sei. Der Antrag Paasche will ja auch in dieser Beziehung Veränderung schaffen. Wir werden unsere Stellungnahme zu demselben abhängig machen von der Antwort, welche die verbündeten Regierungen heute geben werden. Die Inhaber von Mühlenkonten, denen der Zoll Monate lang gestundet wird, sparen an jeder Tonne etwa 1 M.; die Konkurrenten, welche kein Mühlenkonto haben, sind dadurch benachtheiligt. Die großen Mühlen brauchen infolge des Kredits nur 2% des Kapitals, welches eigentlich erforderlich wäre. Der Schwerpunkt liegt aber nicht in den gemischten Transitlagern. Wir sind gespannt auf die Antwort, welche uns die Regierung erteilen wird. Sie hat hier eine Gelegenheit, wie niemals zuvor, zu zeigen, daß das eintritt, was der Finanzminister Miquel vor zwei Jahren angekündigt hat, daß nämlich einer Periode der Bevorzugung der Handelsinteressen eine Periode der Bevorzugung der Landwirtschaft folgen werde. (Hört! rechts.) Es stehen hier die Interessen der Getreideproduzenten und Großmühlenbesitzer den Interessen der Landwirthe und der kleinen Mühlenbesitzer gegenüber. Von der Antwort der Regierung werden wir unsere weiteren Anträge abhängig machen. (Beifall rechts.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Durch die Aufhebung des Identitätsnachweises wurde ungewiss, ob der Zollschutz voll erreicht. (Sehr wahr! rechts.) Die verbündeten Regierungen, vernehmen trotz der zögernden Stellung, welche sie gegenüber den gemischten Privat-Transitlagern eingenommen haben, nicht, daß die Lagerung großer unverzollter Getreidemengen eine schädigende Wirkung auf den Preis ausüben kann. Rein theoretisch kann man allerdings das Getreide 5 Jahre unverzollt auf einem gemischten Privat-Transitlager liegen haben; auf jeden Fall ist der Zoll nur von der Quote zu entrichten, welche ins Inland übergeführt wird. Die Erwägungen haben nicht dazu geführt, einen großen Aufzug zu bauen, wie Graf Schwerin meinte, wohl aber hat sich der Reichskanzler veranlaßt gesehen, eine schärfere Kontrolle über den Verkehr auf den gemischten Privat-Transitlagern ausüben zu lassen. Zu diesem Zweck ist zunächst eine Statistik aufgestellt. Aus dieser hat sich unzweifelhaft ergeben, daß ein erheblicher Theil der gemischten Transitlager eine Ausfuhr überhaupt nicht hat. (Hört! Hört!) Sondern daß sie lediglich benutzt werden, um eine größere Zollvergünstigung zu erhalten. Der Bundesrath hat unterm 9. Mai 1895 beschlossen, daß in Zukunft nach Abschluß des Kalenderjahres eine Statistik über den Verkehr auf den gemischten Privat-Transitlagern aufgestellt wird und hat ferner beschlossen, daß die Genehmigung zur Lagerung von Getreide in Privat-Transitlagern in der Regel zu entziehen ist, wenn die letzteren nur für den Abfuhr nach dem Inlande benutzt werden. Im ganzen Reichsgebiete haben wir 202 Transitlager, welche auf 89 Ortschaften vertheilt sind; in Preußen bestanden 1894 129 gemischte Privat-Transitlager und von dem Bestand, der sich auf diesen bezog, wurden an Weizen 30 pCt., an Roggen 11 pCt. und an Hafer 32 pCt. ausgeführt; der übrige Bestand wurde ins Inland übergeführt. Im übrigen Reich gab es 73 gemischte Privat-Transitlager; von diesen wurden ausgeführt 35 pCt. Weizen, 5 pCt. Roggen und 83 pCt. Hafer. Ueber die gemischten Privat-Transitlager ist in landwirthschaftlichen Kreisen eine ziemlich lebhaft Debatte entbrannt, aber auch hier hat man die ernstlichen Bedenken gehabt, sie schon jetzt allgemein aufzuheben. Die Statistik wird Anlaß sein, daß der Reichskanzler beim Bundesrath beantragen wird, eine ganze Anzahl Privat-Transitlager, die nur benutzt werden zum Zwecke der Zollbegünstigung, schließen zu lassen. (Zustimmung.)

Ich komme nun zu den Mühlenkonten. Die Kreditfrist für diese ist von 7 Monate auf 4 Monate verkürzt. Der Zweck der Mühlenkonten war, die Mühlen-Exportindustrie zu heben, da die Mühlenindustrie wegen des schlechten Exportes auf den einheimischen Markt drückte. Das damalige Gesetz fand die ausländische Billigung der Vertreter der Landwirtschaft. Nachdem jetzt die Kreditfrist so wesentlich verkürzt ist, wird man sagen können, daß die großen Konten nicht mehr das Interesse haben wie früher; denn ihre Lage ist nicht wesentlich besser als die derjenigen Mühlen, welche zum allgemeinen Zollkredit einführen. Wir hatten in Deutschland 1894—95 149 Kontenmühlen, 549 Millionen Kilogr. Roggen sind eingeführt, davon sind 37 pCt. ausgeführt und 63 pCt. verblieben im Inlande. Der Reichskanzler hat sich an die verbündeten Regierungen mit dem Ersuchen gewendet, solche Kontenmühlen, welche nicht mehr exportieren, zu schließen. 38 Konten sind infolge dessen geschlossen worden. Ich glaube, das ist zunächst ein ganz erheblicher Erfolg, den Ihre Resolution gehabt hat. Ob man weiter geht und zwar so weit, alle gemischten Transitlager und Mühlenkonten aufzuheben, das kann ich heute noch nicht versprechen.

Auf Antrag des Abg. Ricker wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Ricker (rs. Bg.): Daß man die Transitlager gar nicht gebraucht, kann nur einer behaupten, der die thatsächlichen Vorgänge nicht kennt. Wenn ein Getreidebändler 200 Waggons Getreide bekommt, so muß er 7000 M. Zoll zahlen. Wenn der Zoll baar bezahlt werden muß, dann wird das Getreidegeschäft sich in den Händen der reichen Leute konzentriren zum Schaden der Landwirtschaft. (Sehr richtig! links.) Das wollen wir aber nicht. Verwunderung erregt es im Lande, daß nicht bloß der Bund der Landwirthe, sondern auch die National-liberalen mit solchen Anträgen kommen. Was denkt Herr Paasche sich von seinem Antrage? Soll für Getreide der Zollkredit überhaupt beseitigt werden? Soll für Getreide eine Ausnahme gemacht werden?

Abg. Paasche (natl.): Wir müssen, da die Handelsverträge eine Aenderung des Zolles oder ähnliche Maßregeln nicht zulassen, dafür sorgen, daß das ausländische Getreide nicht privilegirt wird vor dem inländischen. Wir wollen nicht die Großhändler privilegiren; das Gegenheil ist der Fall, denn das heutige System schädigt die kleinen Händler und Müller (Widerspruch links.) Wird der Zollkredit beseitigt, dann kommen die lokalen Besitzverhältnisse wieder zur Geltung. Natürlich wird dazu noch weiter eine Reform des Getreideterminhandels notwendig sein; dann machen wir uns vom spekulativen Weltmarkt wieder frei. Die Antwort des Herrn Staatssekretärs ist erfreulich, weil sie bei gesunder Prüfung dahin führen wird, daß wir noch weiter die Transitlager aufheben. Eine theilweise Aufhebung derselben ist gefährlich, dadurch werden einzelne Landestheile geschädigt. Entweder alle aufheben oder alle lassen!

Preussischer Regierungsrath Courad: Vom Standpunkt der landwirthschaftlichen Verwaltung ist dagegen Werth zu legen auf das Fortbestehen der Lager, welche lediglich dem Export dienen, also den großen Lagern in Danzig, Königsberg, Memel etc. Hierin befindet sich der Minister in Uebereinstimmung mit den Vertretern der Landwirtschaft des Ostens.

Abg. v. Pöhl (L): Wir sind dem Grafen Posadowsky dankbar für seine Mittheilungen, die bisher noch wenig bekannt waren; wir sind dankbar dafür, daß ein Theil der Transitlager bereits aufgehoben ist. Wir hoffen, daß die verbündeten Regierungen auf diesem Wege weiter gehen. Die gemischten Transitlager und die Mühlenkonten sind schädlich für die Landwirtschaft, für die kleinen Mühlen und für den kleinen Handel. Die 202 Transitlager führen nur 20 pCt. in das Ausland aus. Wenn wir genauere Zahlen bekommen könnten, so würde sich zeigen, daß die im Herzen Deutschlands liegenden Lager fast gar nichts nach dem Auslande abgeben. Wir wollen die Erwägung anstellen, ob es für die Seehandelsstädte nützlich ist, die Transitlager aufrecht zu erhalten. Nicht ganz einverstanden bin ich mit der Ausführung des Grafen Posadowsky, daß der größte Umsatz den höchsten Preis mit sich bringt. Der große Umsatz in Berlin hat die Preise gedrückt, und nach den Berliner Seehandelspreisen, die dadurch gedrückt werden, daß Cohn und Rosenberg mit Zollkredit fixen, richtet sich der ganze Handel. Auch die Mühlen führen nur 37 pCt. der Waare aus. Durch die Zollkredite für die großen Mühlen werden die kleinen und mittleren Mühlen schwer geschädigt. Die großen Mühlen vermahlen russische Mele, die sie zollfrei beziehen, und bei der Ausfuhr des Mehles erhalten sie den Zollschein. Redner erklärt sich für den Antrag Paasche und hofft auf eine Aenderung des Börsengesetzes in seinem Sinne. Die Erklärung über die Währungsfrage, die im Abgeordnetenhause abgegeben war, haben wir gehört; wir wissen aber nicht, wie wir daran sind mit dieser Sache. Es kann sich inzwischen noch manches ereignen, denn das Rad der Zeit läuft schnell, die Erklärung kann auch noch hinfällig werden. Die Aufhebung des Identitätsnachweises ist nicht der Landwirtschaft zu Gefallen gekommen, sondern als Handelsgeschäft im Interesse der Handelsverträge. Der Osten wurde geschädigt durch die Aufhebung der Staffeltarife. (Sehr richtig! rechts.) Die Zentalkassenvereine haben wir dankbar akzeptirt, aber dem kleinen Landwirthe, dem Bauer, kann sie nicht helfen. Die kleinen Mittel, z. B. die Sicherung der Zahlung der Grundsteuer, die von liberaler Seite beantragt ist, haben wir nicht erhalten; auch die Beschlüsse des Reichstages sind noch nicht alle ausgeführt worden, trotz dem, daß die Regierung auf den Staatsrath beruft. Unter den Börsenpreisen verliert das ganze Land.

Staatssekretär Graf Posadowsky erklärt, daß die Firma Cohn u. Rosenberg keinen Zollkredit gehabt hat, sondern den Zoll baar bezahlt. Die Humboldt-Mühle hat ein Mühlenkonto wie alle anderen Mühlen. Dabei hat eine außerordentliche Unterstützung und Zollerleichterung nicht stattgefunden. Das aus zollfrei eingeführter Mele Mehl hergestellt und exportirt wird gegen Zollschein, ist nicht möglich; denn Getreide, welches keinen Zoll gezahlt hat, kann auch nicht gegen Zollschein ausgeführt werden.

Abg. Meyer-Halle (rs. Bg.): Die Mühlenkonten haben weiter keinen Zweck, als daß die Müller nicht einen Zoll auslegen, zu dessen Entrichtung sie garnicht verpflichtet sind. Daß einzelne Mühlen ihr Konto mißbraucht haben, war mir unbekannt; die Regierung kann diesem Mißbrauch entgegenreten. Daß die kleinen Mühlen im Rückgang begriffen sind, wird niemand bestreiten; die großen leisten besseres als die kleinen, denn nur die großen können das Getreide vollständig reinigen. Welcher Nutzen würde daraus für die Landwirtschaft entstehen, wenn die Transitlager aufgehoben würden? Dann bleiben die Freihäfen der Nordsee übrig, wo alles das geschehen kann, was jetzt in Danzig und Memel geschieht. Die künstlichen Eingriffe in die Preisbildung wirken schlecht. Das wird sich auch bei der Börsengesetzgebung zeigen.

Abg. Graf Kanitz (L): Das interessanteste an der heutigen Debatte war die Mittheilung des Herrn Staatssekretärs, daß der Getreidezoll jetzt voll zum Ausdruck komme. Die Beseitigung der gemischten Transitlager wird der westlichen Landwirtschaft noch mehr zu gute kommen als dem Osten; denn die Wasserstraße des Rheins ist die gefährlichste Einbruchsstelle für das ausländische Getreide.

Abg. Zinnla (B): Wir wollen den großen Mühlen nicht zu allen Vortheilen des Großbetriebes auch noch die Zollbegünstigung gewähren.

Abg. Graf Arnim (Rp.): Daß die großen Mühlen nur gesundes Getreide verarbeiten ist durchaus nicht sicher. Daß ausländisches Getreide mit Bakterien befallen ist, ist festgestellt und es ist auch erst noch zu untersuchen, ob nicht Getreide, das Monate lang gelagert hat, gesundheitschädlich ist. Von den unterwertigen Sorten kommt sehr wenig zum Export, es bleibt in Deutschland. Daß die kleinen Mühlen das Getreide nicht so gut reinigen können wie die großen ist nicht richtig. Aber die kleinen Mühlen können nicht konkurriren mit den Mühlen, welche Zollbegünstigungen genießen und Schiffsladungen verarbeiten können.

Staatssekretär v. Bötticher erklärt auf eine nebensächliche Anregung des Grafen Kanitz, daß demnächst Verhandlungen über die Umänderung der Reichsstatistik eingeleitet werden sollen; dabei werde er gern Gelegenheit nehmen, auch die Frage zu prüfen, ob wieder die Einfuhr nach Grenzorten geschieden ausgeführt werden könne.

Abg. Graf Schwerin bemerkt gegen Ricker, daß er schon vor zehn Jahren in landwirthschaftlichen Versammlungen für die Aufhebung des Identitätsnachweises öffentlich eingetreten sei; er könne also dem Abg. Ricker eine Priorität des Verständnisses für diese Sache nicht zubilligen. Im Gegentheil zum Grafen Kanitz erklärt sich Redner für die Aufhebung aller Transitlager.

Damit schließt die Debatte, die Interpellation ist erledigt. Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Sonntag 1 Uhr. (Dritte Lesung des Antrages Barth wegen Aenderung des Wahlgesetzes; Antrag wegen des Vereinsrechts und Antrag wegen Aufhebung des Impfwanges).

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission begann in ihrer Sitzung am Freitag die Berathung des Etats des auswärtigen Amtes. Bei Titel I (Gehalt des Staatssekretärs) richtete Abg. Dr. Lieber (B.) an den Minister die Frage, ob die alarmirenden Nachrichten, welche bezüglich der beabsichtigten Vergrößerung der Flotte durch die Presse gegangen sind, irgend eine Unterlage hätten und ob namentlich die Regierung die Absicht habe, nach dieser Richtung hin vorzugehen. Redner spricht sich energisch gegen derartige Pläne aus, die einen abentheuerlichen Charakter trügen und geeignet seien, die auswärtige Politik Deutschlands zu kompromittiren. Nach Ansicht des Redners würde sich nie ein deutscher Reichstag finden, der eine derartig uferlose Flottenpolitik gutheißt.

Der Staatssekretär v. Marschall gab hierauf folgende Erklärung ab:

„Dem Reichstage werde in dieser Session eine über den gegenwärtigen Etat hinausgehende Forderung für Marinezwecke nicht vorgelegt werden. Schon seit geraumer Zeit bilde die Frage einer stärkeren Vermehrung der Flotte Gegenstand der Erwägungen der betheiligten Ressorts. Der Zeitpunkt, wann dieselben zum Abschluß gelangen würden, sei noch nicht bestimmbar. Ihr Ergebnis werde seiner Zeit den verbündeten Regierungen und sodann dem Reichstag und zwar in einer Form unterbreitet werden, welche volle Klarheit gewähre sowohl über die Bedürfnisfrage und die angestrebten Ziele, wie über die finanziellen Mittel, welche für die Gegenwart und die Zukunft an einmaligen und fortwährenden Ausgaben erforderlich würden. Vom Standpunkt des auswärtigen Amtes könne vorläufig nur betont werden, daß das Bedürfnis erst nach Vermehrung unserer Flotte, insbesondere an Kreuzern, sich seit vorigem Jahre nicht nur nicht vermindert, sondern im Gegentheil erheblich vermehrt habe. Dies beruhe nicht etwa auf einer Aenderung unserer überseeischen oder überhaupt unserer auswärtigen Politik; eine solche sei weder eingetreten noch beabsichtigt; vielmehr seien die im vorigen Jahre entwickelten und vom Reichstage gebilligten Gesichtspunkte maßgebend geblieben; es handle sich um Sicherung unserer Kolonien, um Erhaltung und Befestigung der deutschen Autorität daselbst und dann darum, die Deutschen im Auslande und unsere überseeischen Interessen, vornehmlich unseren Handel und unsere Schifffahrt nach Maßgabe der Verträge und des Völkerrechts wirksam zu schützen. Die Steigerung jenes Bedürfnisses entspringe auch nicht einzelnen Vorgängen der jüngsten Zeit, sie habe sich vielmehr organisch entwickelt aus der stetigen Zunahme unserer überseeischen Interessen, insbesondere aus der Ausfuhr deutscher Produkte nach fernem Ländern, welche im vergangenen Jahr einen besonderen Aufschwung genommen habe. Daß die deutsche Flotte mit der Zunahme jener Interessen gleichen Schritt halte, sei eine Forderung, welcher das Reich sich nicht entziehen könne. Die nähere Darlegung dieser Gesichtspunkte werde für die Berathung des Marine-Etats vorgehalten sein.“

Abg. Richter ist durch die Erklärung des Staatssekretärs nicht beruhigt; dieselbe lasse befürchten, daß die Marinepläne nur vorläufig zurückgestellt aber nicht aufgegeben seien. Redner weist auf den Zusammenhang der in der Presse von Flottenentwürfen gemachten Propaganda für eine Marineverlängerung mit den Intrigen gegen bestimmte Staatsmänner hin, die zu beseitigen gewisse Parteien alles ausbieten. Abg. v. Kardorff hat von Intrigen gegen den Reichskanzler und den Freiherrn v. Marschall keine Ahnung, ist aber der Meinung, daß unsere Flotte verstärkt werden müsse, um nöthigenfalls einen Seekrieg mit England bestehen zu können. Abg. Dr. Hammacher findet die Erklärung des Ministers sehr beruhigend; dieselbe giebt Sicherheit dafür, daß Pläne von so weittragender Bedeutung, wie sie von Kolonial- und Flottenschwärmern gefordert werden, von der Regierung nicht beabsichtigt seien. Abg. v. Massow bezweifelt, daß die Erklärung des Staatssekretärs die Beruhigung vor weitgehenden Marineforderungen zu bewirken im Stande ist. Redner wird sich jedoch durch die Erörterungen in der Presse nicht abhalten lassen, Forderungen zu bewilligen, wenn sich deren Nothwendigkeit erweist, und behält sich die Prüfung etwaiger Forderungen vor.

Abg. Dr. Hammacher wünscht Auskunft über das jetzige Verhältnis Deutschlands zu England. Der Staatssekretär bittet, die Frage im Plenum an ihn zu richten, da er bei der Wichtigkeit der Sache und um jedes Mißverständnis durch Zeitungsberichte zu vermeiden, die Angelegenheit im Plenum, wo seine Ausführungen stenographisch festgelegt werden, zu besprechen wünscht.

Abg. Weber führt aus: Er würde hier keine Debatte über die auswärtige Politik veranlassen, nicht weil er sie für überflüssig, sondern umgekehrt, weil er sie für sehr notwendig halte, aber er wolle sie nicht in der Kommission, sondern im Plenum. Hätte der Staatssekretär nicht die Erklärung abgegeben, daß er auf die Anfrage des Dr. Hammacher bezüglich Transvaal Antwort im Plenum geben werde, würde er von unserer Seite dazu veranlaßt worden sein. Aber man werde sich dann nicht bloß auf die Vorgänge in Transvaal beschränken, sondern das ganze Gebiet der auswärtigen Politik in den Kreis der Erörterungen ziehen. Das sei notwendig. Die auswärtige Politik könne nicht von den Bedürfnissen des Marine-Etats aus beurtheilt werden, sondern umgekehrt, und darum sei es notwendig, die auswärtige Politik ausführlich zu behandeln. Die Erklärung des Staatssekretärs, in der Daltung der auswärtigen Politik sei im letzten Jahre keine Aenderung eingetreten, halte er für falsch. Die auswärtige Politik Deutschlands sei vielmehr so unsicher und unberechenbar geworden, daß kein Mensch mehr mit Sicherheit sagen könne, was Deutschland thue. Es seien da Inzidenzen im Spiel, die mal stark unter die Lupe zu nehmen seien, sie hätten auch in der Transvaalfrage eine Rolle gespielt und es hätte sich da gezeigt, daß Faktoren mitspielten, die uns besüchtern ließen, über Nacht in eine Katastrophe gerissen zu werden. Der Reichstag habe also alle Ursache, sich mit den Fragen genau zu beschäftigen und möglichst vorzugehen, sonst kände er eines Tages vor einem fait accompli, das zu beseitigen die Majorität des Reichstages zurückzubreche. Er könne auch nicht zugeben, daß die Erklärung des Staatssekretärs in bezug auf die Flottenverlängerung beruhigend sei. Die Erklärung sei allerdings sehr reservirt und vorständig gehalten, aber sie enthalte zwischen den Zeilen alles, was am 18. Januar in jener bekannten Programmrede — so muß er sie bezeichnen —

gefordert worden sei. Dort habe man dem greater Britain das greater Germany gegenübergestellt, da müsse man wissen, wo man hinaus wolle. Man spreche freilich geringschätzig von den paar hundert Marine-Enthusiasten, die keine Majorität im Reichstage fänden. Dieser Meinung sei er auch, aber unter diesen paar hundert Marine-Enthusiasten befände sich ein Marine-Enthusiast, der gefährlicher sei als alle anderen. (Große Heiterkeit.) Vergewaltigt man sich dieses in Verbindung mit dem fortgesetzten Drohen mit dem Staatsstreik, der gegenüber einem nicht gefügigen Reichstage eintreten sollte, so sei auch hier Grund zur Marnehung vorhanden. Schließlich wendet sich Redner gegen den Abg. v. Kardorff, der hier in bezug auf unsere Stellung zu England Anschauungen entwickelte, die er für unmöglich gehalten habe. Er widerstehe der Versuchung, das Gebiet der auswärtigen Politik weiter zu betreten, er werde darauf im Plenum zurückkommen. Da sich Herr v. Kardorff auch als ein Mann von internationalen Beziehungen entpuppt habe, so hoffe er, bei ihm eine mildere Beurteilung zu finden, wenn die Sozialdemokratie künftig sich auch ihrerseits einmal auf ihre internationalen Verbindungen beziehe.

Abg. Prinz v. Krenberg glaubt, daß die Flotten-Enthusiasten keinen Boden im Volke haben und erwartet, daß die Regierung, wenn etwa eine Marinevorlage beabsichtigt sei, bei deren Einbringung auch über die Mittel zur Deckung der Kosten Vorschläge gemacht werden. Auf die Art, wie es bei der letzten Militärvorlage geschehen sei, erst die Verstärkung zu beschließen und dann nach Deckungsmitteln zu suchen, könne und dürfe sich der Reichstag ein zweites Mal nicht einlassen. Die weitere Behandlung der Angelegenheit wurde dem Plenum vorbehalten.

Abg. Richter fragt, ob der Staatssekretär die Verantwortlichkeit für das vom Kaiser an den Präsidenten der Transvaalrepublik gerichtete Telegramm übernehme und damit die Privatäußerung des Kaisers zu einem Staatsakte machen wolle, für welchen die Minister die Verantwortung der Vollvertretung gegenüber zu tragen haben. Der Staatssekretär bejaht diese Frage in vollem Umfange. Abg. Dr. Hammacher wünscht über die Transvaal-Angelegenheit die Vorlage eines „Weißbuchs“ (amtliche Darlegung der Regierung über die Vorgänge), damit der Reichstag in der Lage sei, die Behauptungen der englischen Presse auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Der Staatssekretär ist nicht abgeneigt, den Wunsch zu erfüllen, behält jedoch die Entscheidung dem Reichsfinanzminister vor. Abg. Dr. Hammacher erkundigt sich nach dem Stande der Verhandlungen über den Handelsvertrag mit Japan. Der Staatssekretär behauptet, daß die Verhandlungen wieder aufgenommen sind und sich dem Moment definitiver Entschlüsse nähern. Hierauf wurde Tit. I bewilligt. Im weiteren Verlauf der Beratung besprach Abg. Singer bei dem Staatssekretär Gehalt des Gesandten in Athen das Verhalten der Regierung bei der Verhaftung des Freiherrn von Hammerstein. Redner nahm bezug auf die Zeitungsnachrichten, wonach die griechische Regierung zwar die Auslieferung D's abgelehnt, jedoch seine Ausweisung aus Griechenland verfügt habe. Singer fragt, ob die Ausweisung D's der griechischen Regierung durch den deutschen Gesandten nahegelegt worden ist. Sollte dies der Fall sein, so müsse solches Verfahren entschieden gemißbilligt werden, denn die deutsche Regierung habe kein Recht, eine an sich wünschenswerte Maßregel — die Verhaftung Hammerstein's — mit unzulässigen und namentlich in ihren Konsequenzen sehr bedenklichen Mitteln zu betreiben. Solche Handlungen müßten schon um deswillen bekämpft werden, um jede etwaige Anwendung derselben auf politische Flüchtlinge unmöglich zu machen. Wenn die Regierung sich dazu herbeilasse, bei Reichsangehörigen, deren Auslieferung sie nicht erreichen, die Ausweisung zu betreiben, so könne damit arger Mißbrauch getrieben werden. Der Staatssekretär gab hierauf eine Darstellung der Vorgänge bei der Verhaftung des Freiherrn v. Hammerstein, aus welcher hervorging, daß die griechische Regierung die Auslieferung D's rundweg abgelehnt hat. Ob die Ausweisung D's aus Griechenland auf Betreiben des deutschen Gesandten oder aus freier, nur von der Regierung Deutschland eine Gefälligkeit zu erwirken, beifügtem Entschluß erfolgt ist, war aus den Ausführungen des Staatssekretärs nicht ersichtlich. Am Schluß seiner Ausführungen betonte Herr von Marschall allerdings, daß die griechische Regierung den Freiherrn v. Hammerstein schwerlich des Landes verwiesen haben würde, wenn es sich nicht um gemeiner Verbrehen und Vergehen um politische Vorgänge gehandelt hätte. Nachdem sämtliche Forderungen für Gesandtschaften und Konsulate bewilligt waren, wurde die weitere Beratung des Etats wegen Beginn der Plenarsitzung auf nächsten Dienstag Vormittag vertagt.

Die Konstituierung der Kommission des bürgerlichen Gesetzbuchs fand am Freitag statt. Die Nationalliberalen, die schon während der Plenarberatung im Reichstag und vor allem in ihren Presseorganen ihren „patriotischen“ Empfindungen Ausdruck zu verleihen bemüht waren, wollten — in Abweichung von dem parlamentarischen Gebrauch, nach dem der Vorsitz in den Kommissionen der Stärke der Fraktionen entsprechend abwechselnd den verschiedenen Fraktionen übertragen wird und nach dem der Vorsitz in dieser Kommission dem Zentrum, die Stellvertretung im Vorsitz der freisinnigen Partei zufiele — den Vorsitz ihrem Fraktionsgenossen von Bennigsen übertragen, damit der „Reichsgedanke würdig“ vertreten sei. Diese wunderliche Annahme wollten sich die anderen Parteien natürlich nicht gefallen lassen. Infolge dieser nationalliberalen Stänkereie mußte aber bei Konstituierung der Kommission statt Klammation Zettelwahl stattfinden. Das Ergebnis der gestrigen Konstituierung war ein gründliches Plaisir der nationalliberalen Annahme. Es erhielten als Vorsitzende Stimmen: Abgeordneter Spahn 12, von Bennigsen zwei, von Buchla 4 Stimmen. Zum Vorsitzenden ist mithin Abg. Spahn (Z.) zum Stellvertreter wurde Abg. Rauffmann (sf. Ap.) gewählt. Der Kommission gehören als Mitglieder an: Spahn, Bachem, Gröber, Lerno, Schädler, Lieber, v. Gütlingen, v. Bernstorff, v. Buchla, Vimbürg, v. Normann, Frohme, Stadthagen, v. Volksglegler, Förster (Antifem.), Rauffmann, Mündel, Schröder, v. Bennigsen, v. Cuny, Gnnccerud. Es wurden zu Schriftführern gewählt: von Bernstorff, Lerno, v. Volksglegler und Stadthagen. — Die Nationalliberalen und die Konservativen streikten.

Die Justizvollstreckungskommission trendete am Freitag die erste Sitzung, aus der sie bekanntlich das Gerichtsverfassungsgesetz und die Bestimmungen der Strafprozess-Ordnung bis § 300 abgeschlossen hatte. Die zweite Sitzung ist auf Mittwoch, den 12. d. M., anberaumt und wird mit der Beratung des Gerichtsverfassungsgesetzes beginnen.

Zum Antrag, betreffend Abschaffung des Impfgesetzes. Wir erhalten folgende Inschrift:

Bezüglich des dem Reichstage vorliegenden Antrages auf Abschaffung des Impfgesetzes erkläre ich, daß ich meine Unterschrift gegeben habe, um den Antrag zur Debatte bringen zu helfen. Zu den eigentlichen Antragstellern gehöre ich nicht. Meine Name ist durch das Alphabet an die Spitze gekommen. Berlin, 7. Februar 1890. Wilhelm Bloß.

Tokales.

Die Forme der Firma G. Hummel teilen uns mit, daß sich an dem geplanten Fest im Eiseller nur drei Personen beteiligen werden, die übrigen Forme stehen der Sache fern und werden die Solidarität der gesammten Arbeiterschaft wahren. Die paar Feiernenden waren mit dem Jubilar Schulte während des Streiks stehen geblieben.

Die Gntimi-Abteilung der Allg. Elektrizitätswerke in der Ackerstraße veranfaßt heute in den Germania-Sälen einen Maskenball, also in einem Lokal, welches der Arbeiterschaft zu Versammlungen verweigert wird.

Aus der Magistratsitzung vom Freitag. Bekanntlich hat die Stadtverordneten-Versammlung auf Antrag des Stadtverordneten Cassel beschlossen, eine gemischte Deputation einzusetzen, um über die aus Veranlassung des dem preussischen Landtage vorliegenden Lehrerbildungsgesetzes zu unternehmenden Schritte zu beraten. Das Magistratskollegium hat nun in seiner gestrigen Sitzung zu Mitgliedern dieser Deputation die Herren Bürgermeister Kirchner, Stadt-Schulrathe Bertram und Fürstenau sowie die Stadtrathe Dr. Weigert und Wilde gewählt, welche zugleich zu dem am 9. d. M. im Sitzungssaale der Stadtverordneten stattfindenden Städtetage behufs Vereinbarung von gemeinsamen Schritten gegen das erwähnte Gesetz abgeordnet wurden.

Schule und Keinslichkeit. Die „Deutsche Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege zu Berlin“ hat an die städtischen Behörden eine von ihr unter dem 20. Januar er. gefaßte Resolution übersandt, nach welcher sie es für erforderlich hält, daß die Reinigung der Schulräume täglich, und zwar durch nasses Aufwischen erfolge. Gegenwärtig erfolgt die Reinigung der Schulräume nur dreimal wöchentlich durch die Schuldiener. Bekanntlich ist im vorigen Jahre in einem Schulkreise hier selbst vom Magistrat veranlaßt worden, die günstige Resultate ergeben haben soll. Das man die größtmögliche Sauberkeit gerade in Schulräumen als etwas selbstverständliches annehmen sollte, haben wir schon bei früherer Gelegenheit hervorgehoben. Es ist nicht sehr ruhmvoll für Berlin, daß Fragen dieser Art überhaupt noch der Erörterung bedürfen.

Die hiesige Tropfenbesitzer-Vereinigung, welche ihre Schuldigkeit in dem verflochtenen Streik der Loximeter-Tropfenbesitzer so glänzend bewiesen hat, faßte in ihrer stattgehabten Generalversammlung, wie wir aus dem „Fuhrhalter“ ersehen, folgende niedliche Resolution: „Die Generalversammlung beschließt: Wenn Betriebsstörungen in Aussicht stehen, sofort bei dem Kommissariat für das öffentliche Fuhrwesen vorstellig zu werden dahingehend, daß der dreimonatliche Nachweis sich meldender Kutscher in Wegfall komme und lediglich das Gutachten einer Kommission von drei Mitgliedern (aus dem Vorstande und Ausschußrathe der Genossenschaft) als genügend anerkannt werde.“ — Das wäre eine Kutscherfabrik in optima forma! Unter den Betriebsstörungen sind natürlich Streiks zu verstehen. Ist das Verlangen der Herren Fuhrherren an sich schon ein ungeheuerliches, so wird dasselbe noch ungeheurer dadurch, daß die Kutscherfabrik der Herren Fuhrherren bereits in Thätigkeit treten soll, wenn Betriebsstörungen, d. h. Streiks, in Aussicht stehen! Es ist natürlich ausgeschlossen, daß jemals das Kommissariat für das öffentliche Fuhrwesen diesem Antrage, wenn er gestellt werden sollte, seine Zustimmung geben kann. Immerhin zeigt das Fassen einer solchen Resolution aber die ganze Rücksichtslosigkeit, mit welcher die Fuhrherren den Kutschern gegenüber operieren und diese Rücksichtslosigkeit sollte die Kutscher denn doch endlich veranlassen, sich ein Bollwerk dagegen zu schaffen in einer zeitgemäßen Organisation.

Dem Zentralverein für Arbeitnachweis sind durch lauterlichen Erlaß vom 16. Dezember 1890 die Rechte einer juristischen Person verliehen worden.

Spezialitäten-Theater. Im Apollo-Theater werden dem großen Publikum, das mit der auf Spezialitätenbühnen gebotenen Kost seinen Bedarf an Kunstgenüssen befriedigt, zur Zeit Leistungen von besonderer Art geboten. Selbstverständlich kommt es auf das Arrangement an, und das wird nach erprobtem Rezept so gestaltet, daß sich um einen „Star“ die minder hervorragenden Nebenrollen harmonisch gruppieren, womit allerdings nicht gesagt ist, daß die Sterne zweiten Ranges in artistischen Leistungen weniger glänzen, als die Hauptattraktion. Die Wendettis, zwei Männer und ein Knabe, geben „karische Spiele“ zum besten, die von einer geradezu erstaunlichen Gewandtheit Zeugnis ablegen; einige Kunststücke, die das Kind ausführte, lassen die Befürchtung auskommen, daß es diese auf die Dauer ohne Schädigung seiner Gesundheit kaum wird vollbringen können. Die Gebrüder Wills sind tüchtige Parterre-Akrobaten, eine Trapezkünstlerin, Miß Amoras weiß ebenfalls zu „fehlen“, und am Schluß der ersten Abtheilung wird von der Polita-Gesellschaft eine Pantomime „Die tolle Nacht“ ausgeführt, die an grotesker Komik das menschlich Mögliche enthält. Weiter tritt eine internationale Sängerin Dora Barneß mit einem Engroslager funkelnder Diamanten und goldener Armbänder auf, vor deren Glanz der Schmelz der Stimme fast verschwindet. Aber das alles ist nur ein Präliminar zu der großen Attraktion, die sich diesmal in Gestalt der Pariser Chansonnette Eugénie Fougère darbietet. Es versteht sich, daß bei solcher Spezialität die Frage, wie die Künstlerin singt, fast ebenso gleichgültig ist, als der Inhalt der von ihr vorgetragenen Lieder, die wahrscheinlich kaum von einem Dutzend der Zuhörer verstanden werden. Hauptsache ist, daß das Publikum möglichst viel zu sehen kriegt. Der Reiz muß stehen, daß die Dame sich reichlich bemüht, ihre Konkurrentinnen in vollendetem Stasie zu übertrumpfen; es wird schwer festzustellen sein, ob die vom Halbe herab unbedeckt bleibenden Partien noch der oberen oder schon der unteren Region ihres Körpers angehören. Der Beifall des Publikums steigert sich je nach der Pikanterie der Gesten vom Sturm bis zur Raserei. Es verlohnt sich, die Gesellschaft in Wonne schmelzen zu sehen, die ganz damit einverstanden ist, wenn die Polizei einem Arbeiterverein die Aufführung eines proletarischen Theatersstücks, in dem selbst ein Mörder nichts Anstößiges entdecken wird, wegen „stiller Bedenken“ verbietet.

Das Reichshallen-Theater besand sich diesen Winter unausgeseht in Schwellen; weder die Beschimpfung des „Vorwärts“ und der Sozialdemokratie, die sich die Direktion nach beschuldigtem Muster im Oktober vorigen Jahres leistete, noch neuerdings das Auftreten der Frau Friedmann konnten Publikum in das einstmal recht beliebte Haus bringen. So tritt denn der Direktor Genée mit Ablauf der Saison zurück. Der neue Pächter ist ein Herr Fränkel, der früher Regisseur an dieser Bühne war. Er will mit Hilfe eines auch in dem Wucherproseß Pariser oft genannten Kapitalisten und Ballhausbesitzers das Theater weiterführen.

Im Amtsbezirk Niddorf-Brin sind im Jahre 1890 zum Zwecke der Nahrungsmittelkontrolle 290 Waarenproben entnommen und chemisch untersucht worden. Davon waren 73 verfälscht oder nachgemacht. Die Kontrolle bezog sich namentlich auf Butter, Schmalz, Milch, Ungarwein, Cognak, Rum, Chokolade, Mehl, Scheidenäpfel, Honig, Pfeffer &c. In 9 Fällen war Butter mit Margarine, in 14 Fällen Schmalz mit Baumwollamen-Del verfälscht; von 30 Proben Milch waren 9 gewässert, von 19 Proben Medizinal-ungarwein 9 verdorben bezw. verfälscht, von 96 Proben verschiedener Artikel waren 32 verfälscht. In 27 Fällen sind die betr. Verkäufer bereits gerichtlich verurtheilt worden, in allen übrigen Fällen schwebt das Strafverfahren noch.

Eine obligatorische Fleischschau soll nunmehr auch für den Amtsbezirk Niddorf-Brin, wo bekanntlich nach dem Gutachten eines gerichtlichen Sachverständigen das schlechteste Fleisch konsumirt wird, eingeführt werden.

Von einem bedenklichen Vorkommniß auf der Stadtbahn weiß ein Berichterstatter folgendes zu berichten: Die 14jährige Tochter eines Privatbeamten W., die als Buchhalterin in einem Expeditionsgeschäft in Stellung ist und abends von Station Jannowbrücke bis zur Schopenhauer Allee fährt, verließ am Dienstag Abend mit dem Herdringzuge 7 Uhr 23 Mi-

nuten den ersterwähnten Bahnhof; die junge Dame besand sich in dem Wagenabtheil zweiter Klasse allein, als plötzlich zwischen Weihenstepfer und Brenzlauer Allee die Waggonthür aufgerissen wurde. Es stieg ein Bahnbeamter hinein, der den Mantelbogen hoch aufgeschlagen und die Pelzmütze tief ins Gesicht gedrückt hatte; der Fremde setzte sich der jungen Dame gegenüber, knüpfte sofort ein Gespräch an und wurde dabei so ausdrücklich und dreist, daß Fräulein W. gezwungen wurde, das Fenster zu öffnen und um Hilfe zu rufen, worauf der Fremde schleunigst die Koppelthür öffnete und aus dem in voller Fahrt befindlichen Train herabsprang. Auf der nächsten Station verständigte das vor Angst und Scham bebende Mädchen Jungführer und Stationsvorsteher von dem Vorgang, die jedoch die Mittheilung für ganz unglücklich hielten, da ein deraartiger Beamter im Zuge gar nicht mitgeföhren sei.

Am Mittwoch Abend benutzte Fr. W. denselben Zug und diesmal besand sich mit ihr im Wagenabtheil ein Herr, der weit zurückgelehnt saß, so daß er von Draußen nicht zu sehen war. Gleich nachdem der Zug sich in Bewegung gesetzt hatte, sei der geheimnißvolle Beamte wieder gekommen, doch habe er sich entfernt, als die Dame dem Passagier von der Gefährlichkeit des Menschen Mittheilung machte. Eine Verfolgung des Mannes sei nicht möglich gewesen.

Die Ferien der Post-Unterbeamten. Aus geht eine Meldung zu, deren Richtigkeit wir im Augenblick nicht kontrolliren können, die aber dennoch registriert zu werden verdient. Unser Gewährsmann schreibt uns: Die meisten Briefträger der kaiserlichen Postanstalten wollen in diesem Jahre auf den ihnen z. B. bewilligten Urlaub von acht Tagen verzichten, falls ihnen dieselben Bedingungen wie beim ersten Urlaub im Vorjahre gestellt werden. Die Beamten sind nämlich zum großen Theil der Meinung, daß sie durch die Mehrarbeit, die ihnen infolge der Ferien aufgebürdet wird, an ihrer Gesundheit mehr Schaden leiden, als die acht Tage Urlaub Ruhpa einbringen. Die Beglückten müssen nämlich, wie ja auch im vorigen Sommer berichtet worden ist, den Dienst für die im Urlaub befindlichen Kollegen vollständig mitbesorgen, so daß die Post an ihrem Säckel keinerlei Schaden erleidet. Sie haben während der Ferienzeit zu ihrem so schon überbürdeten Dienst eine erhebliche Mehrbelastung erhalten und sind auch der freien Nachmittagsstunden verlustig gegangen, die ihnen zustehen. Daher der jetzige Entschluß, der nur zu begreiflich erscheint.

Priemer-Klisch-Hammerstein. Aus einem Interview, das der Berichterstatter eines New-Yorker Blattes mit dem Produzenten Priemer gehalten haben will, führt das Berl. Tabl. u. a. folgendes an: Er habe Freiherrn v. Hammerstein nie persönlich gekannt, das heißt, er habe ihn wohl gesehen, sei ihm aber nie vorgestellt worden. Herr Alexander Klisch pflegte alle Geschäfte mit ihm persönlich zu erledigen. Hochmal nach der Waise von Herrn Klisch jun. befragt, zog P. einen Zettel aus der Tasche, der nicht enthielt als die Worte: „34. Febr. Seventeenth Street.“ Die Firma sei durch Hammerstein um 200 000 M. geschädigt. Er selbst sei von Berlin um seiner drückenden Schulden willen fortgegangen. In energischer Weise bestritt P., entfernt worden zu sein, um nicht gegen v. H. Zeugniß ablegen zu müssen; wiederholt betonte er, daß er Unterschlagungen in der ungefähren Höhe von 6700 M. begangen habe. Freilich werde die Firma ihn nicht verfolgen.

Von dem Spielwaarenfabrikanten Max Löhre in Niddorf, Schönweiderstr. 10, sind in letzter Zeit verschiedene Arbeiterinnen arg geschädigt worden. Anfang November stellte der Herr eine Anzahl junger Mädchen an, die bei achtstägiger Lehrzeit einen Lohn von 15 M. monatlich erhalten sollten. Am 30. November wurde ihnen für den Rest des Monats eine Vergütung von 5—6 M. gegeben; am 31. Dezember aber, als der erste volle Monatslohn fällig war, erklärte Löhre den Arbeiterinnen, daß er kein Geld zum Auszahlen habe, sie müßten sich acht Tage gedulden. Die acht Tage gingen vorüber, aber Geld hatte der Unternehmer wiederum nicht. Er redete den Mädchen zu, daß sie bleiben sollten, und diese, die meistens 14—16 Jahre alt und ganz unerfahren waren, ließen sich auch ferner von Woche zu Woche verdrösten. Am Schluß des Monats Januar erklärte der Buchhalter des Herrn Löhre den Mädchen endlich, sie könnten zwar weiter arbeiten, wenn sie wollten, doch getraue er sich nicht, ihnen besonders zu zureden, denn es sei immer noch kein Geld da. Sie könnten sich ihren Lohn nach und nach marktweise abholen; wer aber klage, beläme überhaupt nichts. Die Mädchen rechnen kaum mehr darauf, daß sie jemals ihr Geld bekommen werden. Ein Gewerbegericht, das für Niddorf so notwendig ist, wie selten anderwärts, existirt bekanntlich in diesem Borort nicht, und den um ihren Lohn gebrachten Mädchen bleibt nichts übrig, als den Unternehmer auf ihre Kosten vor das Amtsgericht zu zitiern.

Heber den im Bankhause S. Fleischer verübten Diebstahl von 100 500 M. werden jetzt folgende Einzelheiten bekannt. Ein Privatier aus Pommern, wahrscheinlich ein „nothdürftiger Agrarier“, hatte bei genanntem Bankhause mehrere Millionen Mark in preussischen 4prozentigen Konfols deponirt. Im August v. J. erhielt nun besagte Firma von dem Deponenten den Anstrich 100 500 M. von seinem Depot an einen Herrn Glas, Weststraße 3 (Hammerbrook) in Hamburg zu senden. Da die Unterschrift des Ordrebriefes mit der des Inhabers des Guthabens genau übereinstimmte, wurde die Ordre in einem Werthbriefe ausgeführt, bald darauf traf die Empfangsquitung von Seiten der Hamburger Postbehörde in Berlin ein und war daher hiermit die Sache für das Bankhaus erledigt. Ende Januar dieses Jahres erhielt jedoch S. Fleischer von dem pommerschen Privatier die Anfrage, warum in der soeben erhaltenen Jahres-Abrechnung die Kupons von 100 500 M. fehlten. Darauf erklärte natürlich das Bankhaus, daß diese Summe aus Ordre des Deponenten an Herrn Glas in Hamburg gefandt sei. Ungehindert traf nun ein Schreiben aus Pommern ein, in dem dessen der Privatier erklärte, daß er gar keine Ordre abgefandt habe, auch keinen Herrn Glas in Hamburg kenne. Nun wurde nach dem Ordrebriefe gesucht, derselbe war jedoch verschwunden, wie auch die Kopie des Abgangsbriefes nicht aufzufinden war. Annahme fielen den Chef und dem Produzenten der Firma das bald nach dieser Affäre erfolgte Verschwinden eines seit 4 1/2 Jahren in untergeordneter Stellung engagirten jungen Mannes auf. Die diesbezüglichen Ermittlungen ergaben, daß der letztere mit einem jungen Mädchen aus Berlin verschwunden war. Wie ferner ermittelt wurde, hatte sich der ungetreue Beamte Ende August vorigen Jahres nach Hamburg begeben und unter dem Namen eines Herrn Glas aus Orfurt in einem Hotel der Weststraße daselbst sich einlogirt. Hier erhielt er kurze Zeit darauf den Werthbrief aus Berlin. Mit demselben verließ er das Hotel, indem er seinen Koffer zurückließ und erklärte, er wolle nur einen Absteher noch einem Nachbarort machen und bald wieder zurück sein. Der angebliche Glas suchte jedoch das Hotel nicht wieder auf, sondern fuhr am selben Tage mit dem Schnellzuge nach Berlin und nahm hier sofort seinen alten Platz im Geschäft wieder ein, nachdem er sein Ausbleiben mit einem leichten Unwohlsein entschuldigt hatte. Nachdem „Glas“ am andern Tage noch alle Beweisstücke bei Seite geschafft hatte, stoh er mit seiner Geliebten auf den Fuß von deren Bruder unter dem Namen „Fuchs“ als Salonpassagier mit der „Augusta Viktoria“ nach New-York. Von dort aus sandte er die Papiere des Bruders zurück und nun folgte die Mutter und der richtige Fuchs ebenfalls dem Betrüger nach drüben nach. Da derselbe ein halbes Jahr Vorprung hat, dürfte es schwer halten, seiner habhaft zu werden. Daß der Gauner sich Glas nannte, erklärt sich dadurch, daß der Privatier in Pommern vor einigen Jahren das Bankhaus beauftragte, eine Million von seinem Depot auf den Namen seiner Frau, einer geborenen Glas, zu schreiben und die

Buchhandlung des „Vorwärts“
Berlin SW., Benthstrasse 2.

Neue Agitationschrift für Vereine und Gewerkschaften.

Zweiterlei Recht.

Die Handhabung des Vereins- und Koalitionsrechts vor dem Reichstag.

Preis 10 Pfennige. Porto 3 Pfennige.

Zur Massenverbreitung besonders billige Ausgabe.

Tatsachen beweisen! Gegenüber den Deklamationen von der Rechtschaffenheit und dem Rechtsstaat sind hier eine Fülle der schreiendsten Widersprüche angeführt, wie in Preußen, Bayern, Sachsen etc. Versammlungs- und Vereinsgesetze gegen die Arbeiter anders als gegen die Unternehmer, gegen Sozialdemokraten anders als gegen ihre Gegner gehandhabt werden. Für Vereine und Gewerkschaften besonders wertvoll.

Nur kurze Zeit verbleibt noch den Rest meiner Germania-Kollektionen bestehend aus nachfolgenden 15 Gegenständen zum Preis von nur M. 7.50 und zwar: 1 Gold-Verren- oder Damen-Taschen-Uhr, Anter, garantiert gut gehend, 1 schöne Gold-Uhrkette, 1 Verloren (Kühnheit) zur Hochzeit, 1 Taschenuhr mit 2 Rängen, Rostfänger, Glaslinsen, Glasboden, 1 Messerschärfer Stütz; 1 Thermometer, 1 Seifen- (Wetter-Anzeiger), 1 englische Federwaage, wiegt bis 1 1/2 Kg. 2 Wand-Decorations-Bilder, in gemauerten position Metallrahmen, 2 goldimitierte Messingentastende mit Messing, 3 goldimitierte Chemisierentastende.

Geitz's Reiseleit-Vertrieb, Berlin C., Seebstr. 5.

M. Schulmeister
Schneidermeister,
Dresdener-Strasse 4, Kottbuser Thor,
empfehlen zu außergewöhnlich billigen Preisen nachstehende Spezialartikel:

Einsegnungs-Anzüge
aus Satin, Kammgarn, Diagonal, Tuchstoffen, ein- und zweireihig von M. 12-35

Jaquet-Anzüge
in gedieg. wollenen Zwirnstoffen, 1- u. 2-reihig " " 16-24

Jaquet-Anzüge
in glatten Diagonal-, Kammgarn-, Satin- u. Cheviot-Stoffen, 1- u. 2-reihig " " 20-35

Jaquet-Anzüge
in englischen Cheviot-Stoffen, eleg. Ausführung " " 22-36

Rod-Anzüge
t. guten, wollenen, schwarz, Kammgarn- u. Satin-Stoffen, moderner Façons " " 25-38

Rod-Anzüge
modernster Farben, elegante Schnitt-Façons " " 30-42

Sehröd-Anzüge
von feinen Satin-, Tuch- und Kammgarn-Stoffen, 2-reihig " " 30-45

Frühjahrs- u. Sommer-Paletots
aus Satin, Diagonal, Kammgarn, in allen erdenklichen Farben, (auch Sacco-Paletots vorrätig) " " 15-35

Beinkleider
in dauerhaft, wollenen Stoffen, versch. Farben, Kammgarn und Cheviot " " 5-10

Hohenzollern-Mäntel
mit einer 5 Mtr. weiten Pelzlinie " " 27 an.

Anabenpaletots, Anabenanzüge
kleidsamer Façons in großer Auswahl.

Schul-Anzüge
in Cheviot-, Velour- u. dauerhaften Zwirn-Stoffen, 1- und 2-reihig von M. 6 an

Bestellungen nach Maass von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.

Begründung des Geschäfts 1878.

Telephon Amt IV 447.

Herren-Hüte 75 Pf.
(Musterfächer) 40478

Nur neueste Façons, extra prima Qualitäten, giebt zu enorm billigen Preisen ab

Die Fabrik

im Comptoir im Comptoir
Grüner Weg 2, I, Kopenstr. 56, I,
im Comptoir
Reichenbergerstr. 166.
Geöffnet bis abends 9, auch Sonntags.

Hackescher Markt 4, J. Brünn Am Stadtbahnhof „Börse“

Inventur - Ausverkauf!

Teppiche! Gardinen! Portièren!

Steppdecken! Leinenwaaren!

Fertige Wäsche!

zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Arbeiter Berlins!

Die Fabrikate der ausgesperrten Schuhmacher in Erfurt werden jetzt, außer in den bekannten Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen

Bellealliancestr. 98/99 und Rosenthalerstr. 63/64

in vorzüglichster Beschaffenheit zu den billigen alten Preisen verkauft. Wir bitten und durch reichliche Einkäufe zu unterstützen.

Deutsche Schuhfabrik G. Markus & Co.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler u. a. gew. Arbeiter
Berlin A.

Der Bevollmächtigte Carl Munk wohnt Mantelstr. 65, Hof III r.

Das Krankengeld wird ausgezahlt jeden Sonnabend von 7-9 Uhr abends bei Köhn, Naunstr. 83, 2. Eing. vom Flur, parterre links. 181/18

Vereinslokal

sucht der Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“ im Zentrum oder i. d. Nähe. Der Verein zählt z. B. 60 Mitgl. Off. an Mag Kern, Charlottenburg, Garde du Corpsstr. 3, 3 Tr. r. 2581b

Buchhandlung des „Vorwärts“
Berlin SW., Benth-Strasse 2.

Neue Erscheinungen.

Neue Welt-Einbanddecken
1895 und frühere Jahrgänge.
In Golddruck 1.- M.
In Schwarzdruck 0,80 M.

Der Prozess Liebknecht.
Dritte Auflage.
Verhandlungen wegen Majestätsbeleidigung. Preis 10 Pf.

Beiträge zur Geschichte des Materialismus.
Von G. Plechanow.
I. Holsbach, II. Helvetius, III. Marx
Preis 3,50 M.

Ferdinand Lassalle's Briefe an Georg Herwegh.
Herausgegeben v. Marcel Herwegh
Brosch. 3 M., geb. 4 M.

Die Gewerbe-Inspektion in Deutschland,
England, Frankreich, Oesterreich, Schweiz.
Kritische Darstellung ihrer Geschichte und ihres gegenwärtigen Zustandes.
Preis 20 Pf.

Zwei Tage Etatsdebatte.
Verhandlungen des Reichstages über den Septemderkurs.
Enthaltend Neben Bebel's u. A.
Preis 15 Pf.

Die Neue Welt 1895
und frühere Jahrgänge.
Komplet gebunden 4.- M.
Für Vereine empfehlenswerth.

Achtung! Achtung!

Künstl. Zähne v. 8 M. an, Zehlig wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervödnen bei Bestellung umlohnf.

Gundel, Kaufherplatz 2, Elsfasserstr. 12.

Guten Morgen!

Lade zum Kauf bei mir ergebenst ein.

Carl Schindler
55. Chausseestr. 55. A. III 8917.
(Nordh., Eildre, Cognac, Rum, Ungarn.)
Empfehle mein Weiss- u. Bayerisch-Bier-Lokal, Vereinszimmer. h. zu 20 Pers. mit Piano, für die ganze Woche frei.

W. Thielow, Lothringerstr. 112.

Th. Boltz' Festsäle,
S., Alte Jakob-Strasse 75.
Amt I, 1082. 4274L

Empfehle meine Säle zur Abhaltung von Festlichkeiten und Versammlungen zu kulantesten Bedingungen.

Oswald Grauer
N. Köslinerstr. 2
empf. sein Weiss u. Bairisch-Bier-Lokal nebst gr. Vereinszimmer. Zur Zahlstelle für Gewerkschaften, Krankenkassen etc. sehr geeignet. 41948

Ferdinand Ewald's Restauration
Schöneinstrasse No. 6.
Empfehle den geehrten Vereinen meine Lokalitäten zu Versammlungen. 2 Regelmäßig stehen zur Verfügung. ff. Weiss- und Bairisch-Bier.

Sehr gutes Grüntram- u. Kaufmannsgeschäft in bester Lage Berlins ist sofort an junge Leute preiswerth zu verkaufen. Kaffe nicht unter 40 M. Abt. unt. 100 bitte Postamt 20 niederf.

Alle gangbare Schlosserei, westl. Vorort, ist umstände halber billig zu verkaufen. Zu erf. Steglitz, Schützenstr. 51, bei Rattun. 2479b

Schuhmacherladen,
billige Wohnungen von 60 Thlr. an
Hixdorf, Karlsgartenstr. 19. 2579b

Putzbuscherstr. 26
gesunde, kleine Wohnung per sofort, auch zum 1. April 1896 bill. zu verm.

Schlafst. bei Frau Sternberg, Hochmeißerstr. 11. 2580b

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)

Achtung!

Mittwoch, den 12. Februar, abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn Cohn (großer Saal), Benth-Strasse Nr. 20:

Vertrauensmänner-Versammlung
für sämtliche Bezirke Berlins.

Jede Werkstatt wird ersucht, einen Vertrauensmann zu entsenden.

Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert. Derselben Vertrauensmänner, welche zum ersten Mal von ihren Werkstätten entsendet werden, erhalten ihre Karte in der Versammlung ausgestellt.

Karten und Marken für den Streikfonds werden auf allen Zahlstellen des Verbandes ausgegeben. Die Vertrauensmänner werden ersucht, für Einziehung der Streikbeiträge zu sorgen.

Die Zahlstellen des Verbandes befinden sich:

Für den Norden:
Ruppinerstr. 44 bei Raabe.
Tresdowstr. 24 bei Schmidt.
Lothringerstr. 67 bei Dieke.
Schweitzerstr. 83 bei Lietzke.
Müllerstr. 7a bei Gledert.
Bergstr. 60 bei Hilgenfeld.
Thurmstr. 84 bei Holzbäcker.
Birkenstr. 28 bei Bugo.
Stettinerstr. Ecke Wellerstrasse bei Peterson.

Für den Osten:
Friedrichsbergerstr. 19 bei Winkelmann.
Blumenstr. 38 bei Wiedemann.
Frankfurter Allee 90 bei Zabel.
Koppenstr. 47 bei Lorenz.
Langestr. 65 bei Tempel.
Landsberger Allee 27a bei Lange.
Elisabethstr. 65 bei Lange.

Für Süd-Ost:
Guvrstr. 25 bei Erbe.

Für den Westen:
Mitterstr. 123 bei Stramm.
Naunstr. 86 bei Strait.
Grünauerstr. 8 bei Golz.
Görlicher- und Sorauerstraßen-Ecke bei Tolksdorf.
Pöhlstr. 55 bei Schilling.
Dieffenbachstr. 31 bei Gauls.
Mantelstr. 60 bei Brödenfeld. (Dortselbst befindet sich auch die Bibliothek der Drehtler.)
Köpnickerstr. 194 bei Reichert.

Für den Süden:
Friedrichsbergerstr. 19 bei Winkelmann.
Blumenstr. 38 bei Wiedemann.
Frankfurter Allee 90 bei Zabel.
Koppenstr. 47 bei Lorenz.
Langestr. 65 bei Tempel.
Landsberger Allee 27a bei Lange.
Elisabethstr. 65 bei Lange.

Für Süd-Ost:
Guvrstr. 25 bei Erbe.

Jeden Sonnabend: Zahlabend.

Alle Werkstatt-Angelegenheiten sind zu melden bei dem Koll. Wiedemann, Annenstr. 39, auf dem Arbeitsnachweis, oder an den Vorsitzenden der Werkstatt-Kontrollkommission, Kollegen Grunert, Mantelstr. 64.

Bauhändler-Frankenkaße
für Berlin und Umgegend. (Eingeschriebene Hilfskaße Nr. 118.)

In der am 2. Februar stattgehabten ordentlichen Generalversammlung wurde der Vorstand aus folgenden Mitgliedern zusammengesetzt:

H. Metzko, Vorsitzender,
C. Pfeil, Stellvertreter,
L. Kliemann, Kassierer,
W. Karpe, Stellvertreter.

W. Roll, Beisitzer,
H. Jaentsch, „
P. Scholtz, „

Das Bureau der Kaße befindet sich Gipsstr. 16 und ist geöffnet wochenttäglich von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr abends. Außerdem wurde beschlossen, die Zahlstelle auf dem Wedding von der Köslinerstr. 4 nach der Kolbergerstr. 23 bei Rabe zu verlegen. Zugleich machen wir hiermit bekannt, daß der Ausschuss sich konstituiert und zum Vorsitzenden Herrn C. Blaurock, Gipsstr. 16, gewählt hat. An denselben sind sämtliche Beschwerden in Kasenanangelegenheiten zu richten.

Der Vorstand. J. A. S. Rehle, Oberbergerstr. 10.

Rixdorf.

Sozialdemokratischer Verein Vorwärts.
Dienstag, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr,
in den „Victoria-Sälen“, Hermann-Strasse Nr. 49-50:

Große Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Das heutige Klassenstaatliche Schulwesen.“ Referent: Herr Schriftsteller F. Schulz. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Gäste willkommen.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

NB. Mitglieder werden in der Versammlung sowie in den bekannten Zahlstellen aufgenommen. 252/13

Arbeiter-Bildungs-Verein „Zukunft“
für Reinickendorf und Umgegend.

Sonntag, den 9. Februar, nachmittags 3 Uhr,
im Lokale des Herrn Grunow, Nordbahnstrasse No. 19:

Große Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Littka. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Um recht zahlreichen Besuch wird gebeten.

Der Vorstand.

Heute! Heute!
Sonnabend, den 8. Februar: Heute!
Geschäfts-Eröffnung Holzmarktstr. 19, Ecke Michaelbrücke, der

Engros-Schlächtere von M. Galicki.
Hauptgeschäft Steglitzerstr. 3. Hauptgeschäft Steglitzerstr. 3.

Meinen geehrten Kunden und denen, die es werden wollen, zur gef. Nachricht, daß ich eine Filiale in der

Holzmarktstraße 19

errichte. Mein Bemühen ist nach wie vor, nur gute und reelle Waare stets zu liefern, und bitte um geneigten Zuspruch.

Preis-Courant von Fleisch und Wurst-Fabrikation im Detail zu Engros-Preisen.

Rindfleisch 50-60, ohne Knochen 70 Pf.
Kalbfleisch 55-60-65, Schnitt 1,20 M.
 Hammelfleisch 50-60, Keule 65 Pf.
 Schweinefleisch 50-55-60 Pf.
 Rind- u. Schweinefleisch 60 Pf., Filet pfundweise.
 Schafschaf 80
 Carbonade 65-70
 Kaffeler Nippespeer 65-70
 Eisbeine 30-50
 Nudelfett, Linsen 45 bei Entn. von 10 Pfd. & 40 Pf.
 Schmalz 55
 Fetter Speck 55 bei Entnahme von 10 Pfund
 Mager Speck 65 50 bezw. 60 Pf.

Bei Abnahme von M. 5 an freie Zusendung ins Haus.

Spezialität:
Schlachtwurst u. Salami à Pfd. 80 Pf. Poln. Bratwurst à Pfd. 60 Pf.
 Braunschweiger Wurst 75 Mettwurst 60
 ff. Leberwurst 80 Zwiebel-Leberwurst 50
 Jungewurst 80 Sächl. Blutwurst 50
 Thüringer Wurst 60 Ferkelwurst 50
 Koch- u. Knobschinken à Pfd. 1-1,20 M. Bei Abn. v. 10 Pfd. Preisermäßigung.
 Täglich frische Rind-, Kalb- und Hammel-Leber. Jeden Sonnabend unsere bekannte ff. frische Blut- und Leberwurst. Täglich warme Knobländer.

Abgeordnetenhaus.

14. Sitzung vom 7. Februar, 11 Uhr.

Am Ministerische Freiherr v. Hammerstein-Bogtzen und Kommissarien.

Das Haus geht die zweite Etatsberatung bei dem Extra-Ordinarium des landwirthschaftlichen Etats fort.

Nachdem von einer Reihe Abgeordneter örtliche Interessen vertreten wurden, bekräftigt

Abg. Schaubert (L) die Bewilligung des Fonds von 650 000 M. für die Förderung der Land- und Forstwirtschaft in den östlichen Provinzen.

Auch die weitere Debatte über das Extra-Ordinarium fördert nichts erwähnenswertes zu tage. Der Rest des Extra-Ordinariums sowie der Etat der Gesteinsverwaltung werden nach längerer Debatte bewilligt.

Minister v. Hammerstein: Aus dem Umstande, daß die Domänenverträge seit 1891 von 7 pCt. bis 15 pCt. im letzten Jahre zurückgegangen sind, hat man Schlüsse auf die allgemeine Lage der Landwirtschaft gezogen. Das ist doch nur bedingt richtig, denn wir haben nicht in allen Landestheilen Domänen. Ich glaube, wir werden noch einige Jahre ein Sinken der Domänenpachtungen haben, dann aber einen Stillstand und damit normale Pachtsätze erreichen. In Einzelfällen sind allerdings Erlasse an Domänenpächtern bewilligt; aber weder in Preußen noch in den anderen Einzelstaaten hat ein allgemeiner Erlaß dieser Pacht oder eine Ermäßigung derselben stattgefunden; in anderen Einzelstaaten müssen die Pächter auch die gestundeten Pachtsummen mit 5 pCt. verzinsen.

Abg. Dr. Ciesels (M): Daß die Domänenpächter keinen sicheren Anhalt für die Lage der Landwirtschaft geben, halte ich für richtig. Daß der Beharrungsstand schon in einigen Jahren eintreten wird, bezweifle ich. Für eine generelle Ermäßigung der Domänenpächter kann ich nicht eintreten.

Minister v. Hammerstein: Der gegenwärtige Augenblick wäre für tiefgreifende Änderungen bei der Verpachtung der allernützlichsten.

Abg. v. Kardorff (R): Ich bin der Meinung, daß die Landwirtschaft vor einer Gefahr steht, wenn die Silberwährung in Amerika größeren Umfang erreicht und dann amerikanisches Getreide, angefüllt durch unsere Goldwährung, in großen Massen zu uns kommen würde.

Minister v. Hammerstein: Da diese Angelegenheit Reichssache ist und der Reichskanzler schon in allerhöchster Zeit dieselbe im Reichstage zur Sprache bringen wird, so will ich hier in eine Debatte über die Frage nicht eintreten.

Der Domänen-Etat wird hierauf ohne weitere wesentliche Debatte genehmigt.

Nächste Sitzung morgen 1 Uhr. Forst-Etat, Zentralgenossenschaftskosten-Etat und Etat der direkten Steuern. Schluß 4 1/2 Uhr.

Soziale Uebersicht.

Die Löhne in der Konfektionsindustrie. Dem Lohnbuche eines Leipziger Konfektionsarbeiters, der für die Firma B. in der Straße arbeitet, entnimmt unser Bruderblatt, die „Leipziger Volkszeitung“ folgende Angaben: Die Firma zahlt dem Schneider, der die Sachen in seiner Wohnung anfertigt, also Werklohn, Feuerung und Licht und die Auslagen selbst geben muß, für auf Lager gearbeitete Sachen folgende Preise: Für 1 Paletot (einschließlich) 4 M., 1 Schwalow (Mantel) 3,75 M., 1 Gebrod 4 M., 1 Jaquet 3,50 M. und 1 Weste 1,10 M. Wäffen die Sachen anprobiert werden, so erhöht sich der Preis zwar etwas, aber auch die Arbeitszeit. Wird die Arbeit außer der Saison angefertigt, so reduziert sich der Preis; z. B. wird dann für Jackett und Weste zusammen der Preis bis auf 3 M. heruntergedrückt. Läßt der Schneider die Arbeiten nun durch Gesellen herstellen, so erhalten diese für den Paletot 3 M., Schwalow 2,75 M., Rock 3 M. und für Jackett und Weste 3,50 M. In einem Paletot, der in 13 Arbeitsstunden fertiggestellt wird, braucht der Schneider: eine Rolle schwarzes Garn 6 Pf., Ostgarn 5 Pf., 1 Lösschen Seide und 2 Lösschen Knopflochseide 18 Pf. In einem Gebrod, der in 24 Stunden fertig wird, oder Jackett und Weste, die zusammen in 21 Stunden hergestellt werden, braucht er noch ein Lösschen Knopflochseide mehr, so daß die Auslagen hier 35 Pf. betragen. In einem Schwalow, der in 18 Stunden hergestellt wird, sind 30 Pf. für Auslagen nötig. Der Schneider hat nun im Jahre 1894: 107 Paletots, 107 Westen, 16 Paletots, 10 Gebrode und 15 Schwalows hergestellt, mithin 2955 Arbeitsstunden angewendet und empfing dafür 752,75 M. Von dieser Summe gingen ab für Auslagen 33,75 M., für Abnutzung der Nähmaschine 24 M., Mietzins für die Werkstätte 96 M. und für Feuerung und Licht 72 M., zusammen 225,75 M., es verblieb also nur ein Jahresverdienst von 527 M. oder 18 Pf. pro Stunde. Hätte aber ein Geselle diese Arbeiten ausgeführt, so hätte er ohne Abzug für Auslagen 493,75 M. oder 16 2/3 Pf. pro Stunde erhalten. Es geht aus den Zahlen unzweifelhaft hervor, daß die Löhne sehr niedrig sind und durch die Zwischenmeister für den Gesellen noch mehr herabgedrückt werden.

Arbeiterkassen in ärztlichen Wirtschaftswesen. In der abschließenden Behandlung des neuen Wirtschaftsgesetzes hat der Züricher Kantonsrath beschlossen, daß Mädchen unter 20 Jahren, die nicht zur Familie des Wirtches gehören, zur Bedienung der Gäste nicht verwendet werden dürfen und ebenso Knaben unter 16 Jahren, und daß das Gesetz keine Anwendung findet auf junge Leute, die bei seinem Inkrafttreten bereits ihre Stellen inne haben.

Gewerkchaftliches.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hat soeben ihren Rechenschaftsbericht auf die Zeit von Juli 1895 bis Januar 1896 veröffentlicht. Der Bericht fällt eine stattliche Broschüre von 70 Seiten Druck. Da der Preis nur 20 Pf. beträgt, ist es jedermann möglich, sich in den Besitz der für die Kenntnis der Berliner Arbeiterbewegung überaus wichtigen Publikation zu setzen.

In **Stettin** haben gegen 40 Arbeiter der Firma **O. S. u. Niedermeyer** die Arbeit eingestellt. Sie waren mit Lowryschleiben beschäftigt, wobei sie, wie der „Volksbote“ mittheilt, bisher stündlich 16 bis 25 Pf. verdienten. Sie sollten von jetzt ab die Lowry für 6 Pf. hinauschieben, was einem Stundenlohn von 18 Pf. entspricht.

Die **Dreher und Schlosser** der **Südecker Maschinenbau-Gesellschaft** sollten auf eine gewisse Zeit eine bestimmte Arbeit, die bisher mit 1,20 M. bezahlt wurde, für 1 M. liefern. Sie wiesen das Vorgehen einmüthig zurück, was den Erfolg hatte, daß die Fabrikleitung wieder den alten Akkordlohn bewilligte.

Die **Firma Grimme, Natalis u. Komp.** in **Braunschweig**, bei der bekanntlich ein Streik ausgebrochen ist, hat einen Schleifer in **Altendörbe** unter der Angabe engagiert, daß er bei ihr „ebenfalls 30 bis 33 M. verdienen“ könne. Dem-

gegenüber theilt der „Braunschweiger Volksfreund“ mit, daß die Lohnbücher der Ausständigen nur einen Durchschnittslohn von höchstens 20 M. anwiesen. Der Schleifer in **Altendörbe**, der die Stellung bei der genannten Braunschweiger Firma angenommen habe, um sich zu verbessern, sei denn auch, nachdem er von der wirklichen Sachlage Kenntnis bekommen, sofort wieder abgereist. Um die Schleifer vor Schaden zu bewahren, nehmen auch wir von dieser Angelegenheit Notiz.

Die **Reckarschiffer**, die, wie wir berichteten, wegen Kürzung der Frachtsätze in einen Streik eingetreten waren, haben sich mit den Salzverfrachtern der **Saline Heilbrunn** dahin geeinigt, daß der Frachtsatz von 17 Pf. pro Zentner bei Normalwasserstand und 18 und 20 Pf. bei Kleinwasser von beiden Theilen anerkannt wurde. Der Wasserstand der **Salzwerke Heilbrunn** und **Jagstfeld** beträgt im Jahr durchschnittlich 1 500 000 Zentner, eine Frachtermäßigung von 2 Pf. pro Zentner, wie sie den Schiffen zugemuthet wurde, spielt also dabei schon eine Rolle.

In **Budapest** sind, bis auf die Arbeiter einer Firma, sämtliche Arbeiter des **Zäpfergewerbes** in den Streik getreten. Es handelt sich um die Einführung eines neuen, einheitlichen Lohns für **Budapest**. Die erwähnte Firma hat ihn bereits schriftlich anerkannt. Die Situation ist den Ausständigen nicht ungünstig und ihre Stimmung ist vorzüglich. Sie hoffen bestimmt, den Sieg zu erlangen, wenn genügend Unterstützungsgelder eingeht. Sendungen sind zu adressiren: „**Neue Volkstimme**“, **Weselenyogasse 196**, **Budapest**.

Aus **Basel** wird uns geschrieben: Die hiesigen **Gärtnergehilfen** stimmten am letzten Sonntag in einer öffentlichen Versammlung der geplanten Lohnbewegung der schweizerischen Gärtnergehilfen zu. Als Forderungen werden aufgestellt: zehnstündige Arbeitszeit, 4 Fr. Minimallohn, 25 pCt. Zuschlag bei Ueberzeitarbeit, Freigabe von Kost und Logis, Regelung des Lehrlingswesens, Anerkennung des Fachvereins. Sollten die Meister die Forderungen bis zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt nicht akzeptiren, so soll die Arbeit niedergelegt werden. Der **Basler Schuhmacher-Fachverein** beschloß in seiner letzten Sitzung die Gründung einer **Produktiv- und Konsumgenossenschaft**. Es wird eine Verkaufsstelle für fertige Schuhwaren in Verbindung mit einer Reparaturwerkstätte errichtet und mit der **Genossenschafts-Schuhfabrik** in **Eschwil** in Unterhandlung getreten werden. Die **Hilfsarbeiter** auf dem **Zentralbahnhof** in **Basel** haben die bei der letzten Lohnbewegung im August v. J. fallen gelassenen Forderungen wieder aufgenommen und wollen im Falle der Ablehnung die Arbeit niederlegen.

Versammlungen.

„Das neue Margarine-Gesch, eine Schädigung der Volkswirtschaften“ lautete das Thema einer Volksversammlung, die von einem zur Agitation gegen das genannte Gesch. zusammengetretenen Komitee durch Plakate an den Anschlagläulen am Donnerstag nach Keller's großem Saal einberufen und von etwa 1500 Personen besucht war, die dem Ansehen nach größtentheils den bürgerlichen Kreisen angehörten. Den außerordentlich zahlreich erschienenen Vertretern der Presse waren besondere Plätze reservirt. Der Einberufer **Herr Giesemann** dankte den Anwesenden für ihr zahlreiches Erscheinen, worauf als Vorsitzender **Rechtsanwalt Padewig**, außerdem die **Herren Voigt, Basse** und **Wetle** ins Bureau gewählt wurden. Referent war der freisinnige **Stadtverordnete Goldschmidt**. Er kritisierte eingehend den vorliegenden Gesetzentwurf, der, wenn er in der durch die Kommissionsberatungen verschärften Fassung angenommen würde, die Margarinefabrikation, in der mehr als 8000 Arbeiter beschäftigt wären, zu vernichten geeignet sei. Weiter kennzeichnete der Redner das Treiben der Agrarier, die nicht nur dem Margarinegesetz gegenüber, sondern auch bei zahlreichen anderen Gelegenheiten der letzten Jahre bewiesen hätten, daß sie nur ihren Vortheil zum Schaden der großen Masse des Volkes suchten, und wie die Gründe zurück, die von agrarischer Seite für die Nothwendigkeit einer Verschärfung des Margarinegesetzes geltend gemacht werden. Die gegenwärtigen gesetzlichen Vorschriften seien vollkommen ausreichend, um das Publikum davor zu schützen, daß ihm Margarine statt Butter verkauft werde. Natürlich würde man lieber gute Naturbutter essen, als Margarine; aber im Interesse derer, welche die hohen Butterpreise nicht bezahlen können, dürfe die Margarinefabrikation nicht erschwert werden. Durch die Margarine habe der Konsum der früher von den ärmeren Klassen vielfach gekauften minderwerthigen und zum Theil gesundheitsgefährlichen Speisefette bedeutend abgenommen. Die ärmeren Volksschichten würden gezwungen sein, wieder auf den Genuß dieser Fette, des amerikanischen Schmalzes und dergleichen zurückzugreifen, wenn die Margarine — wie es die Agrarier am liebsten sähen — ganz vom Marke verdrängt oder durch Fälschung den Leuten verfeilt würde. Wer früher amerikanisches Schmalz genossen hätte, könnte doch nicht jetzt Naturbutter kaufen. Die Agrarier wären gerade am wenigsten darauf bedacht, daß das Volk zahlungsfähiger wird. Angesichts der schlechten Lohnverhältnisse der Arbeiter sei es ein Glück, daß in der Margarine ein Ersatz für die Naturbutter gefunden worden sei. Der Redner trat ferner dafür ein, daß dieselbe scharfe Kontrolle, die für die Margarinefabrikation verlangt wird, auch auf die Herstellung der Naturbutter, wobei es nicht immer sehr sauber zugehe, ausgedehnt werden müsse, und plädierte für lebhafteste Agitation gegen den Margarine-Gesetzentwurf. Lebhafter Beifall wurde dem Redner zu Theil sowohl nach Schluß als auch während seines Vortrages, namentlich an den Stellen, wo er in scharfen Worten die Unerfahrenheit der Agrarier befechtete. Der Vorsitzende verlas hierauf einen Brief des **Seheinen Rathes Spinola**, worin sich dieser für eine Entschärfung der Margarinefabrikation ausspricht. Nunmehr nahm unser Genosse **Herbert**, der als Mitglied der Margarinekommission des Reichstages auf Einladung des Komitees erschienen war, das Wort. Er besprach die Kommissionsverhandlungen und erklärte, daß die Regierungsvorlage durch die Vorträge der Agrarier wesentlich verschlechtert sei. Die Regierungsvorlage hätten sich zwar gegen diese Vorträge geschützt, es sei aber zu befürchten, daß die verschlechterte Vorlage democh angenommen werde, denn angesichts der gegenwärtigen politischen Lage seien Regierung und Konservative so auf einander angewiesen, daß die Wünsche der letzteren wohl Aussicht auf Erfüllung hätten. Selbstverständlich sei zu wünschen, daß jedermann gute Naturbutter kaufen könne; da das aber unter den heutigen Verhältnissen vielen leider nicht möglich wäre, müsse im Interesse dieser die Entschärfung der Margarinefabrikation verbündert werden. Der Redner kann bestätigen, daß durch die Einführung der Margarine der Verbrauch schlechter Fette bedeutend zurückgegangen ist, ohne daß der Naturbutter dadurch Konkurrenz gemacht worden wäre. Unter lebhaftem Beifall geißelte der Redner das Vorgehen der Agrarier und meinte, es ließe sich, daß von **Mollereien** Margarine gekauft würde, um Naturbutter damit zu vermischn. Dagegen wurde von einem Herrn aus der Versammlung Widerspruch erhoben, der aber von mehreren Seiten mit der Bemerkung: „Ja wohl,“ das in doch wahr!“ unterdrückt wurde. **Herbert** erklärte sich für eine nicht schließliche Kontrolle der Margarinefabrikation, um Betrügereien zu ver-

hindern, und schloß mit der Bemerkung, daß auch die Arbeiter Protest erheben müßten gegen eine Verschlechterung der Margarine-Vorlage. **Herbert's** Ausführungen wurden ebenfalls lebhafter Beifall gezollt. Während der Vorträge dieser beiden Redner hantirten in einer Ecke des Saales sechs hübsche junge Mädchen in schwarzen Kleidern und sauberen schneeweißen Schürzen, die sorgfältig mit Kamm und Brenneisen bearbeiteten Köpfe mit weißen Häubchen geziert. Sie regten emsig die Hände, um hunderte von Bröthen mit Margarine zu bestreichen und Margarinekekse aufzuschneiden. Nachdem sie sich selbst an diesen Speisen gütlich gehalten, auch dem ihnen anscheinend von interessirter Seite gespendeten Bier zugesprochen hatten, boten sie in der Pause den Anwesenden diese Proben der Margarine-Industrie dar, damit sich, wie der Vorsitzende sagte, jeder, der noch ein Vorurtheil gegen die Margarine habe, von der Vortrefflichkeit derselben überzeugen könne. Nach Wiedereröffnung der Verhandlungen nahm der freisinnige Landtags-Abgeordnete **Desillateur Max Schulz** das Wort. Er zog gleichfalls, oft von härmlichem Beifall unterbrochen, sehr scharf gegen das Treiben der Agrarier zu Felde und wandte sich entschieden gegen die Kontrollmaßregeln bei der Herstellung und dem Verkauf von Margarine, weil hierdurch die schon so zahlreichen Beamten vermehrt würden, wofür das Volk die Kosten aufzubringen hätte. Das Verlangen nach Kontrolle sei gleichbedeutend mit dem Ruf nach Polizei. (**Stürmischer Beifall**.) Im weiteren pries der Redner die Vortrefflichkeit der Margarine in etwas gewogt hohen Tönen; z. B. soll sie zur Herstellung eines guten Schutts, Beefsteaks, Koteletts u. dergl. „unentbehrlich“ sein. Er wandte sich gegen die Vertheuerung dieses „Vollnahrungsmittels“ und wünschte, daß die Stimmung, die in der Versammlung herrschte, sich in die weitesten Kreise fortzupflanzen möge. Die Ausführungen des nächsten Redners, eines Herrn **Burghard**, der behauptete, daß im Gegensatz zu früher jetzt vielfach schlechte Fette wie amerikanisches Schmalz, **Pferdetalg** und dergl. zur Herstellung von Margarine benutzt würden, riefen großen Tumult hervor. **Scharfes Pfeifen** und **Rufe: Runter, runter!** wurden laut. Der Redner bemühte sich nachzuweisen, daß der Entwurf nur diesem unzulässigen Treiben bei der Fabrikation, sowie dem Betrage, der in Buttergeschäften theilweise mit Margarine betrieben werde, entgegenzutreten wolle; er wurde aber fortgesetzt in der schon geschilderten Weise unterbrochen, so daß es auch dem Vorsitzenden nicht möglich war, ihm Gehör zu verschaffen. Erst den Bemühungen des Herrn **Max Schulz**, der darauf hinwies, daß das Niederschreiben eines Gegendes „der guten Sache nur Schaden könne“, gelang es, die Ruhe wieder herzustellen. Der Redner ging dann auf technische Einzelheiten in der Margarinefabrikation ein, führte aus, daß der Entwurf das Interesse des realen Geschäfts wahre und trat der hier getriebenen Agitation entgegen, wofür ihm ironischer Beifall zu Theil wurde. Nachdem der Landtags-Abgeordnete **Moör** und ein Herr **Heiland** gegen den Entwurf gesprochen hatten, trat **Redakteur Wegner** vom Standpunkte des Konsumenten für denselben ein und meinte unter anderem, den hier angeführten 8000 Arbeitern der Margarinefabrikation ständen auf der anderen Seite 9 Millionen Bauern gegenüber, die bei der Herstellung der Naturbutter interessiert seien. Der freisinnige Redner **Dr. Bernstein** betonte, daß es hier nur darauf ankomme, Freiheit für die Fabrikation und den Verkauf eines Nahrungsmittels zu fordern, das nun einmal in den Kreisen der Konsumenten eingeführt wäre und von dem erwiesen sei, daß es der Volksgesundheit, die übrigens den Agrariern nicht so sehr am Dergen liege, nicht schade. Nachdem der bekannte Gastwirth **Theodor Müller** die Vortrefflichkeit der Margarine gepriesen, die er, soweit es angehe, in seiner Wirtschaft beim Kochen und Braten verwende, und die in vielen Fällen selbst von Sachkennern nicht von Naturbutter unterschieden werden könnte, erhielt Herr **Goldschmidt** das Schlusswort, worin er die Behauptungen der Herren **Burghard** und **Wegner** widerlegte und den Vorwurf zurückwies, daß diese Versammlung im geschäftlichen Interesse veranstaltet sei. Das Komitee bestche aus ehrenwerthen Berliner Bürgern und nur das Interesse der Bürgerschaft wäre bei dieser Agitation maßgebend gewesen. Das Komitee hätte die Fabrikanten erucht, Proben von Margarine zur Verfügung zu stellen, damit sich jeder auf Grund des eigenen Geschmacks ein Urtheil über dieselbe bilden könne. Er empfahl schließlich eine Resolution, in der unter ausführlicher Begründung der Reichstag erucht wird, „dem Gesetzentwurf, der schon in der Regierungsvorlage viel zu weit geht, in der ihm von der Kommission gegebenen Fassung aber absolut unannehmbar ist, seine Zustimmung zu verweigern.“ Mit einstimmiger Annahme dieser Resolution endete die Versammlung, die bis zum Schluß — gegen 1/2 Uhr — fast vollständig bejammert geblieben war.

Der **Verein der graphischen Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands** (Zentrale Berlin) hielt am 6. Februar im Englischen Garten eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung für die Anhänger der Arbeitslosen-Unterstützung ab. In der vorangegangenen Urabstimmung hatten sich 396 Mitglieder für die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung und 197 dagegen erklärt. Der von der Kommission ausgearbeitete Entwurf eines Statuts für den neuen Unterstützungsweiz wurde nun eingehend beraten und dann in allen Theilen angenommen. Danach ist der wöchentliche Beitrag auf 15 Pf. und die wöchentliche Unterstützung auf 6 M. bemessen. Mitglieder der Kaffe kann nur werden, wer dem Verein angehört und Mitglied der hiesigen Zahlstelle ist. Innerhalb 26 Wochen kann 6 Wochen lang Unterstützung bezogen werden. Die Kontrolle der Kaffe liegt einer Kommission ob, welche vierteljährlich Bericht zu erstatten hat. In dieselbe wurden gewählt **Heffeld, Schöple, Knig, Wenlop** und **Gaudig**. Das Statut tritt am 1. April in Kraft.

Mit dem Vorgehen der Konfektions-Arbeiter und Arbeiterinnen erklärte sich die Versammlung einverstanden und versprach die Bewegung in jeder Weise zu unterstützen.

Hierauf schilderte **Sillier** die eigenthümliche Agitation der Margarine-Interessenten. In der **Holbdruckerei** von **Adolf Engel** seien von dem Theilhaber dieser Firma, **Herrn Alfred Wulz**, für den Margarinefabrikanten **Giesmann** Zirkulare an die Arbeiter vertheilt worden, worin aufgefordert gewesen sei, die am 6. Februar noch Keller in der **Kappentrasse** einberufene Protestversammlung gegen die Besteuerung der Margarine zu besuchen. Jedem Arbeiter seien hierfür 3 Glas Bier, freie **Pferdebahnfahrt** und 2 Margarine-Stücken zugesichert worden. Dasselbe Manöver sei in etwa 12 Fabriken gemacht worden. **Redner** protestirt aufs entschiedenste gegen diese Machinationen. Wenn es auch möglich sei, Front zu machen gegen die Gesetze der Agrarier, die bei ihrem Trachten, sich auf Kosten anderer die Taschen zu füllen, nicht zurückzudenken, die nothwendigsten Lebensmittel des arbeitenden Volkes zu vertheuern, so hätten doch die Arbeiter keine Ursache, zu gunsten einiger industrieller Kapitalisten sich zu derartigen Manipulationen gebrauchen zu lassen. Von den

Sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag sei in sehr treffender Weise gegen die Liebesgabe an die Agrarier Stellung genommen, die dem Protest wüchsen sich die Arbeiter anschließen, aber nicht die unläutere Agitation unterstützen, wie sie von den Margarine-Fabrikanten inszeniert wird.

Eine außerordentlich stark besuchte Versammlung der Maier und verw. Berufsgenossen, die von der Lohnkommission Berlin und sämtlicher Vororte einberufen war, tagte am 5. Februar in Cohn's Festsaal, um den Bericht der Kommission über die bisherigen Verhandlungen mit den Meistern entgegenzunehmen. Link theilte folgendes mit: Am 4. Januar habe die erste Verhandlung mit der zu diesem Zwecke gewählten Lohnkommission der Berliner Malerinnung stattgefunden. Ein positives Resultat sei aber noch nicht erreicht, da die Kommission der Innung gegen die Gehilfenforderungen alle möglichen Einwendungen gemacht und besonders die Forderung des Minimallohnes bekämpft habe, mit der Begründung, durch die Bewilligung dieser Forderung würde die Streikfreiheit der Gehilfen unterbunden werden. Trotzdem ein Unterschied zwischen Malern und Anstreichern in den Arbeitsverhältnissen fast garnicht mehr vorhanden sei, hätten die Meister mit den Anstreichern nichts zu thun haben wollen und seien erst dann in die Verhandlungen eingetreten, als sie sich überzeugt hatten, daß die Gehilfen-Lohnkommission nur aus Malern zusammengesetzt ist. Wenn auch erfreulicherweise in der Kommission der Innung die größten Firmen vertreten wären, so könne leider doch nur von Herrn Sobotta gesagt werden, daß er den Forderungen gegenüber Entgegenkommen gezeigt habe. Der Obermeister der Rixdorfer Malerinnung habe die Einladung zu einer Verhandlung mit der Lohnkommission abgelehnt, da ihm die Forderungen zu hoch erschienen. Die Charlottenburger Malerinnung habe sich ebenfalls geweigert, in Verhandlungen einzutreten und das Schreiben der Kommission in ironischer Weise beantwortet.

In der Diskussion über Link's Bericht, woran sich Wentler, Busch, Wengel, Hejerau, Nicolai und andere Redner beteiligten, wurde das Verhalten der Meister einer scharfen Kritik unterzogen. Allgemein kam die Meinung zum Ausdruck, daß die Innung die Verhandlungen verzögern wolle, um die Bewegung zu verschleppen. Abgeschlossen seien auch von den Meistern verschiedene Gerüchte unter den Gehilfen verbreitet zu werden, um die Bewegung einzuschüpfen. Von einigen Rednern wurde den Rixdorfer Kollegen der Vorwurf gemacht, daß sie eigenmächtig, ohne Hinzuziehung der Lohnkommission, Versammlungen einberufen hätten und mit den Meistern in Verhandlungen eingetreten seien. Hejerau erklärte jedoch, daß man damit die Kommission in ihren Arbeiten nur untergraben wolle und auch die Verhältnisse in Rixdorf — das Verhalten der Behörden — das abweichende Verfahren notwendig gemacht hätten. Link theilte dann mit, daß die Kollegen vor Maßregelungen keine Furcht zu haben brauchten, da der Lohnkommission die notwendige Unterstützung bereits zugesagt worden sei. Hierauf wurde folgende Resolution mit dem Zusatzantrag von Wentler, der besagt, daß wenn innerhalb acht Tagen eine Verhandlung mit den Meistern nicht stattfindet, die Verhandlungen mit denselben abbrechen und eine öffentliche Versammlung einberufen werden soll, angenommen:

„Die heute in Cohn's Festsaal tagende öffentliche Versammlung der Maler und verwandter Berufsgenossen erklärt sich mit dem Verhalten der Lohnkommission bezüglich der Verhandlungen mit der Meisterkommission einverstanden. In Erwägung, daß die wirtschaftliche Lage der im Malergewerbe beschäftigten Personen eine tieferliegende ist, dieselbe aber nur durch die Variation der Lohnskala hat playgreifen können, geht aber in ein Stadium getreten ist, daß jeder Beschreibung spottet; in weiterer Erwägung, daß sich im nächsten Frühjahr eine gute Konjunktur ergeben wird, wie sie schon seit Jahren nicht mehr da war, und von der ferneren Erwägung ausgehend, daß die Lage nur dann gehoben werden kann, wenn ein einheitlicher Lohnsatz für alle im Malergewerbe beschäftigten Personen, nach unten gezogen, beschließt die Versammlung, den von der Lohnkommission aufgearbeiteten Lohnsatz, unter allen Umständen, namentlich aber die Forderung des Minimallohnes und der neunstündigen Arbeitszeit mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln zur Durchführung zu bringen. Die Versammelten erklären zunächst, für die Sammlungen zum Streiffonds energischer

als bisher einzutreten. Ferner erklären die Versammelten, soweit dies noch nicht geschehen ist, der hier am Ort bestehenden Vereinigung der deutschen Maler u. s. w. beizutreten, da nur in der Stärke der Organisation die Macht liegt.“

Die von der Malerinnung an die Malergehilfen ergangene Einladung zur Teilnahme an dem 50jährigen Jubiläum der Innung, wozu den Gehilfen fünf Einlaß- und Tischkarten zur Verfügung gestellt werden sollten, fand durch Annahme der nachstehenden Resolution, die der Innung zur Kenntnis gegeben werden soll, ihre Erledigung: „Die Versammlung beschließt, der von der Berliner Malerinnung ergangenen Einladung zum 50jährigen Jubiläum zu nicht stattzugeben. Sie weist vielmehr eine derartige Einladung auf das entschiedenste zurück, da die gesammelten Innungen der modernen Arbeiterbewegung stets hindernd in den Weg treten, und die Berliner Maler es unter ihrer Würde halten, eine Deputation zu wählen, die an einem derartigen Fest teilnimmt, ganz abgesehen davon, daß dies Fest in einem Lokale („Konfordia“) stattfindet, das den Arbeitern nicht zur Verfügung steht.“

Hierauf gab Link bekannt, daß die Arbeiter der Firma Wehling die Arbeit niedergelegt haben, diese Angelegenheit aber als erledigt zu betrachten ist, da die meisten Stellen bereits wieder besetzt waren, bevor die Lohnkommission benachrichtigt wurde. Dies war aber nur dadurch möglich, daß die Kommission von der Arbeitsniederlegung zu spät Kenntnis erhalten hatte. Redner ersucht, in Zukunft solche Versammlungen zu vermeiden. Hejerau kritisierte das Verhalten der Rixdorfer Polizei und ersuchte den überwachenden Beamten, zu protokollieren, daß er fälschlich in einer Filialversammlung der überwachende Beamte betrunken war. Hierauf wurde Link zum Delegierten für die Gewerkschaftskommission gewählt. Bisher waren die Maler in dieser nicht vertreten. Mit einem draufenden Hoch auf die Malerbewegung wurde dann die imposante Versammlung geschlossen.

In der Vergolder-Versammlung am Donnerstag wurde über die Arbeitsniederlegung der Versilberer der Fabrik von Scholz, Lottumstraße, verhandelt. Dieser Streik hat darin seine Ursache, daß Herr Scholz, der seit dem letzten Generalstreik für die billige Arbeit schon Mädchen beschäftigt, noch vier Lehrlingmädchen eingestellt hat und daß er das Verlangen der Versilberer ablehnte, diese Mädchen wieder zu entlassen. Zwei Angehörige der Firma, Herr Böhm und Herr Pohnanski, suchten das Verhalten ihres Chefs zu rechtfertigen, die Versammlung nahm aber einstimmig eine Resolution an, worin der Streik für berechtigt erklärt und die Agitations-Kommission beauftragt wird, für die nötige Unterstützung der Ausständigen zu sorgen. Nach heftiger Debatte wurde weiter beschlossen, daß die übrigen bei der Firma Scholz beschäftigten Arbeiter, wie Farbdigtmacher und Firnisler, sich mit den Versilberern solidarisch zu erklären und ebenfalls die Arbeit niederzulegen hätten. Der zweite Punkt der Tagesordnung, der die Zwischenmeister betraf, wurde wegen vorgerückter Zeit bis zur nächsten Versammlung vertagt. In Beziehung auf die Bewegung im Konfektionsgewerbe sagte die Versammlung einstimmig eine Resolution, worin sie den beteiligten Schneidern und Schneiderinnen z. ihre vollste und wirksamste Sympathie ausdrückt und sich verpflichtet, sie nach Möglichkeit thätkräftig zu unterstützen.

Die Rohrleger und Gehilfen tagten am Mittwoch Abend bei Volk, Alte Jakobstraße. Die Versammlung war sehr schwach besucht. Reichstags-Abgeordneter Bueß aus Mülhausen hielt einen Vortrag, worin er ausführte, daß die allgemeine wirtschaftliche Nothlage durch die einzelnen Gewerkschaften nicht beseitigt, sondern nur zeitweise gemildert werden könne. Den Weg zur allgemeinen Beseitigung der Nothlage zeige die Sozialdemokratie; er besetze in der Eroberung der politischen Macht und diese werde errungen durch allgemeine Volksaufklärung, eingehendes Studium der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse und umfassende Organisation des arbeitenden Volkes. In diesem Werke müsse jeder einzelne mitarbeiten. (Beifall.) In der Diskussion forderte Karpenkiel auf, gegen zu agitieren, damit die günstigere Konjunktur nicht ganz ungenützt vorübergehe. Ficus, Lollsdorf u. a. äußerten sich in ähnlichem Sinne. Beim Punkt „Verschiedenes“ wurde der ausliegende Fragebogen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Rohrleger diskutiert und den Kollegen dringend zur Ausfüllung

empfohlen. Allgemein vertrat man die Ansicht, daß in diesem Jahre von einer Lohnbewegung Abstand genommen werden müsse, da die Organisation noch zu schwach sei. Die Versammelten wurden noch aufgefordert, zahlreich in der am 22. März stattfindenden öffentlichen Versammlung zu erscheinen, wo über das Thema gesprochen werden soll: Der Wauschwindel in Berlin und die Sicherstellung des Lohnes der Bauarbeiter.

Der Streik der Tagelöhner-Troschkenkutscher fand seinen offiziellen Abschluß in der öffentlichen Versammlung der Troschkenkutscher, die am 6. d. M. bei Jubel tagte. Die Streikkommission legte dort die Abrechnung vor. Diese wies eine Einnahme von 860,35 M. auf, welcher eine Ausgabe von 668,01 M. (darunter 512,75 M. für Unterstüfung) gegenüber stand, so daß ein Ueberschuß in Höhe von 222,34 M. bleibt. Der Ueberschuß soll den Grundstock für einen gewerkschaftlichen Fonds bilden. Auf Antrag der Redner wurde die Streikkommission einstimmig entlassen. Die Versammlung hörte dann ein Referat des Reichstagsabg. Zubeil über die Frage, welche Schritte zu unternehmen seien, um die Lage der Troschkenkutscher zu verbessern. Redner führte die Nothwendigkeit einer Kampfes-Organisation vor Augen und empfahl sehr dringend, den bestehenden Verein Berliner Troschkenkutscher gründlich zu reorganisieren, Vertrauensleute zu wählen und durch regelmäßige Sammlungen einen Kampffonds zu schaffen. Ein „Schlafmützen-Verein“ könne den Kutschern nichts nützen. In der Diskussion wurde dem Referenten von Vereinsmitgliedern sehr energisch entgegengetreten, wobei es zu lebhaften Auseinandersetzungen kam. Die Versammlung wählte dann an Stelle von Prüß das Mitglied Hermann Schulz in die Gewerkschaftskommission. Dringend empfohlen wurde die Wahl von Vertrauensleuten auf den Jahreshöfen, die die Sammlungen zum Streiffonds energisch in die Hand nehmen sollen.

Der Fachverein der Tapezierer hielt am 28. Januar seine Generalversammlung ab. Der Besuch war gut. Genosse Litfin sprach über Florian Geyer. Nach der Diskussion über den interessanten Vortrag gab der Kassierer seinen Bericht; danach ist ein Kassenbestand von 73 M. zu verzeichnen. Mit Bedauern nahm die Versammlung Kenntnis davon, daß wegen eines früheren Mitglieds namens Frommler 50 M. Rechtsanwaltskosten zu bezahlen sind und es dieser Kollege nicht mehr der Mühe werth hält, sich im Verein sehen zu lassen. Der Kassierer stellte dann fest, daß im letzten Quartal 36 Kollegen und im Monat Januar beinahe ebenso viele sich als neue Mitglieder aufnehmen ließen. Beschlossen wurde 1. Karten zu verkaufen und den Erlös daraus für bessere Ausstattung der „Tapezierer-Zeitung“ zu verwenden; 2. am 1. Osterfeiertag ein Vergnügen bei Brodnow, Sebastianstraße 39, abzuhalten. Die nächste Versammlung wird einen großen Dekorationsvortrag bieten.

Pankow. Der Arbeiterverein für Pankow und Umgebung hielt am 22. Januar seine Hauptversammlung ab. Nach dem Bericht des Vorstandes zählt der Verein 164 Mitglieder, von denen aber leider 94 schon seit langer Zeit mit ihren Beiträgen restieren, so daß der Vorstand sich genöthigt sehen wird, diese Mitglieder zu streichen und abzumelden. Unter solchen Umständen sind denn auch die Verhältnisse der Kasse nicht so gut, wie sie sein könnten; die Kasse hatte nach dem Bericht des Kassierers im verfloffenen Halbjahr nur eine Einnahme von 119,05 M., die Ausgaben betragen 67,90 M., es blieb also ein Bestand von 51,15 M. In der Besprechung der Angelegenheit wurde von mehreren Rednern bedauernd hervorgehoben, daß es im letzten Halbjahr sehr an der nötigen Mäßigkeit gefehlt hat. Die vom Verein eingerichteten Lese-Abende sind so schwach besucht gewesen, daß sie zu Stat-Abenden herabsanken. Ein ebenso trauriges Bild bot der Bericht des Bibliothekars. Der Bücherwechsel an den Lese-Abenden war sehr wenig rege. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Aus der Wahl des Vorstandes und der Vereinsbeamten gingen hervor Krause als erster und Hirschmeyer als zweiter Vorsitzender, Braun als Schriftführer, Matbauer als Kassierer; als nicht zum Vorstand gehörend die Genossen: Heinrich Hoffmann, Hilfskassierer, Wilz, Bibliothekar, Orzffel, Hilfsbibliothekar, Lufas, Kummert und Schodel, Redner. Der Lese-Abend wurde auf jeden Dienstag nach dem 1. und 15. jeden Monats verlegt. Der Gemeindevorsteher Genosse Bilz theilte noch mit, daß er ausgefloßt ist.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung

Theater.

Sonnabend, 8. Februar.
Opernhaus. Der Evangelmann.
Phantasten im Bremer Rathskeller.
Schauspielhaus. Die Kranke Zeit.
Deutsches Theater. Die Mütter.
Festung-Theater. Comtesse Guderl.
Berliner Theater. König Heinrich.
Neues Theater. Der Herr Direktor.
Residenz-Theater. Hotel zum Freihasen.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der Hungerleider.
Theater Unter den Linden. Die schöne Helena.
Schiller-Theater. Romeo und Julia.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Lante.
Central-Theater. Eine tolle Nacht.
Belle-Alliance-Theater. Böse Buben.
Alexanderplatz-Theater. Pitts.
Hierauf: Die kleinen Lämmer.
National-Theater. Contradin, der letzte Hohenstaufe.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Raufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.
Große Frankfurterstraße 132.
Direktion: Max Samst.
Volks-Vorstellung
zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Gastspiel des Herrn Hans Proger vom Stadttheater zu Mainz.
Konradin, der letzte Hohenstaufe.
Tragödie in 5 Akten
von Moriz Gutmann.
Regie: Fritz Schäfer.
Nachm. 4 Uhr: Häusel und Gretel.
Morgen: Die Waive von Lowood.
Nachm. 3 Uhr: Der Freischütz.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)
Sonnabend, abends 8 Uhr: Romeo und Julia.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Der Widerspenstigen Zähmung. Abends 8 Uhr: Onkel Bräsig.

Adolph Ernst-Theater.

Auf vielseitiges Verlangen:
Neu einstudiert:
Charley's Lante.
Schwank in 3 Akten von Thomas Branden. Repertoirestück des Globe-Theaters in London. In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Vorher: Die Bajazzi.
Parodistische Posse mit Gesang u. Tanz in 1 Akt von E. d. Jacobson und Benno Jacobson. Musik von F. Roth.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Derselbe Vorstellung.

Walhalla-Theater

Oranienstr. 52 (Dicht am Moritzplatz).
Eine Stunde im
Zukunftsstaat.
Vorher:
Kneipp in Berlin.
Lezte Aufführung im Walhalla-Theater am 9. Februar. — Die angegebenen Vorzugsbillets haben nur noch bis zu diesem Tage Gültigkeit.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
Entrée 30 Pf.

Apollo-Theater

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Die tolle Nacht.
Komische Pantomime, dargestellt von der berühmten
Phoites-Troupe.
Auftreten von
Eugenie Fougère
und 30 Kunstkräften 1. Ranges.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Alexanderplatz-Theater.

Anfang 8 Uhr: Zum 111. Male:
Nur noch 20 Aufführungen
Die kleinen Lämmer.
Vaudeville in 2 Akten von E. Barney.
Vorher: Pitts.
Operette in 1 Akt. Text von Fritz Otto.
Musik von Hans Loewensfeld.

Central-Theater.

Alte Jakobstr. 30.
Zum 155. Male:
Eine tolle Nacht.
Große Posse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund und Wilh. Mannsdät.
Musik von Julius Einödshofer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Derselbe Vorstellung.

Passage-Panopticum.

Täglich um 5 1/2 und 8 Uhr:
Affentheater und Circus.
30 Affen,
30 Hunde,
12 Pferde,
Esel, Ziegen,
Schweine, Hasen

Urania

Anstalt für volksthümliche Naturkunde.
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5-10 Uhr.
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
Näheres als Anschlagzettel.
Grünau. G. Lindenhayn, Gastwirth, hält seine Lokalitäten best. empfohlen.

Belle-Alliance-Theater.

Belle-Alliancestraße 7/8.
Morgen, Sonntag, den 9. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Ein Volksfeind.
Von Henrik Ibsen.
Beginn der Verlosung 2 1/2 Uhr. 285/5

Keller's Festsäle

Koppen-Strasse 29.
Nächsten Dienstag, den 11. Februar 1896, abends 8 1/2 Uhr:
6. Abonnements-Konzert
der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker.
Orchester: 50 vorzügl. Musiker. Dirigent: G. Grass.
In anbetragt des hohen Kunstgenusses, welcher hier dem Unbemittelten geboten wird, da wir nur Schöpfungen unserer größten Tonmeister wie im „Konzerthaus“ und der „Pöhlharmonie“ zu Gehör bringen, sehen wir einer möglichst noch zahlreicheren Theilnahme als früher entgegen, was uns zu reger Thätigkeit auf dem betreuten Weg anspornen und in die Lage versetzen wird, immer Vollkommeneres zu bieten, was dem Arbeiter Gelegenheit zur Bildung seines Kunstverständnisses auf musikalischem Gebiet bedeuten sollte.
Das Abonnement beträgt für alle 5 Konzerte (6-10) 1 M., und kann das Billet beliebig als Familienbillet bis 5 Personen benutzt werden. Die alten Abonnementsbillets von früher behalten Gültigkeit und sind in allen mit Plakaten belegten Geschäften, sowie an der Abendkasse zu haben. 68/11
Einzelkonzerte 25 Pf. pro Person, und sind derartige Billets, beliebig zu einem Konzert verwendbar, im Vorverkauf und an der Abendkasse zu haben.
Programme à 5 Pf. an der Abendkasse. Schluß des Konzerts 11 1/2 Uhr.
Nach den Konzerten:
Familien-Kränzchen.
(Herrn 30 Pf. Nachzahlung.)

Das
Löwen-Weib.
Allerseelen.
!! Der Eden-Garten !!
Marionetten
Castan's Panopticum.

H. Scheip's Bierlokal,
Marlinstr. 11, nahe d. Blumenstr.
Weiß- und Bairisch-Bierlokal. Verlehrslokal aller Sachen. Gemüthliches Beisammensein des Sonnabends und Sonntags. 48012*
Paster's Festsäle
Neue Königstr. 7.
Mein Saal mit Nebenräumen noch einige Sonnabende zu vergeben. [4269L*]

Concerthaus Sanssouci

Kottbuserstraße 4a.
Heute, sowie
Jeden Sonntag u. Donnerstag:



Stettiner Sängerknaben

(Meysel, Pietro, Brittan, Steidl, Krone, Böhl und Schrader)

Anfang 7 Uhr. — Entree 50 Pf.
Heute:
Wundervolles Sonntags-Programm.
Morgen, Montag: Soirée in d. Victoria-Brauerei.
Anfang 8 Uhr. — Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.
Elite-Programm!
Dienstag: Böhmisches Brauhaus.
Mittwoch: Meißner Stadt-Theater.

Kaiser-Panorama

(Passage).
Diese Woche: Zum ersten Male: Frankreich. Reise von Havre bis Treport. Eine Reise 20 Pf., Kinder nur 10 Pf. Laufende Abonnenten.

Feen-Palast

Burgstrasse 22.
Direktion: Winkler & Fröbel.
Das tolleste Februar-Programm! Für Berlin
durchweg neue Spezialitäten!
Mss. Martha. Mr. Frankloff.
Mr. Arvo. Gehr. Francs. Familie Schenk. Lotti Romanowitsch. Harlow Trio. Rembrand u. Cläri. Marvell-Truppe. Robin u. Berat. Kolter Talaschuss, 5 Personen auf dem Thurmseil. Ein 3 und 6 jähriges Mädchen als Thurmseilkäufer.
Die tolle Jugend.
Urkommische Pantomime von der Gesellschaft Theo.
Anfang { Sonntags 8 Uhr.
Wochentags 7 1/2 Uhr.
Entree 30 Pf.

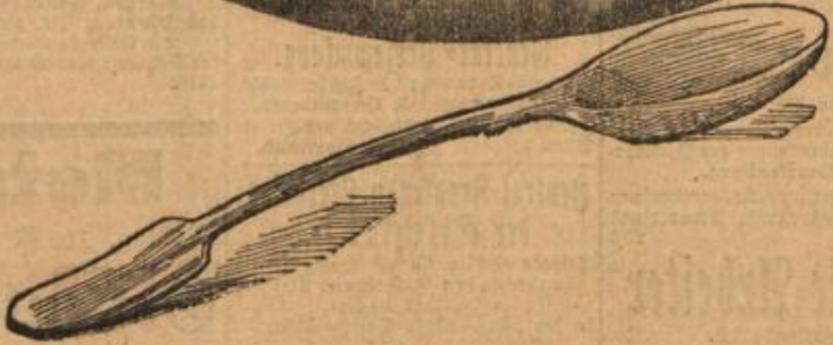
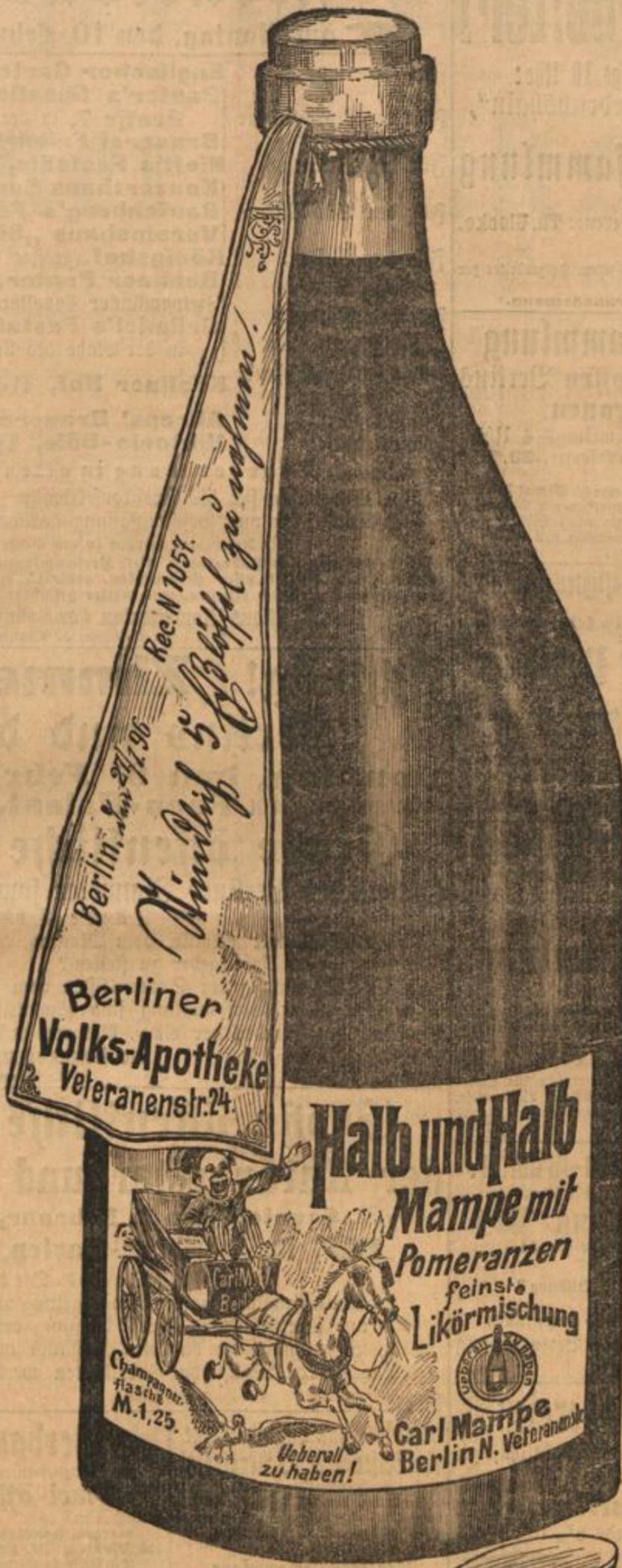
Alcazar.

Variété- u. Spezialitäten-Theater.
Dresdenerstr. 52/53, Annenstr. 42/43 (City-Passage).
Täglich:
Grosse Vorstellung.
Vollständig neues Programm.
Signorina Call. Alfredo Resse. Lotte Siger. Käthechen Möller.
Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ref. 50 Pf.
R. Winkler.

Der geheimnisvolle Fremde!
Der Niesenbrustkastenmenschen hat **Aufsehen** gemacht!

Kaufmann's Variété-Theater
Königsplatz, Colonaden.
Geradezu Sensation hat der beste aller Humoristen **Gentes** gemacht!!
Theowin's Schönheits-Galerie.
Das neue lustige Programm im Zoologischen Garten eine Pantomime wie sie sein soll.

Neuer Circus.
Circus Busch (Bahnhof Börse).
Sonabend, den 8. Februar:
Abends 7 1/2 Uhr:
Elite-Gala-Vorstellung.
Eschens, das Waldmädchen.
Elektrisches Ballet.
Außerdem:
Ein equestr. Arrangement von 100 Hengsten,
dressirt und vorgeführt v. Dir. Busch.
Elite-Dressurnummer d. Circus Busch. Thatsächlich 100 Hengste in der Manege.
Frau Dir. Busch als Schutzeiterin a. Thucydides, irakischer Hengst, von Zebauer a. d. Thudneide. **Conversano II**, echt Lipizaner Schimmelhengst, dress. u. ger. v. Hen. Footitt-Burghardt.
Die unvergleichliche Brautseil-Lustspielin Wme. Maria Doré.
Auftreten der beliebtesten Clowns.
Sonntag: 2 Vorstellungen. Nachm. 4 Uhr (ermässigte Preise) und 1 Kind unter 10 Jahren frei: Ein Winternachts-traum. Abends 7 1/2 Uhr: **Eschens.**



Zentr.-Kranken- u. Begräbnis-lafed. Sattlern. Berufsög.
Deutschlands „Hoffnung“, E. V. 61.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied, der Sattler
August Prillwitz
am 4. Februar verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 9. Februar, nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhause Urban aus nach dem Heiligen Kreuz-Kirchhof statt.
Um rege Beteiligung ersucht
160/3 Die Ortsverwaltung.

Holzarbeiter-Verband Rixdorf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriges, treues Mitglied, der Tischler
Otto Jäger
an der Proletarier-Krankheit ver-schieden ist.
Die Beerdigung findet Sonntag Nach-mittag 3 1/2 Uhr vom Trauerhause, Richardstr. 45, aus statt.
Sammelpunkt bei F r i e, Richard-strasse 48. 81/6
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Allen Genossen und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Mann und Vater, der Maurer
Gottlieb Baad
am 6. d. M. der Proletarierkrankheit erlegen ist. — Die Beerdigung findet Sonntag Nachm. 3 Uhr von Brunnen-strasse 99 aus nach dem Elisabethkirch-hof statt. 2582b

Dankagung.
Für die Beweise herzlicher Theil-nahme und die Krankspenden am Grabe un-seres lieben Sohnes
Julius Scherwitz
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere der Firma Schulte, Brandhold u. Co. unsern tief-gefühlten Dank. 2580b
Die trauernde Familie Scherwitz.

Musikunterricht-Konservat. Voedhitz. 5.
Unbemittelten Kindern Musikunter-richt. Off. „Musik“ Postamt Dresdenertstr.

Möbel u. Polsterwaren, reelle Waare empf.
Franz Tutzauer,
Tischlermeister, 130818*
Berlin SW., Gläcker-Strasse 14.
Neue Sofen, Heberzischer
billig zu verkaufen *M
Pfaudische Stallherstr. 13.

Jede Uhr
repariren u. reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur 1 M. 50 Pf. anher Bruch, keine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regula-toren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Brillen und Binocens.
Carl Lux, Uhrmacher,
35, Chaussee-Strasse 35.

Herren-Hüte 65 Pf.
mit unbedeutenden Fehlern.
Bessere Hüte, enorm billig, verkauft das Fabrik-Komptoir
Barnimstr. 4,
Müllerstr. 12c.

Alte Stiefeln, answ. Bestellung, u. billig Dresdenertstr. 49, Rungt.

Achtung! Kein Laden.
Kontroll-Schuhmarke.
Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabal 2 Pfd. 80 Pfg. 4261 L*
J. F. Dinslage,
Kottbuserstr. 4, Hof part.

Reell und billig
kauft man in der Norddeutschen Schuh-fabrik von W. Hirschke, gegründet 1872,
Staligerstr. 13, Ecke Admiralstraße, am Kottbuser Thor. 42702*

Arbeitsmarkt.
Eine geübte Eichenheft-Metherein und geübte Kartonarbeiterinnen werden sofort verlangt. **Georg Heise,** 2555b Kartonfabrik, Hoffstr. 7.
Kurbelstepperin, geübte, verlangt **Siebke,** Grüner Weg 19. 2574b
Leistungsrundirer verlangt Gold-leistungsabrik Dresdenertstr. 97. 2585b
Tücht. Farbdigtmacher gesucht nach außerhalb. Zu melden Sonntag Morgen von 9-11 Uhr Restaurant Karl Gäh, Köpnicerstr. 73. 2587b
*Tücht. Verfilberer verl. Admiralstr. 7.

Bildhauer Berlins!

Das große Interesse, welches wir an der Holzarbeiterbewegung haben, da wir euent. in Mitleidenschaft gezogen werden, erfordert es, daß wir Stellung dazu nehmen. Erscheint also alle in der Versammlung am 12. Februar bei J. G. Meyer, Andreasstr. 21. Näheres siehe Inserat in nächster Woche.
222 J. G. Meyer, Strelitzerstr. 28.

Achtung, Holzarbeiter!

Sonntag, den 9. Februar, vormittags 10 Uhr:
im Saale der Brauerei „Friedrichshain“,
am Königsthor:

Große öffentliche Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Unsere Lohnbewegung. Referent: Th. Glocke.
2. Diskussion.

Kollegen, die wichtige Tagesordnung macht es jedem Holzarbeiter zur Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen.
51/4 Der Vertrauensmann.

Große öffentliche Versammlung der Steinseher u. Berufsgenossen Berlins und Umgebung mit Frauen

am Sonntag, den 9. Februar, Nachmittags 4 Uhr,
bei Buske (früher Seefeldt), Grenadierstr. 33.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Dr. Friedberg über eine im Monat Februar zu veranstaltende Statistik über die Lebenshaltung der Bauarbeiter.
 2. Diskussion.
 3. Die Lohnbewegung der Konfektionsarbeiter u. Arbeiterinnen.
 4. Verschiedenes.
- Nach der Versammlung: Gemüthliches Beisammensein und Tanz.
Keine Tellerfammlung! Tanz frei! 174/3

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 9. Februar, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Bergner, Annenstraße 16:

Branchen-Versammlung der Rohrleger und Gehilfen.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen A. Hoffmann über: Glaube und Vernunft. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Zur Beachtung! Wir sind gezwungen, die Versammlung pünktlich zu eröffnen, es ist daher Pflicht jedes einzelnen, rechtzeitig zu erscheinen.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand. 122/1

Achtung! Metallarbeiter Charlottenburgs!

Sonntag, den 9. Februar, vormittags 10¹/₂ Uhr,
im Lokale „Bismarckshöhe“, Bismarcksdorferstraße 39:

Große öffentliche Metallarbeiter-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Der gegenwärtige Stand der Metallindustrie und die Organisation der Metallarbeiter. Referent: Kollege H. Rohrlack-Berlin.
Das Erscheinen aller Metallarbeiter ist unbedingt nötig.

Die Kollegen der Firmen: E. Ubrig & Co., Ludwig Löwe & Co., Siemens & Halske, Freund & Co., Döring & Rüder, Anhaltische Maschinenfabrik, Vörsig, David Grove, sowie die Feilenhauer von Schaaf, Neuenwiese, Schaaf, Salzger und Henkels, Charlottenburger Ufer, werden ganz besonders gebeten, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. 120/9

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Montag, den 10. Februar 1896, abends 8¹/₂ Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Lokale des Herrn Helfer, Oranienstraße Nr. 51.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Dr. Pinn über: Was ist Bildung?
2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.

Um zahlreiches Besuch bittet Der Vorstand.
Die Kollegen werden ersucht, in der Versammlung mit den Weihnachtsfest-Billets abzurechnen. 148/12

Verband der in Buchbindereien, der Papier- u. Ledergalanteriewaaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Branchen-Versammlungen

am Montag, den 10. Februar, abends 8¹/₂ Uhr.

1. Buchbinder

in Holz' Eßsälen, Alte Jakobstraße Nr. 75.

Tagesordnung: 1. Tätigkeitsbericht des Vertrauensmannes. 2. Neuwahl der Vertrauenspersonen. 3. Mißstände und Ueberschreitungen der Gewerbeordnung im Buchbindergewerbe. Referent: Frau Greifenberg.

Zu dieser Versammlung sind besonders die Kollegen und Kolleginnen von Baumbach u. Co., Alexandrinenstraße, G. Schmidt, Lindenstraße, Maurer und Dimmid, Elisabeth-Ufer, eingeladen. 25/3

2. Leder- und Galanterie-Arbeiter

im Lokale des Herrn Bergner, Annenstraße 16.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Wahl eines Vertrauensmannes. 3. Verschiedenes.

3. Kartonarbeiter und Arbeiterinnen

im Lokale des Herrn Wilke, Andreasstraße 26.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen A. Hoffmann über: Glaube und Vernunft. 2. Wahl eines Vertrauensmannes. 3. Gewerkschaftliches. Um recht regen Besuch bittet Der Vorstand.

14 große öffentliche Versammlungen

der Mäntelnäherinnen, Bügler, Zuschneider, Stepper, Stepperinnen, Kinderkonfektions-Näherinnen, Herrenkonfektions-Schneider und Näherinnen, sowie Schneider und Näherinnen aller Branchen der

Konfektions-Industrie

am Montag, den 10. Februar, abends 8 Uhr.

- Für Centrum: Englischer Garten, Alexanderstraße 27c. Paster's Gesellschaftshaus, Neue Königstraße 7, in der Nähe des Königsthores. Brauerei Friedrichshain, am Königsthor. Nieff's Festsäle, Weberstraße 17.
- Für den Nord-Osten: Konzerthaus Sanssouci, Kottbusserstraße 4a.
- Für den Osten: Rautenberg's Festsäle, Oranienstr. 180 und Vereinshaus „Südost“, Waldemarstr. 75.
- Für den Süd-Osten: Königshof (großer Saal), Bülowstraße 37.
- Für den Westen: Berliner Prater, Kasanien-Allee 7. Swinemünder Gesellschaftshaus, Zwinemünderstraße 35 und Gründel's Festsäle, Brunnenstraße 188, in der Nähe des Rosenthaler Thores.
- Für den Norden: Kösliner Hof, Köslinerstraße 8.
- Für Wedding-Gesundbrunnen: Ahrens' Brauerei, Stromstraße 11-16. Viktoria-Säle, Hermannstraße 48-50.
- Für Moabit: Viktoria-Säle, Hermannstraße 48-50.
- Für Rixdorf: Viktoria-Säle, Hermannstraße 48-50.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Wie haben sich die Großkonfektionäre zu unseren Forderungen gestellt?
2. Diskussion und Beschlußfassung darüber.

Die Referenten werden in den Versammlungen bekannt gemacht. Kollegen und Kolleginnen, diese Versammlungen werden von entscheidender Wichtigkeit sein, es ist daher Pflicht aller Beteiligten, zahlreich zu erscheinen. Aus der Stellung der Großkonfektionäre wird sich ergeben, was weiter geschehen soll.

Die Agitations-Kommission der Schneider und Schneiderinnen Berlins,

164/12

Im Auftrage: J. Timm, Vertrauensmann.

Achtung! Zimmerer Achtung! Berlins und der Vororte.

Sonntag, den 9. Februar, vorm. 10 Uhr,
im Feen-Palast, Burgstraße 22:

Große öffentliche Versammlung sämtlicher Berliner Zimmerer sowie der Zimmerer der Vororte.

Tages-Ordnung:

1. Sind wir gewillt, vom Montag, den 10. Februar ab eine Forderung an unsere Arbeitgeber zu stellen?
2. Abrechnung der Sammellisten vom vorigen Jahre.

Zu dieser Versammlung sind sämtliche Poliere eingeladen. Der Gesellen-Musschuß des Bundes der Bau-, Maurer- und Zimmermeister ist brieflich eingeladen. Die Lohnkommission der Berliner Zimmerleute.

257/15

J. G. Theodor Fischer, Danzigerstraße 88.

Große öffentliche Versammlung der Hutarbeiter und Hutarbeiterinnen

Sonntag, den 9. Februar, vormittags 10 Uhr,

im Schweizer-Garten, am Königsthor.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zu der Maßregelung und Differenz in der Fabrik Bavud und ihre Folgen. Die Schließung der übrigen Wollhutfabriken.
2. Besprechung der hoffnungslosen Zustände in den Wollhutfabriken.

Die Herren Wollfilzhut-Fabrikanten werden zu dieser Versammlung eingeladen.
Der Einberufer.

88/3

Kranken- und Begräbniskasse der Eisenhauer u. Berufsgen.

G. S. Nr. 17 zu Berlin.
Sonntag, den 10. Februar 1896, vormittags 10 Uhr, im Restaurant Wollschläger, Blumenstr. 78:
Ordentliche

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes. Nur Quittungsbuch legitimiert.
257/8b Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler u.

Filiale Berlin E. (G. S. Nr. 3)
Sonntag, den 9. Februar 1896, vormittags 10 Uhr, in der Tonhalle, Pasewalkerstr. 3:
Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. F. Glöckner über Vererb und Nutzen der „Hondoparkia“. 2. Abrechnung vom 4. Quartal 1895. 3. Kassenangelegenheiten.
180/5 Die Ortsverwaltung.

Gäle zu Festlichkeiten u. Versamml. unentgeltl. Alexandorstr. 27c.

Verband der Möbelpolierer.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Versammlung im Norden ausfällt, weil

Zwei öffentliche Versammlungen

stattfinden und zwar morgen, Sonntag Vormittag, bei Henke, Hannysstraße 27, und Montag, 10. Februar, abends, Badstr. 12 (siehe Inserat Freitag). Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen, speziell die von der Nähmaschinen-Branche, weil in Werkstätten Differenzen auszuberechnen drohen.
147/2 Der Vorstand.

Metallarbeiter!

Montag, 10. Februar, abends 5 Uhr, in „Königshof“, Bülowstraße 37:

Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung: Wie behandeln die Metallindustriellen „ihre“ Arbeiter? Referent Otto Näher.

Zu dieser Versammlung sind speziell eingeladen die Kollegen der Aktiengesellschaft Mix & Genost, Bülowstr. 67 und der Firma Görz, Schöneberg. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
117/81 Der Vertrauensmann der Berliner Metallarbeiter. Otto Näher, N., Anklamerstraße 44.